



Stadt Gummersbach

Beteiligungsbericht 2023

Vorwort

Die Stadt Gummersbach bedient sich im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung zur Erledigung und Wahrnehmung einiger öffentlicher Aufgaben kommunaler Unternehmen des privaten und öffentlichen Rechts.

Der nach § 117 GO NRW zu erstellende und jährlich fortzuschreibende Beteiligungsbericht dient der Information der Ratsmitglieder sowie der Einwohnerinnen und Einwohner, um einen umfassenden Einblick in die bestehenden Beteiligungen und deren wirtschaftliche Betätigung und Entwicklung zu erhalten.

Mit der Einführung des 2. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes hat der Beteiligungsbericht aufgrund der dort vorgesehenen Möglichkeit der Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses zusätzliche Bedeutung erlangt und ist nach einem gesetzlich vorgegebenen Muster zu erstellen.

Als Informationsgrundlage für die Darstellung der einzelnen Beteiligungen wurden die Jahresabschlüsse und die entsprechenden Prüfungsberichte der Wirtschaftsprüfungsgesellschaften herangezogen. Insofern stellt der aktuell vorliegende Bericht alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Gummersbach zum Informationsstand vom 31.12.2023 dar und enthält wesentliche Informationen sowohl zu der Gewinn- und Verlustrechnung als auch zu den Bilanzen der Unternehmen, auf die die Stadt Gummersbach wesentlichen Einfluss hat. Ebenfalls werden die bestehenden wirtschaftlichen Verflechtungen dargestellt und auf gegebenenfalls vorhandene Risiken geprüft.

Überwiegend kann die wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungen der Stadt Gummersbach als stabil bis positiv beschrieben werden. Die regelmäßig von Wirtschaftsprüfern oder der Örtlichen Rechnungsprüfung geprüften Jahresabschlüsse einschließlich der Lageberichte sowie Chancen- und Risikoberichte wurden als zutreffend und realistisch bewertet.

Der Beteiligungsbericht soll den beiden Hauptzielgruppen, den politisch verantwortlichen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger und der interessierten Öffentlichkeit einen schnellen Überblick über die Beteiligungsverhältnisse der Stadt Gummersbach sowie über die Aufgabenerfüllung und die finanzielle Situation in den Beteiligungsunternehmen verschaffen. Aus diesem Grund wird der Beteiligungsbericht auch zur Einsichtnahme im Internet unter www.gummersbach.de veröffentlicht.

Gummersbach, 19.09.2025

i.V.



Raoul Halding-Hoppenheit
Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen Betätigung von Kommunen	4
2	Beteiligungsbericht 2023	5
2.1	Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes	5
2.2	Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	6
3	Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gummersbach	7
3.1	Änderungen im Beteiligungsportfolio	8
3.2	Beteiligungsstruktur	8
3.3	Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen	10
3.4	Einzeldarstellung	11
3.4.1	Unmittelbare Beteiligungen	12
3.4.1.1	Abfall-, Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)	12
3.4.1.2	AggerEnergie GmbH	17
3.4.1.3	Citymanagement Gummersbach GmbH	23
3.4.1.4	Civitec	27
3.4.1.5	d-NRW AöR	33
3.4.1.6	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	38
3.4.1.7	Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	44
3.4.1.8	Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	49
3.4.1.9	Klinikum Oberberg GmbH (Konzern)	53
3.4.1.10	KultGM AöR	58
3.4.1.11	Oberbergische Aufbau GmbH	62
3.4.1.12	Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG)	66
3.4.1.13	Radio Berg GmbH & Co. KG	70
3.4.1.14	Sparkasse Gummersbach	75
3.4.1.15	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Abwasser	80
3.4.1.16	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken	83
3.4.1.17	Steinmüller Bildungszentrum GmbH	87
3.4.1.18	Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	91
3.4.1.19	Zweckverband der Förderschulen	94
3.4.2	Mittelbare Beteiligungen	99
3.4.2.1	Kreiskliniken Gummersbach – Waldbröl GmbH	99
3.4.2.2	Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige mbH	102
3.4.2.3	Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH	105
3.4.2.4	Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH	107
3.4.2.5	MVZ Oberberg GmbH	108
3.4.2.6	Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	110
3.4.2.7	„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH	113
3.4.2.8	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband	115
3.4.2.9	Arena Gummersbach GmbH & Co. KG	117
3.4.2.10	Arena Gummersbach Management GmbH	119

1 Allgemeines zur Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung von Kommunen

Das kommunale Selbstverwaltungsrecht nach Art. 28 Absatz 2 Grundgesetz erlaubt den Kommunen, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Kommunen sind gem. Art. 78 Absatz 2 der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen in ihrem Gebiet die alleinigen Träger der öffentlichen Verwaltung, soweit die Gesetze nichts anderes vorschreiben.

Durch diese verfassungsrechtlich verankerte Selbstverwaltungsgarantie haben die Kommunen die Möglichkeit, sich über den eigenen Hoheitsbereich hinausgehend wirtschaftlich zu betätigen. Ihren rechtlichen Rahmen findet die wirtschaftliche Betätigung im 11. Teil (§§ 107 ff) der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW). Hierin ist geregelt, unter welchen Voraussetzungen eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung zulässig ist („ob“) und welcher Rechtsform – öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich – die Kommunen sich dabei bedienen dürfen („wie“).

Gemäß § 107 Absatz 1 GO NRW darf sich eine Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben wirtschaftlich betätigen, wenn ein öffentlicher Zweck die Betätigung erfordert (Nummer 1), die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zur Leistungsfähigkeit der Gemeinde steht (Nummer 2) und bei einem Tätigwerden außerhalb der Wasserversorgung, des öffentlichen Verkehrs sowie des Betriebes von Telekommunikationsleitungsnetzen einschließlich der Telekommunikationsdienstleistungen der öffentlichen Zweck durch andere Unternehmen nicht besser und wirtschaftlicher erfüllt werden kann (Nummer 3).

Von der wirtschaftlichen Betätigung ist die sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 107 Absatz 2 GO NRW abzugrenzen. Hierunter fallen Einrichtungen, zu denen die Gemeinde gesetzlich verpflichtet ist (Nummer 1), öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, Einrichtungen, die der Straßenreinigung, der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen (Nummer 3), Einrichtungen des Umweltschutzes (Nummer 4) sowie Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs von Gemeinden und Gemeindeverbänden dienen (Nummer 5). Auch diese Einrichtungen sind, soweit es mit ihrem öffentlichen Zweck vereinbar ist, nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu verwalten und können entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe geführt werden.

In § 109 GO NRW sind die allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze, die sowohl für die wirtschaftliche als auch für die nichtwirtschaftliche Betätigung gelten, niedergelegt. Demnach sind die Unternehmen und Einrichtungen so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Der Jahresgewinn der wirtschaftlichen Unternehmen als Unterschied der Erträge und Aufwendungen soll so hoch sein, dass außer den für die technische und wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens notwendigen Rücklagen mindestens eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaftet wird.

Bei der Ausgestaltung der wirtschaftlichen Betätigung liegt es vorbehaltlich der gesetzlichen Bestimmungen im Ermessen der Kommune, neben öffentlich-rechtlichen auch privatrechtlichen Organisationsformen zu wählen. So dürfen Kommunen unter den Voraussetzungen des § 108 GO NRW Unternehmen und Einrichtungen in einer Rechtsform des privaten Rechts gründen oder sich daran beteiligen. Unter anderem muss die Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch Gesellschaftsvertrag, Satzung oder sonstiges Organisationsstatut gewährleistet sein und eine Rechtsform gewählt werden, welche die Haftung der Gemeinde auf einen bestimmten Betrag begrenzt.

Da im Verfassungsstaat das Gemeinwohl der allgemeine Legitimationsgrund aller Staatlichkeit ist, muss jedes Handeln der öffentlichen Hand einen öffentlichen Zweck verfolgen. Die gesetzliche Normierung der Erfüllung des öffentlichen Zwecks als Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung einer Kommune soll daher gewährleisten, dass sich diese stets im zulässigen Rahmen kommunaler Aufgabenerfüllung zu bewegen hat. Es ist daher nicht Angelegenheit der kommunalen Ebene, sich ausschließlich mit dem Ziel der Gewinnerzielung in den wirtschaftlichen Wettbewerb zu begeben. Stattdessen kann eine wirtschaftliche bzw. nichtwirtschaftliche Betätigung nur Instrument zur Erfüllung bestehender kommunaler Aufgaben sein. Die Ausgestaltung des öffentlichen Zwecks ist dabei so vielfältig wie der verfassungsrechtlich umrissene Zuständigkeitsbereich der Kommunen. Der „öffentliche Zweck“ stellt einen unbestimmten Rechtsbegriff dar, für dessen inhaltliche Bestimmung zuvorderst die Zielsetzung des gemeindlichen Handelns maßgeblich ist.

2 Beteiligungsbericht 2023

2.1 Rechtliche Grundlagen zur Erstellung eines Beteiligungsberichtes

Grundsätzlich haben alle Kommunen gemäß § 116 Absatz 1 GO NRW in jedem Haushaltsjahr für den Abschlussstichtag 31. Dezember einen Gesamtabschluss, der die Jahresabschlüsse sämtlicher verselbständigter Aufgabenbereiche in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form konsolidiert, sowie einen Gesamtlagebericht nach Absatz 2 aufzustellen.

Hiervon abweichend sind Kommunen gemäß § 116a Absatz 1 GO NRW von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts befreit, wenn am Abschlussstichtag ihres Jahresabschlusses und am vorhergehenden Abschlussstichtag jeweils mindestens zwei der drei im Gesetz genannten Merkmale zutreffen.

Über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses entscheidet der Rat gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW für jedes Haushaltsjahr bis zum 30. September des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres.

Der Rat der Stadt Gummersbach hat am 06.06.2024 gemäß § 116a Absatz 2 Satz 1 GO NRW entschieden, von der nach § 116a Absatz 1 GO NRW vorgesehenen Befreiung von der Pflicht zur Aufstellung eines Gesamtabchlusses und Gesamtlageberichts Gebrauch zu machen. Daher hat die Stadt Gummersbach gemäß § 116a Absatz 3 GO NRW einen Beteiligungsbericht nach § 117 GO NRW zu erstellen.

Der Beteiligungsbericht hat gemäß § 117 Absatz 2 GO NRW grundsätzlich folgende Informationen zu sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form zu enthalten:

- 1 die Beteiligungsverhältnisse,
- 2 die Jahresergebnisse der verselbständigten Aufgabenbereiche,
- 3 eine Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals jedes verselbständigten Aufgabenbereiches sowie
- 4 eine Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde.

Über den Beteiligungsbericht ist nach § 117 Absatz 1 Satz 3 GO NRW ein gesonderter Beschluss des Rates in öffentlicher Sitzung herbeizuführen. Der Rat der Stadt Gummersbach wird am 08.10.2025 über den Beteiligungsbericht 2023 beschließen.

2.2 Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Der Beteiligungsbericht enthält die näheren Informationen über alle unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an sämtlichen verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Form der Stadt Gummersbach. Er lenkt den Blick jährlich auf die einzelnen Beteiligungen, indem er Auskunft über alle verselbständigten Aufgabenbereiche der Stadt Gummersbach, deren Leistungsspektrum und deren wirtschaftliche Situation und Aussichten gibt, unabhängig davon, ob diese dem Konsolidierungskreis für einen Gesamtabschluss angehören würden. Damit erfolgt eine differenzierte Darstellung der Leistungsfähigkeit der Stadt Gummersbach durch die Abbildung der Daten der einzelnen Beteiligungen.

Die Gliederung des Beteiligungsberichtes und die Angaben zu den einzelnen Beteiligungen ermöglichen, dass eine Beziehung zwischen den gebotenen Informationen und den dahinterstehenden Aufgaben hergestellt werden kann. Dies ermöglicht durch den Vergleich der Leistungen mit den Aufgaben auch die Feststellung, ob die Erfüllung der Aufgaben der Stadt Gummersbach durch die verschiedenen Organisationsformen nachhaltig gewährleistet ist.

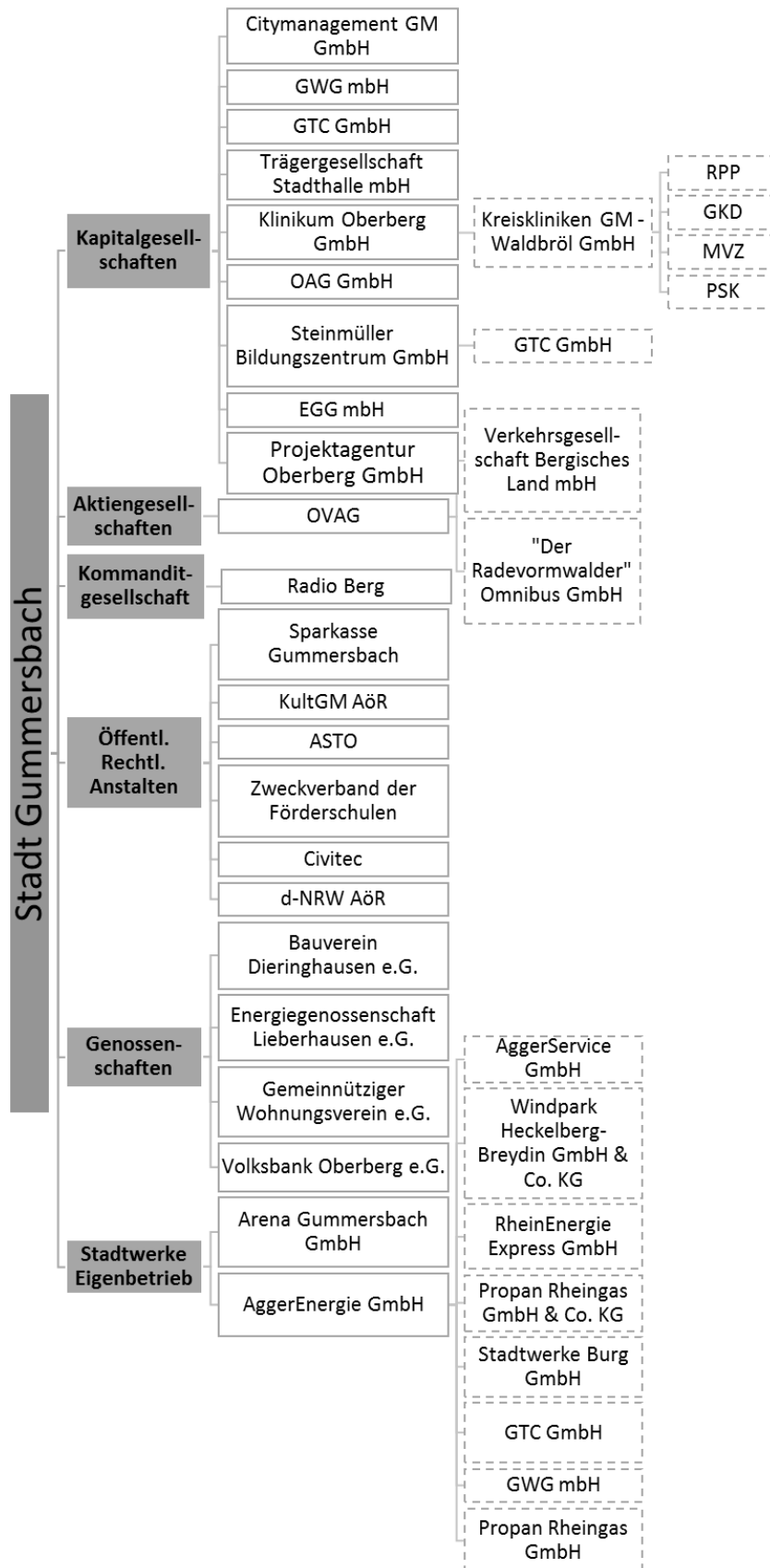
Der Beteiligungsbericht unterstützt damit eine regelmäßige Aufgabenkritik und eine Analyse der Aufbauorganisation der Stadt Gummersbach insgesamt durch die Mitglieder der Vertretungsgremien.

Adressat der Aufstellungspflicht ist die Stadt Gummersbach. Um diese Pflicht erfüllen zu können, müssen der Stadt Gummersbach die entsprechenden Informationen zur Verfügung stehen.

Hierzu kann die Stadt Gummersbach unmittelbar von jedem verselbständigten Aufgabenbereich alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, die die Aufstellung des Beteiligungsberichtes erfordert (vgl. § 117 Absatz 1 Satz 2 i.V.m. § 116 Absatz 6 Satz 2 GO NRW).

Die verwendeten wirtschaftlichen Daten beruhen auf den festgestellten Abschlüssen für das Geschäftsjahr 2023. Die Angaben zur Besetzung der Überwachungsorgane weisen das gesamte Jahr 2023 aus.

3 Das Beteiligungsportfolio der Stadt Gummersbach



3.1 Änderungen im Beteiligungsportfolio

Im Jahr 2023 hat es keine Änderungen bei den unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen der Stadt Gummersbach gegeben.

3.2 Beteiligungsstruktur

Lfd. Nr.	Beteiligung	Stammkapital 31.12.2023	Anteil der Stadt Gummersbach am Stammkapitel		Jahresergebnis 2023	Beteiligungsart
		EURO	EURO	%	EURO	
Verbundene Unternehmen						
1	Kult GM AÖR	1.000.000	1.000.000	100,00	-821	Unmittelbar
2	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	1.073.750	1.073.750	100,00	214	Unmittelbar
3	Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	1.500.000	865.714	57,71	970	Unmittelbar
3.1	KPBAG Immobilien GmbH & Co. KG			5,25		Mittelbar
4	Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	730.150	432.150	59,90	17	Unmittelbar
5	Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	444.824	317.001	71,27	-9	Unmittelbar
Beteiligungen						
6	Citymanagement Gummersbach GmbH	25.000	12.250	49,00	-32	Unmittelbar
7	Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH	4.704.000	1.254.400	26,67	0	Unmittelbar
7.1	Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	650.000	173.355	26,67	0	Mittelbar
7.2	„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH	273.000	72.809	26,67	0	Mittelbar
8	Steinmüller Bildungszentrum GmbH	25.000	2.500	10,00	278	Unmittelbar
9	Klinikum Oberberg GmbH (Konzern)			22,00	762	Unmittelbar
9.1	Klinikum Oberberg GmbH	1.965.000	432.300	22,00		Unmittelbar
9.1.1	Kreiskliniken Gummersbach – Waldbröl GmbH			20,62	231	Mittelbar
9.1.2	Psychosomatische Klinik Bergisch Land gGmbH			20,62	323	Mittelbar
9.1.3	Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH			20,62	88	Mittelbar
9.1.4	Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH			20,62	99	Mittelbar
9.1.5	MVZ Oberberg GmbH			20,62	15	Mittelbar
10	Oberbergische Aufbau GmbH	630.100	25.600	4,06		Unmittelbar
11	d-NRW AÖR	1.368.000	1.000	0,07	0	Unmittelbar

Lfd. Nr.	Beteiligung	Stammkapital 31.12.2023	Anteil der Stadt Gummersbach am Stammkapitel		Jahresergebnis 2023	Beteiligungsart
12	Projektagentur Oberberg GmbH	25.000	750	3,00		unmittelbar
13	Radio Berg GmbH & Co. KG	511.292	10.737	2,10	35	unmittelbar
13	Abfall- Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)			33,33	119	Unmittelbar
14	Zweckverband der Förderschulen			26,58	224	Unmittelbar
15	Zweckverband Civitec			2,94	878	Unmittelbar
Sondervermögen						
16	Eigenbetrieb Stadtwerke Gummersbach - Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken -			100,00	3.173	Unmittelbar
16.1	Arena Gummersbach GmbH & Co. KG			10,00	-145	Mittelbar
16.2	Arena Gummersbach Management GmbH			25,10	0,4	Mittelbar
17	Eigenbetrieb Stadtwerke Gummersbach - Bereich Abwasser -			100,00	674	Unmittelbar
18	AggerEnergie GmbH	33.617.583	5.185.710	15,43	13.387	Unmittelbar; die Beteiligung wurde jedoch auf den Eigenbetrieb Stadtwerke übertragen und wird dort bilanziert
Ausleihungen						
19	Gemeinnütziger Wohnungsverein Gummersbach eG		6.300	6,90		Unmittelbar
20	Energiegenossenschaft Lieberhausen eG		2.100	2,40		Unmittelbar
21	Bauverein Dieringhausen		14.096	6,70		Unmittelbar
22	Volksbank Oberberg eG		183	0,0004		Unmittelbar
Sonstige Beteiligungen						
23	Sparkasse Gummersbach			45,84	3,0 Mio	Unmittelbar

3.3 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Übersicht über die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen im Kommunalkonzern
Kommune (in TEUR)

	Forderungen	Verbindlichkeiten	Erträge	Aufwendungen
	31.12.2023	31.12.2023	2023	2023
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Kult GM AöR	0	10	420	1.079
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	50	26	572	3.172
Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH	0	0	474	425
GTC GmbH	0	0	15	0
Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH	0	0	7	0
Citymanagement Gummersbach GmbH	0	0	0	292
Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH	2	58	29	1.579
Steinmüller Bildungszentrum GmbH	0	0	3	0
Klinikum Oberberg GmbH	0	11	193	1.745
Oberbergische Aufbau GmbH	0	0	0	0
d-NRW AöR	0	0	0	1
Projektagentur Oberberg GmbH	0	0	0	0
Radio Berg GmbH & Co. KG	0	0	1	0
Abfall- Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)	104	104	475	144
Zweckverband der Förderschulen	5	5	516	435
Zweckverband regioIT	0	0	0	34
Eigenbetrieb Stadtwerke Gummersbach	224	154	4.317	3.426
AggerEnergie GmbH	0	452	3.703	3.547
Sparkasse Gummersbach	0	0	1.778	2.177

Name des Unternehmens	Anteil am Kapital	Gewinnausschüttung (+) / Verlustausgleich (-) in T €	Konzessionsabgaben in T €	Eigenkapitalverzinsung in T €
Stadtwerke Gummersbach	100,00 %	0	667	1.071
AggerEnergie GmbH	15,43 %	0	1.789	0
KultGM AöR	100,00 %	-879	0	0
Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH	100,00 %	+110	0	0
Sparkasse Gummersbach	45,84 %	+857	0	0
Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH	59,19 %	0	0	0
Gummersbacher Wohnungsbau-gesellschaft mbH	57,71 %	+194	0	0
Radio Berg	2,10 %	+1	0	0

3.4 Einzeldarstellung

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen der Stadt Gummersbach zum 31. Dezember 2023

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in der Bilanz unter der langfristigen Vermögensposition „Finanzanlagen“

- als „Anteile an verbundenen Unternehmen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Beteiligungen zum Ausweis, bei denen die Stadt Gummersbach einen beherrschenden Einfluss auf die Beteiligung ausüben kann. Dieser liegt in der Regel vor, wenn die Stadt Gummersbach mehr als 50 % der Anteile hält,
- als „Beteiligungen“ ausgewiesen. In dieser Bilanzposition kommen Anteile an Unternehmen und Einrichtungen zum Ausweis, die die Kommune mit der Absicht hält, eine auf Dauer angelegte, im Regelfall über ein Jahr hinausgehende Verbindung einzugehen und bei denen es sich nicht um verbundene Unternehmen handelt.
- als „Sondervermögen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Kommunalvermögen, das zur Erfüllung eines bestimmten Zwecks dient und daher getrennt vom allgemeinen Haushalt der Stadt Gummersbach geführt wird. Sondervermögen sind gemäß § 97 GO NRW das Gemeindegliedervermögen, das Vermögen rechtlich unselbstständiger örtlicher Stiftungen, Eigenbetriebe (§ 114 GO NRW) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO NRW) ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- als „Ausleihungen“ ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um langfristige Finanzforderungen der Stadt Gummersbach gegenüber Dritten, die durch den Einsatz kommunalen Kapitals an diese entstanden sind und dem Geschäftsbetrieb der Stadt Gummersbach dauerhaft dienen sollen. Mit Ausnahme von GmbH-Anteilen, die nicht als verbundene Unternehmen oder Beteiligungen ausgewiesen werden, weil sie lediglich als Kapitalanlage gehalten werden, handelt es sich bei den Ausleihungen nicht um Beteiligungen im Sinne der GO NRW. Aufgrund dessen werden diese lediglich in der Beteiligungsstruktur (3.2) nachrichtlich ausgewiesen.

3.4.1 Unmittelbare Beteiligungen

3.4.1.1 Abfall-, Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO)

Anschrift	Abfall- Sammel- und Transportverband Oberberg (ASTO) Moltkestraße 2 51643 Gummersbach
Gründungsjahr	01.01.1997
Satzung	Es gilt die Satzung vom 20. Juni 2000

Zweck der Beteiligung

Der Verband betreibt seit dem 01.01.1997 für die Mitgliedsgemeinden die Abfallentsorgung in seinem Gebiet als öffentliche Einrichtung. Diese bildet eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit. Die Entsorgung von Abfällen durch den Verband umfasst das Einsammeln und Befördern von Abfällen und sonstige in dem Abfallwirtschaftskonzept des Bergischen Abfallwirtschaftsverbandes (BAV) und in den §§ 5 und 9 Landesabfallgesetz vorgesehene Maßnahmen. Der Verband ist insoweit Sonderrechtsnachfolger der Mitglieder.

Der Verband kann sich zur Durchführung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

Der Verband kann zur Durchführung seiner Aufgaben erforderliche Satzungen gemäß § 8 Abs. 4 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit erlassen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist das ordnungsgemäße Einsammeln und Befördern von Abfällen im Stadtgebiet. Zur weiteren Verwertung und Beseitigung übergibt der ASTO die eingesammelten Abfälle dem Bergischen Abfallwirtschaftsverband. Der ASTO dient dem öffentlichen Wohl und hat keine Absicht, Gewinne zu erzielen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

Stadt Gummersbach	33,33%
Stadt Bergneustadt	11,11%
Stadt Wiehl	16,67%
Stadt Waldbröl	11,11%
Gemeinde Marienheide	11,11%
Stadt Wipperfürth	16,67%

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Beteiligung des ASTO an der BWS GmbH wurde im Jahr 2023 aufgegeben.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	2.152	2.147	5	Eigenkapital	1.328	1.583	-255+2
Umlaufvermögen	2.830	2.440	390	Sonderposten	369	159	210
				Rückstellungen	2.735	2.186	549
				Verbindlichkeiten	569	672	-103
Aktive Rechnungsabgrenzung	19	13	6	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	
Bilanzsumme	5001	4.600	401	Bilanzsumme	5.001	4.600	401

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	0	0	0
3. sonstige Transfererträge	0	0	0
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.560	18.581	-21
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	0,1	439	-438
6. Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	178	176	2
7. sonstige ordentliche Erträge	355	49	306
8. Aktivierte Eigenleistung	0	0	0
9. Bestandsveränderungen	0	0	0
10. Ordentliche Erträge	19.093	19.245	-152
11. Personalaufwendungen	1.071	677	394
12. Versorgungsaufwendungen	10	10	0
13. Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	17.715	17.777	-2
14. Bilanzielle Abschreibungen	18	17	1
15. Transferaufwendungen	0	0	0
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	171	344	-173
17. Ordentliche Aufwendungen	18.984	18.825	159
18. Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 17)	109	419	-310
19. Finanzerträge	10	0	10
20. Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	0	0	0
21. Finanzergebnis (Zeile 19 und 20)	10	0	10
22. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeiten (Zeilen 18 und 21)	119	420	-301
23. Außerordentliche Erträge	0	0	0
24. Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
25. Außerordentliches Ergebnis (Z. 23 und 24)	0	0	0
26. Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	119	420	-301
27. Globaler Minderaufwand	0	0	0
28. Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (Zeilen 26 und 27)	119	420	-301

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	26,56	34,41	-7,85
Eigenkapitalrentabilität	8,96	26,53	-17,57
Anlagendeckungsgrad 2	179,69	169,71	9,98
Verschuldungsgrad	248,83	190,65	55,18
Umsatzrentabilität	0,62	-2,17	1,55

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 9 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Haushaltsjahr 2023 hat laut Jahresabschluss vom 03.06.2024 mit 19.947.149,21 EUR auf der Ertragsseite und mit 19.842.771,05 EUR auf der Aufwandsseite abgeschlossen. Zinserträge konnten erstmals wieder nach der anhaltenden Niedrigzinsphase in Höhe von 9.917,50 EUR erwirtschaftet werden. Die Ergebnisrechnung weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 114.295,66 EUR aus, der als Bilanzergebnis in der Bilanz 2023 ausgewiesen wird.

Entscheidend für das positive Ergebnis sind die Einsparungen bei den Ausgaben für das Abfuhrunternehmen Lobbe (262k), Dienstleistungen des BAV (54k) und Kosten der DV (30K). Aber auch die Einsparungen bei den Ausgaben für Porto (16k) – dank der fortschreitenden Digitalisierung - trugen maßgeblich zum guten Ergebnis bei. Aber auch die Einnahmeseite weist gegenüber den Planungen zwei positive Effekte auf: die Mehreinnahmen bei den Abfallgebühren (133k) und die sonstigen Erträge (307k). Hinter letzterer Position verbirgt sich die Kostenerstattung der Stadt Wuppertal und der Gemeinde Marienheide für den zum 01.10.2023 eingestellten Geschäftsführer, die sich aber größtenteils im Ergebnis mit den entsprechenden Mehrausgaben für Personal neutralisieren.

Das Ergebnis der Betriebsabrechnung schließt mit einer minimalen Überdeckung in Höhe von 4.010 EUR ab. Die bei Erstellung der Gebührenbedarfsberechnung 2023 kalkulierte und mit der Kommunalaufsicht abgestimmte Unterdeckung ist wegen massiver Kosteneinsparungen nicht eingetreten. Damit ist die geplante Abschmelzung der Ausgleichsrücklage, bzw. allgemeinen Rücklage nicht eingetreten. Der fortgeschriebene Ansatz 2023 wurde nicht durch Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2022 verstärkt und Ermächtigungsübertragungen in das Jahr 2024 haben nicht stattgefunden. Grundsätzlich werden die Aufgaben jährlich so abgewickelt, dass die Erträge die Aufwendungen decken können und nur wenige das Rechnungsjahr übergreifende Vorgänge entstehen. Entstehende Überdeckungen müssen und Unterdeckungen können in den Folgejahren in den Gebührenkalkulationen eingebaut werden. Dadurch wird die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Verbandes fortwährend gesichert und Umlagezahlungen der Mitgliedskommunen werden vermieden

Chancen und Risiken der Haushaltswirtschaft

Da der Verband keine Kredite für Investitionen und nur klar abgrenzbare Verbindlichkeiten zu bedienen hat, kann von einer soliden und sicheren Finanzbasis gesprochen werden. Durch die geringfügig vorhandenen Sachanlagen sind auch keine hohen Beträge für Abschreibungen zu erwirtschaften, die den Verband belasten könnten. Die in den Finanzanlagen gebundenen Finanzmittel

für die Pensions- und Beihilferückstellungen sichern die zukünftigen Verpflichtungen des Verbandes ab und beeinträchtigen die Aufgabenerledigung in keiner Weise.

Die Finanzierung der Aufgaben des ASTO ist durch die jährlich vorzunehmenden Gebührenkalkulationen sowie die Gebührenfestsetzungen gegenüber den Gebührenpflichtigen weitestgehend gesichert. Die vorhandene allgemeine Rücklage / Ausgleichsrücklage kann bei Bedarf zur Stabilisierung der Abfallgebühren reduziert werden. Der ASTO wird seine Aufgaben in dem beschriebenen Umfang weiter durchführen, da nicht zu erkennen ist, dass es in den kommenden Jahren zu merklichen Veränderungen kommen wird.

Insgesamt wird der Verband wie bisher nachhaltig wirtschaftlich handeln, damit die Gemeinschaft der Gebührenpflichtigen weiterhin von den kostensenkenden Synergieeffekten der Verbandsarbeit profitieren kann. Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Entwicklung zukünftiger gesetzlicher Rahmenbedingungen oder der Entsorgungs- und Abfallverwertungsstrukturen bestehen seitens des ASTO nicht. Soweit sich die Rahmenbedingungen nicht verändern und die Kommunen in NRW für das Einsammeln und Transportieren von Abfällen zuständig bleiben, wird auch der ASTO diese Aufgaben für seine sechs Mitgliedskommunen in der bisherigen Form wahrnehmen. Sollte es zu gesetzlichen Veränderungen kommen, so müsste der Verband entsprechend dieser neuen Rahmenbedingungen seine Aufgaben neu definieren.

Organe und deren Zusammensetzung

Verbandsversammlung

Ordentliche Mitglieder:

Bernd Knabe, Stadt Bergneustadt

Thomas Gothe, Stadt Bergneustadt

Christine Stamm, Stadt Gummersbach

Bastian Frölich, Stadt Gummersbach

Elisabeth Raupach, Stadt Gummersbach

Jürgen Hefner, Technischer Beigeordneter, Stadt Gummersbach

Joachim Scholz, Stadt Gummersbach

Rainer Sülzer, Stadt Gummersbach

Stefan Meisenberg, Bürgermeister, Gemeinde Marienheide

Devin Drossmann, Gemeinde Marienheide

Alexandra Noss, Stadt Wiehl

Peter Kesehage, Stadt Wiehl

Karl-Ludwig Riegert, Stadt Wiehl

Marius Marondel, Stadt Wipperfürth

Wolfgang Ballert, Stadt Wipperfürth

Margit Ahus, Stadt Wipperfürth

Paul Giebeler, Stadt Waldbröl

Eckhard Becker, Stadt Waldbröl

Verbandsvorsteher

Raoul Halding-Hoppenheit, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer, Stadt Gummersbach

Geschäftsführer

Burkhard Rösner, Geschäftsführer und Kämmerer

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.2 AggerEnergie GmbH

Anschrift	AggerEnergie GmbH Alexander-Fleming-Str. 2 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 3003-0
Handelsregister	Amtsgericht Köln, HRB 38406
Gründungsjahr	21.08.2006, rückwirkend zum 01.01.2006
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 20.11.2015

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Energie- und Wasserversorgung des Aggertales und dessen Nachbargebiete, sowie alle dazugehörigen versorgungswirtschaftlichen Aufgaben und Dienstleistungen zum rationellen und umweltfreundlichen Einsatz von Energie und Wasser, ebenso die dortige Errichtung, das Halten, das Betreiben und die Verpachtung von Infrastruktur für Telekommunikationseinrichtungen, damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen und die vertriebliche Nutzung, soweit diese Tätigkeit möglich und wirtschaftlich vertretbar sind. Der Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationseinrichtungen sind gemäß §107 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW davon ausgenommen. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen, Geschäften und Dienstleistungen berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck gefördert werden kann. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben, und pachten, ferner Interessengemeinschaften eingehen und Zweigniederlassungen errichten sowie Unternehmensverträge abschließen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die AggerEnergie GmbH ist seit 90 Jahren der kommunal verankerte und leistungsstarke Energieversorger für das Oberbergische Land und Overath. Die Gesellschafterkommunen sichern sich ein hohes Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen und achten auf die Berücksichtigung kommunaler Interessen. Gegenwärtig werden in der Region zehn Städte und Gemeinden von der AggerEnergie mit Erdgas, neun mit Strom und drei mit Wasser versorgt. Als Unternehmen mit kommunalen Gesellschaftern ist AggerEnergie das Gemeinschaftsstadtwerk für das Oberbergische Land und Overath.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital:		33.617.583,00 EUR
Rhein Energie AG, Köln	62,7444 %	21.093.160,00 EUR
Stadt Gummersbach	15,4256 %	5.185.710,00 EUR
Stadt Wiehl	5,9139 %	1.988.110,00 EUR
Gemeinde Marienheide	4,9766 %	1.673.019,00 EUR
Gemeindewerke Engelskirchen AöR	4,1138 %	1.382.960,00 EUR
Stadt Bergneustadt	3,0859 %	1.037.410,00 EUR
Stadt Overath	2,3153 %	778.360,00 EUR
Stadt Waldbröl	0,5851 %	196.680,00 EUR
Gemeinde Reichshof	0,5087 %	171.000,00 EUR
Gemeine Morsbach	0,3307 %	111.180,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die AggerEnergie ist an folgenden Gesellschaften beteiligt:

Energiewerke Waldbröl GmbH, Waldbröl	- mit einem Geschäftsanteil von 100 %
AggerService GmbH	- mit einem Geschäftsanteil von 100 %
Windpark Heckelberg-Breydin GmbH & Co. KG, Köln	- mit einem Geschäftsanteil von 7,5 %
Propan Rheingas GmbH & Co. KG, Brühl	- die Kommanditeinlage beträgt 3,0 % des Gesellschaftskapitals
Stadtwerke Burg GmbH, Burg	- mit einem Geschäftsanteil von 1 % des Stammkapitals

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gewinnverteilung an die Gesellschafter erfolgt entsprechend des Beteiligungsverhältnisses derer am gezeichneten Kapital. Die Stadt Gummersbach hat einen Gesellschafterkapitalanteil von 15,4256 %. Gemäß dem Gesellschaftsvertrag der AggerEnergie vom 20.11.2015 (17.11.2015 s. Anlage 6/4) haben die Gesellschafter über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung zu beschließen. Die Geschäftsführung schlägt vor, eine Einstellung in die Gewinnrücklage in Höhe von 2.887 T€ sowie eine Ausschüttung an die Gesellschafter in Höhe von 10.500 T€ vorzunehmen

Die Abwicklung sämtlicher finanzwirtschaftlicher Verflechtungen erfolgt über die Stadtwerke.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	158.220	143.636	+14.584	Eigenkapital	70.004	67.601	+2.403
Umlaufvermögen	64.921	29.879	+35.042	Sonderposten	970	1065	-95
				Rückstellungen	60.704	51.732	+8.972
				Verbindlichkeiten	82.832	44.864	+37.968
Aktive Rechnungsabgrenzung	153	73	+80	Passive Rechnungsabgrenzung	8.785	8.808	-23
Bilanzsumme	223.296	173.588	+49.708	Bilanzsumme	223.296	173.588	+49.708

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	329.839	216.392	+113.447
2. sonstige betriebliche Erträge	2.465	1.137	+1.328
3. Materialaufwand	266.002	162.339	+103.663
4. Personalaufwand	16.448	17.014	-566
5. Abschreibungen	11.222	10.517	+705
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	16.513	13.518	+2.995
7. Finanzergebnis	-1.825	-1.183	-642
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	20.637	12.909	+7.728
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	13.388	7.971	+5417

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	31,36	38,94	-7,58
Eigenkapitalrentabilität	19,13	11,79	+7,34
Anlagendeckungsgrad 2	87,61	78,73	+8,88
Verschuldungsgrad	205,05	156,78	+48,27
Umsatzrentabilität	6,20	3,66	+2,54

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren ohne Auszubildende und Geschäftsführung 181 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 174) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Von den Umsatzerlösen (einschließlich der Strom-/Energiesteuer) in Höhe von 339,7 Mio. EUR entfallen 167,2 Mio. EUR auf die Sparte Strom und 157,4 Mio. EUR auf die Sparte Erdgas. Die übrigen Umsatzerlöse von 15,1 Mio. EUR resultieren im Wesentlichen aus dem Verkauf von Wasser und Wärme, aus Betriebsführungen und sonstigen technischen und kaufmännischen Dienstleistungen und Aufträgen.

Die Umsatzerlöse nach Abzug der Strom-/Energiesteuer, die Bestandsveränderungen, die aktivierten Eigenleistungen und die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt 114,8 Mio. EUR (52,8 %) auf 332,3 Mio. EUR. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus den erforderlichen Preiserhöhungen in den Sparten Strom- und Gasvertrieb. Der Materialaufwand stieg zum Vorjahr um 103,7 Mio. EUR (63,9 %) auf 266,0 Mio. EUR, hauptsächlich wegen des stark verteuerten Energieeinkaufs.

Die weiteren betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr in Summe um 3,1 Mio. EUR (7,6 %) auf 44,1 Mio. EUR, der Planwert wurde um 2 % unterschritten. Einen Anstieg verzeichneten insbesondere die sonstigen betrieblichen Aufwendungen aufgrund deutlich gestiegener Wertberichtigungen auf Forderungen sowie gestiegener Konzessionsabgaben. Das Betriebsergebnis stieg um 8,0 Mio. EUR (56,6 %) auf rund 22,1 Mio. EUR, der Planwert wurde um 22 % übertroffen. Haupteffekt sind positive Ergebnisbeiträge aus der Optimierung der Strom- und Energiebeschaffung, die in Form einer Bonuszahlung nach Ende des Kalenderjahres ausgezahlt wurden. Das Finanzergebnis betrug -1,8 Mio. EUR nach -1,2 Mio. EUR im Vorjahr. Die Veränderungen liegen hauptsächlich im Zinsauf-

wand gegenüber Kreditinstituten infolge der hohen Darlehensaufnahmen Ende 2022 und in 2023. Das Ergebnis vor Steuern stieg um 7,3 Mio. EUR auf 20,2 Mio. EUR. Gegenüber dem Jahr 2022 wurden mit 6,9 Mio. EUR rund 2,0 Mio. EUR mehr Steuern bezahlt. Der Jahresüberschuss ist um 5,4 Mio. EUR (68,0 %) gegenüber dem Vorjahr gestiegen und beträgt 13,4 Mio. EUR. Der Planwert des Jahresüberschusses wurde um 36 % übertroffen.

Chancen und Risiko

Die Veränderung der weltweiten wirtschaftlichen Lage durch geänderte politische Verhältnisse oder Abhängigkeit von Rohstoffen und Energielieferungen wird durch die Folgen des Ukrainekriegs und des zunehmenden Ost-West-Konflikts weiter voranschreiten. Die deutliche Verteuerung von Energie und die steigende Inflation wird die Kaufkraft und Nachfrage einerseits dämpfen. Die Transformation der Wirtschaft und Wiederansiedlung von Produktionszweigen in Europa, um sich von Ländern mit nicht-demokratischen Regierungsformen unabhängiger zu machen, wird andererseits die wirtschaftliche Situation im produzierenden Sektor verbessern. Wir gehen davon aus, dass auch die Unternehmen in unserer Region davon mittelfristig profitieren können und ihren Energiebedarf insgesamt stabil halten werden. Der allgemeine Preisanstieg, Beschaffungsschwierigkeiten bei Rohstoffen und Vorerzeugnissen sowie der aktuelle Fachkräftemangel werden aber auch einige Firmeninsolvenzen nach sich ziehen. Für den Ausbau der dezentralen Energie- und Wärmeerzeugung bei unseren Kommunen und Geschäftskunden sehen wir dagegen ein breites Spektrum und gute Möglichkeiten, unsere Ingenieurleistungen, unsere Infrastruktur-Kompetenz und unsere Serviceleistungen zu vermarkten. Aus diesem Grund wird sich AggerEnergie 2024 weiter als Dienstleister für die kommunale Wärmeplanung bei ihren Gesellschafterkommunen positionieren.

Die Möglichkeit eines temporären Lieferstopps oder einer weiteren Verknappung des zur Verfügung stehenden Erdgases ist für den Winter 2024/2025 nicht in Sicht. Wegen des weiterhin hohen Niveaus der Heizkosten wird im privaten Bereich mit einer zunehmenden Tendenz zum Energiesparen gerechnet, daneben werden nicht-leitungsgebundene Heizsysteme zur teilweisen Substitution der klassischen Energiebelieferung führen. Die fehlenden Verkaufsmengen werden zu reduzierten Margen führen. Durch verstärkte Migration sowie durch Zuwanderung von Kriegsflüchtlings und ausländischen Fachkräften wird andererseits eine Kompensation des Rückgangs erwartet. Weitere politische Eingriffe in die Energiekosten werden erwartet, können aber noch nicht quantifiziert werden. Wir rechnen gleichwohl mittelfristig mit höheren Zahlungsausständen, denen wir mit stringenten Prozessen und präventiven Maßnahmen vorbeugen. Das Thema der Energieerzeugung (fossil oder regenerativ) sowie die politischen Entscheidungen spielen eine übergeordnete Rolle für die Preisfindung an den Energiemärkten. Aufgrund der deutlich reduzierten Spot- und Terminmarktpreise an den Energiebörsen seit Beginn des Jahres 2023, nehmen die Wettbewerbsaktivitäten rasant zu. Diese Wettbewerber verfolgen eine andere Einkaufsstrategie und kaufen nicht wie die AggerEnergie, aufgrund der Grundversorgungsaufgabe, langfristig ein. Dies verzerrt den Wettbewerb zwischen Stadtwerken, Regionalversorgern und Discounteranbietern erheblich. Dieser Effekt ist deutlich schneller eingetreten als die Branche erwartet hat. Das politische Instrument der Preisbremsen läuft aus, somit entfällt die Preisdämpfung beim Kunden. AggerEnergie trifft konkrete gegensteuernde Maßnahmen, welche die Kündigungsraten minimieren sollen. Eine aktive Kundenrückgewinnung aber auch erste Preissenkungen sind geplant.

Chancen sieht AggerEnergie durch ihre partnerschaftliche Verbindung als verlässlicher Versorger zu den Bürgern, Unternehmen und Institutionen der Region. AggerEnergie ist ein attraktiver Arbeitgeber mit guten Ausbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten, so dass wir auch Anlage 4 / 17 wachsende Anforderungen mit eigenem Personal abdecken können. Gleichwohl rechnet AggerEnergie darüber hinaus mit einem zunehmenden Mangel an Fachpersonal, insbesondere im Bereich mittlerer Qualifizierung, so dass Vakanzen durch Aufgabenausweitung, altersbedingtes Ausscheiden oder sonstige Fluktuation nicht immer zeitnah adäquat besetzt werden können.

Die Geschäftsführung sieht keine Risiken, die unter Berücksichtigung von Gegensteuerungs- und Minimierungsmaßnahmen den Fortbestand des Unternehmens unmittelbar gefährden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Frank Röttger

Uwe Töpfer

Aufsichtsrat

Stimmberechtigt:

Jörg Jansen, Polizeibeamter – Vorsitzender

Dr. Dieter Steinkamp (bis 31.07.2022), Vorstandsvorsitzender, RheinEnergie AG – stellv. Vorsitzender

Andreas Feicht (ab 01.08.2022), Vorstandsvorsitzender, RheinEnergie AG - stellv. Vorsitzender

Achim Biergans, Hauptabteilungsleiter Technischer Netzservice, RheinEnergie AG

Dr. Karsten Klemp (bis 31.07.2022) Hauptabteilungsleiter Kraftwerke, RheinEnergie AG

Achim Südmeier Vertriebsvorstand, RheinEnergie AG

Jörg Bukowski, Bürgermeister, Gemeinde Morsbach

Thomas Funke Ressortleiter, Stadt Gummersbach

Susanne Fabry Netz- und Personalvorstand, RheinEnergie AG

Birgit Lichtenstein Kaufmännischer Vorstand, RheinEnergie AG

Stefan Meisenberg Bürgermeister, Gemeinde Marienheide

Wolfgang Paul Hauptabteilungsleiter Finanzen, RheinEnergie AG

Sören Teichmann Bankkaufmann, Deutsche Bank AG

Nicht stimmberechtigt

Christian Hoene, Produktmanager, BPW Bergische Achsen KG

Christoph Nicodemus, Bürgermeister, Stadt Overath

Helmut Schäfer, Pensionär

Larissa Weber, Bürgermeisterin, Stadt Waldbröl

Gesellschafter

RheinEnergie AG, Köln

Stadt Gummersbach

Stadt Wiehl

Gemeinde Marienheide

Gemeindewerke Engelskirchen AöR

Stadt Bergneustadt

Stadt Overath

Stadt Waldbröl

Gemeinde Reichshof

Gemeinde Morsbach

Stille Gesellschafter

Gemeinde Morsbach

Gemeinde Reichshof

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehörten von den insgesamt 13 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 15 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Es gibt keinen Gleichstellungsplan nach § 2 Absatz 2 LGG, da die AggerEnergie ein privatrechtlich geführtes Unternehmen ist, an dem die oberbergischen Kommunen und Overath mit insgesamt etwa 37 % beteiligt sind.

3.4.1.3 Citymanagement Gummersbach GmbH i.L.

Die Daten wurden aus dem Jahresabschluss 2021 übernommen, da zum Zeitpunkt der Einbringung des Beteiligungsberichtes noch keine neueren Informationen vorlagen.

Anschrift	Citymanagement Gummersbach GmbH Wilhelmstraße 12 51643 Gummersbach
Gründungsjahr	1999
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 19. März 1999

Zweck der Beteiligung

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit der Citymanagement Gummersbach GmbH ist die Beratung der ansässigen Einzelhändler. Ansiedlungsinteressierte Geschäftsleute werden in ihrem Ansinnen soweit wie möglich von der Citymanagement GmbH beraten und durch Informationen unterstützt. Der andere Tätigkeitsschwerpunkt ist die Durchführung von Events mittels qualitativvoller Veranstaltungen in der Fußgängerzone. Dadurch fördert das Citymanagement den Standort Gummersbach, da Kundenfrequenz und Verweildauer der Passanten erhöht wird und neue Passanten in die Innenstadt gelockt werden. Zu diesen Veranstaltungen gehören die Autoshow, der Weltkindertag und der Weihnachtsmarkt.

Darüber hinaus ist das Citymanagement ein Beleg für Public-Private-Partnership in Gummersbach, da sie mit ihren diversen Geschäftskreisen eine aktive Diskussionsplattform für Politik, Verwaltung, Einzelhandel, Kreditinstitute und andere in der Innenstadt wirkende Akteure ist. Aus einer solchen Kooperation von Citymanagement, Innenstadtgemeinschaft, Sparkasse, Volksbank und Jugendamt ist die Aktion "Weltkindertag" entstanden.

Die Stadt Gummersbach hat der Citymanagement Gummersbach GmbH eine Sondernutzungserlaubnis für Teile der Fußgängerzone in der Innenstadt Gummersbach erteilt, die die Gesellschaft an Anlieger und Dritte überträgt, soweit diese öffentlich gewidmeten Flächen über den Gemeingebrauch in Anspruch nehmen (Sondernutzung).

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel des Unternehmens ist die im dringenden öffentlichen Interesse liegende Förderung des Standortes "Innenstadt Gummersbach" hinsichtlich der Funktionen Handel, Dienstleistungen, Kultur und Freizeit.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital	25.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	12.250,00 EUR
Innenstadtgemeinschaft Gummersbach e.V.	12.750,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	6	14	-8	Eigenkapital	0	0	
Umlaufvermögen	33	69	-36	Sonderposten			
				Rückstellungen	37	26	+11
				Verbindlichkeiten	120	144	-24
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung	29	29	
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	147	115	+33				
Bilanzsumme	185	198	-13	Bilanzsumme	185	198	-13

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2022 zu 2023
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	288	312	-24
2. sonstige betriebliche Erträge	6	3	+3
3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand			
5. Abschreibungen	8	12	-4
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	159	188	-29
7. Finanzergebnis			
8. Ergebnis vor Ertragssteuern			
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-32	-60	-91

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote			
Eigenkapitalrentabilität			
Verschuldungsgrad			
Umsatzrentabilität	-11,11	-19,23	+8,12

Im Rahmen des Umlaufverfahren gemäß § 48 Abs.2 GmbHG wurde der Gesellschafterbeschluss gefasst, dass aufgrund der beschlossenen Liquidation der Gesellschaft auf eine Erstellung eines Anhangs und eines Lageberichtes ab dem Geschäftsjahr 2023 verzichtet wird.

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren drei Mitarbeitende, (Vorjahr: 1) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr lief in anderem Umfang als die Jahre zuvor, da andere Aufgaben und Ziele der GmbH durch die Corona-Pandemie nicht umgesetzt werden konnten.

Die Ergebnisse der Innenstadtkonferenzen wurden im Rahmen der Möglichkeiten versucht, bestmöglich umzusetzen. Die pandemische Lage stellte uns vor große Herausforderungen. Ebenfalls war es ohne personelle Unterstützung vielfach nicht möglich, den Ansprüchen gerecht zu werden.

Die Citymanagement Gummersbach GmbH hat noch eine beratende Funktion in Sachen Sondergenehmigungen. Diese Funktion beinhaltet teils erheblichen Aufwand, wird aber unentgeltlich durchgeführt.

Bereits in der Planung befindliche Veranstaltungsformate wie FRÜHLING Gummersbach, MOBIL SEIN Gummersbach und auch der WINTER Gummersbach mussten aufgrund der Pandemie und den damit verbundenen Verordnungen abgesagt werden. Weiterhin wurde entschieden, dass das finanzielle Risiko zu hoch war, um die Planungen fortzusetzen.

Die Herausforderungen lagen in der Betreuung und Beratung der Einzelhändler, Dienstleister und Gastronomen in der Gummersbacher Innenstadt. Vorrangig wurde versucht, den Mitgliedern Hilfestellung zu geben. Die Citymanagement Gummersbach GmbH wurde vor eine außergewöhnliche Situation gestellt, die mit Unterstützung durch die Stadt Gummersbach und dem GMerleben e. V. gemeistert werden konnte.

In der pandemischen Zeit wurde ein neues Kommunikationsmittel, die GMerleben App entwickelt. Diese resultiert aus der gemeinsam mit einem Partner entwickelten Kontaktdatenerfassungs-App. Die GMerleben App soll zukünftig, in Verknüpfung mit unserem Stadtportal/ Homepage www.gmerleben.de, der immer fortschreitenden mobilen Nutzung der digitalen Medien, als neuer Kommunikationskanal dienen. Dazu wird aber neue personelle Unterstützung benötigt, da diese Aufgabe viel Zeit in Anspruch nehmen wird. Die Geschäftsführung erwartet aus dem Betrieb der App und der Homepage eine weitere Finanzierungsquelle für die Gesellschaft.

Darstellung der Lage

Durch die oben beschriebene Entwicklung ist das Geschäftsjahr 2020 mit den vorangegangenen kaum vergleichbar. Die Gesellschaft konnte ihren Verpflichtungen dennoch im gewohnten Maße nachkommen.

In der Vergangenheit wurden keine Rücklagen (weder aus Sondernutzungen, Veranstaltungen, möglichen Vermietungen, etc.) gebildet, so dass die Gesellschaft neue Einnahmequellen schaffen muss. Diese Aufgabe nimmt Zeit in Anspruch, da in der Vergangenheit nicht nachhaltig und zukunftsorientiert gearbeitet wurde.

Wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotentiale sind der Geschäftsführung zurzeit nicht bekannt. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass der Bestand erstmal nur bis 31.12.2021 gesichert ist, dies ist in den Dienstleistungsverträgen formuliert.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Uwe Gothow

Aufsichtsrat

Mitglieder

Hans Jörg Mecke, Vorsitzender
Frank Helmenstein, stellv. Vorsitzender
Raoul Halding-Hoppenheit
Bärbel Frackenpohl-Hunscher
Helga Auerswald
Rüdiger Hockamp
Frank Grebe
Henning Zöller

Persönliche Vertreter

Kristina Oberlinger
Jürgen Hefner
Judith Holtkotte
Claudia Stevenson
Axel Blühm
Ursula Beck
Norman Scholz
Markus Wurth

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 16 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 37,5 %). Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.4 Civitec

Anschrift	Zweckverbandes "civitec" Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Mühlenstraße 51 53721 Siegburg
Gründungsjahr	01.01.1998
Satzung	Es gilt die Satzung vom 12. Dezember 1997, zuletzt geändert durch die Änderungssatzung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2019 in Kraft getreten am 14. Januar 2020.

Zweck der Beteiligung

Der Zweckverband bietet Beratungsleistungen und Schulungen an auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnik und pflegt, wartet, beschafft, vermittelt, betreibt, installiert und administriert Komponenten der Informations- und Kommunikationstechnik. Der Zweckverband vermittelt Leistungen und Service auf dem Gebiet der Sprachkommunikation. Programmentwicklungen werden durchgeführt, wenn sie besonders wirtschaftlich oder auf dem Markt keine geeigneten Produkte vorhanden sind.

Der Zweckverband erbringt seine Leistungen vorrangig für seine Mitglieder. Der Umfang dieser Leistungen ergibt sich aus den von den zuständigen Organen beschlossenen aktuellen Produktplänen. Der Zweckverband kann zur Verbesserung des Betriebsergebnisses unter den Voraussetzungen des § 107 ff. GO NW Aufgaben für Dritte übernehmen, die ihrerseits Träger kommunaler Aufgaben sind. Dies gilt insbesondere für die kommunalen Unternehmen der Zweckverbandsmitglieder und Aufgaben, die dem Zweckverband durch den Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung übertragen werden. Die Vermittlung von Leistungen und Service auf dem Gebiet der Sprachkommunikation kann der Zweckverband auch für öffentlich-rechtliche Körperschaften und Dritte, die Träger kommunaler Aufgaben sind, in der Region Bonn erbringen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit dem Zweck der Zusammenarbeit im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik bilden der Oberbergische Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis, die kreisfreie Stadt Solingen sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einen Zweckverband nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW). Der Sitz des Zweckverbandes ist Siegburg.

Der Zweckverband verfolgt das Ziel, die Qualität und Wirtschaftlichkeit der automatisierten Datenverarbeitung in den Mitgliedsverwaltungen durch die Nutzung gemeinsamer Ressourcen und weiterer Synergien zu verbessern.

Alle Leistungen des Zweckverbandes werden zu wettbewerbsfähigen Konditionen angeboten.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

Der Zweckverband hat insgesamt 35 kommunale Verbandsmitglieder:

Oberbergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis, kreisfreie Stadt Solingen sowie die kreisangehörigen Städte und Gemeinden Alfter, Bad Honnef, Bergneustadt, Bornheim, Eitorf, Engelskirchen, Gummersbach, Hennef, Hückeswagen, Königswinter, Lindlar, Lohmar, Marienheide, Meckenheim, Morsbach, Much, Neunkirchen-Seelscheid, Niederkassel, Nümbrecht, Radevormwald, Reichshof, Rheinbach, Ruppichteroth, Sankt Augustin, Siegburg, Swisttal, Troisdorf, Wachtberg, Waldbröl, Wiehl, Windeck und Wipperfürth.

Laut der aktuell gültigen Satzung, haben alle 35 Verbandsmitglieder gleiche Stimm- und Beteiligungsrechte.

Die Stadt Gummersbach ist mit 2,94 % vom Eigenkapital beteiligt.

Beteiligungen der Gesellschaft

Der civitec hat eine 18%ige Beteiligung an der regioIT gesellschaft für Informationstechnologie mbH, Aachen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	17.421	16.988	+433	Eigenkapital	9.028	8.150	+878
Umlaufvermögen	8.255	7.918	+337	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	16.531	16.586	-55
				Verbindlichkeiten	195	249	-54
Aktive Rechnungsabgrenzung	78	79	-1	Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	25.754	24.985	+769	Bilanzsumme	25.753	24.985	+769

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	2.930	3.254	-324
2. sonstige betriebliche Erträge	661	427	+234
3. Materialaufwand	1.821	1.829	-8
4. Personalaufwand	1.625	1.150	+475
5. Abschreibungen	10	11	-1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	555	498	+57
7. sonst. Zinsen u. ähnliche Erträge	540	134	+406
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	488	497	-9
9. Ergebnis d. gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.144	715	+429
10. außerordentliche Erträge	0	0	0
11. außerordentliche Ergebnis	0	0	0
12. sonstige Steuern	265	380	-115
13. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	878	335	+543

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	35,05	32,62	+2,43
Eigenkapitalrentabilität	9,73	4,11	+5,62
Anlagendeckungsgrad 2	51,80	32,63	+19,17
Verschuldungsgrad	185,30	206,56	-21,26
Umsatzrentabilität	29,96	10,29	+19,67

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 8 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 8) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Liquidität und das Eigenkapital reichen voraus sichtlich aus, um die für das Geschäftsjahr 2024 geplanten Finanzbedarfe zu tragen. Kreditaufnahmen sind nicht geplant.

Prognosebericht

Der Planumsatz des Zweckverbandes beträgt für 2024 2,26 Mio. Euro. Dieser speist sich - wie auch in den Vorjahren - aus den Erlösen der F&E-Umlage, den Erstattungen der Beamtenbezüge aus dem Zuweisungsvertrag.

Für das Jahr 2024 erwartet der Zweckverband ein gegenüber dem Vorjahr deutlich verringertes, insgesamt negatives Ergebnis, da die Haushalte der Eigentümer und Kunden der regio iT negativ tendieren.

Risikobericht

Da die Entwicklung der Zinsänderung bei Pensionsverpflichtungen nicht absehbar ist, besteht hier ein Einzelrisiko. In Bezug auf die aktiven Beamten ist das Risiko durch den Personalüberleitungsvertrag auf die regio iT übergegangen. Wesentliche Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsstromschwankungen gibt es nicht. Es besteht derzeit ein Preisänderungsrisiko für die regio iT. Mögliche verbliebene Risiken liegen derzeit deutlich unter dem Eigenkapital des Zweckverbandes.

Der Krieg zwischen Russland und der Ukraine wird voraussichtlich erhebliche Auswirkungen auf die Wirtschaft und die öffentliche Verwaltung haben. Die Cyber-Bedrohungslage für Kommunen und Betreiber kritischer Infrastruktur hat sich laut BSI wesentlich erhöht. Die empfohlenen Maßnahmen des BSI werden durch die regio iT umgesetzt. In der Summe sind keine bestandsgefährdenden Risiken für den Zweckverband zu berichten. Nach der Übergangsfrist von fünf Jahren (2020 bis 2024) sind die civitec Eigentümer nicht mehr gebunden, Leistungen der regio iT abzunehmen.

Chancenbericht

Durch die Beteiligung an der regioiT und deren positiver Geschäftsentwicklung besteht die Möglichkeit stille Reserven aus dem 18% igen Anteil zu generieren.

Organe und deren Zusammensetzung Verbandsversammlung (35 Mitglieder)

Verbandsmitglied	Vertreter	Stellvertreter
Rhein-Sieg-Kreis	Svenja Udelhoven, Kreisdirektorin	Frank Feldschow, Amtsleiter ab 08.12.2022; Tim Hahlen, Amtsleiter bis 07.12.2022
Oberbergischer Kreis	Klaus Grootens, Kreisdirektor	Stefanie Nähring, AL Hauptamt ab 08.12.2022; Stefan Heße, AL Hauptamt bis 07.12.2022
Alfter	Sabine Zilger, Fachbereichsleiterin	Andreas Johnen, Fachgebietsleiter Personal
Bad Honnef	Sigrid Hofmans, Stadtkämmerin	Christoph Königs, IT-Abteilungsleiter
Bergneustadt	Uwe Binner, allg. Vertreter	Janina Hortmann
Bornheim	Christoph Becker, Bürgermeister	Joachim Brandt, Amtsleiter
Eitorf	Rainer Viehof, Bürgermeister	Oona Grünebaum, Leiterin Hauptamt
Engelskirchen	Laszlo Kotynek, Kämmerer	Norbert Hamm, Allg. Vertreter
Gummersbach	Raoul Halding-Hoppenheit, Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer	Jenny Berkey, Fachbereichsleiterin
Hennef	Michael Walter, Erster Beigeordneter	Wolfgang Rossenbach, IT-Abteilungsleiter
Hückeswagen	Dietmar Persian, Bürgermeister	Thorsten Kemper, Leiter Ratsbüro
Königswinter	Dirk Käsbach, Erster Beigeordneter	Nico Graefe, Geschäftsbereichsleiter Organisation und IT
Lindlar	Dr. Georg Ludwig, Bürgermeister	Michael Eyer, Beigeordneter
Lohmar	Stephan Weber, Leiter Amt für Innovation und Nachhaltigkeit	Dr. Holl-Supra, Smart City Koordinatorin
Marienheide	Thomas Garn, Allg. Vertreter	Stefan Meisenberg, Bürgermeister
Meckenheim	Holger Jung, Bürgermeister	Dr. Petra Arenz, Leitung Hauptverwaltung, Organisation und IT
Morsbach	Jörg Bukowski, Bürgermeister	Klaus Neuhoff, Gemeindverwaltungsrat

Much	Christopher Salaske, Kämmerer	Stephan Lang, stv. Fachbereichsleiter ab 15.12.2022; Julia Lohmeier, Sachbearbeiterin IT bis 30.09.2022
Neunkirchen-Seelscheid	Nicole Berka, Bürgermeisterin	Klaus Märzhäuser, Beigeordneter
Niederkassel	Gerhard Bohl, Leiter Fachbereiche Personal und EDV	Carsten Waldbröhl, Beigeordneter
Nümbrecht	Hilko Redenius, Bürgermeister	Sonja Berz, ab 13.12.2022; Manfred Schneider, stv. Bürgermeister bis 12.12.2022
Radevormwald	Simon Woywood, Kämmerer	Reiner Medak, Sachbearbeiter; ehem. Maike Ochs, Sachbearbeiterin
Reichshof	Gerd Dresbach, Kämmerer	Rüdiger Gennies, Bürgermeister
Rheinbach	Dr. Georg Wilmers, Ratsmitglied	Michael Rohloff, Ratsmitglied
Ruppichterath	Mario Loskill, Bürgermeister	Klaus Müller, Kämmerer
Sankt Augustin	Ralf van Grinsven, FB Leiter IT ab 08.12.2022; Frank Wonneberger, Fachdienstleiter bis 07.12.2022	Verena Boosten, FD Leiterin IT und Achim Krupp, FD Leiter IT ab 08.12.2022; Ralf van Grinsven, Fachdienstleister bis 07.12.2022
Siegburg	Bernd Lehmann, Co-Dezernent	Ralf Reudenbach, Erster Beigeordneter
Solingen	Dirk Wagner, Ressortgeschäftsführung	Nils Gerken, Fachbereichsleiter
Swisttal	Petra Kalbrenner, Bürgermeisterin	Herbert Mahlberg, Leiter der ADV
Troisdorf	Alexander Biber, Bürgermeister	Sandra Hildebrandt, Amtsleiterin
Wachtberg	Jörg Schmidt, Bürgermeister	Sven Christian, Beigeordneter
Waldbröl	Larissa Weber, Bürgermeisterin	Anja Bauer, Stadtkämmerin
Wiehl	Ulrich Stücker, Bürgermeister	Peter Madel, Kämmerer
Windeck	Heidi Kirchner, Gemeindeverwaltungsrätin und FB Leiterin Zentrale Dienste	Alexandra Gauß, Bürgermeisterin
Wipperfürth	Michael Schmitz, IT	Leslie Kamphuis, Leiterin FB Bürgermeisterin

Laut der aktuell gültigen Satzung haben alle 35 Verbandsmitglieder gleiche Stimm- und Beteiligungsrechte.

Vorsitzender: Bürgermeister Mario Loskill, Gemeinde Ruppichterath

Stellvertreterin: Bürgermeisterin Larissa Weber, Marktstadt Waldbröl

Verbandsvorsteher

Bürgermeister Dietmar Persian, Stadt Hückeswagen

1. Stellvertreter: Oberbürgermeister Tim Kurzbach, Stadt Solingen
2. Stellvertreter: Landrat Sebastian Schuster, Rhein-Sieg-Kreis

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 35 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 20,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.5 d-NRW AÖR

Anschrift	d-NRW AÖR Rheinische Str. 1 44137 Dortmund
Gründungsjahr	01.01.2017
Satzung	Es gilt die Satzung vom 19. November 2019

Zweck der Beteiligung

Aufgaben der Anstalt sind nach § 6 Errichtungsgesetz d-NRW AÖR:

- Die Anstalt unterstützt ihre Träger und, soweit ohne Beeinträchtigung ihrer Aufgaben möglich, andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. Informationstechnische Leistungen, die der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dienen, erbringt sie insbesondere im Rahmen von staatlich-kommunalen Kooperationsprojekten.
- Die Anstalt unterstützt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des E-Government-Gesetzes Nordrhein.
- Die Anstalt erbringt ihre Leistungen gegenüber ihren Trägern und anderen öffentlichen Stellen auf Grundlage eines öffentlich-rechtlichen Vertrages nach den §§ 54 bis 62 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen.

Nach § 2 Abs. 2 der Satzung wird bei der d-NRW AÖR die Koordinierungsstelle des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes vom 14. August 2017 eingerichtet.

Das Onlinezugangsgesetz (OZG) verpflichtet Bund und Länder, Verwaltungsleistungen bis zum 31.12.2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten (§ 1 Abs. 1 OZG) und ihre Verwaltungsportale miteinander zu einem Portalverbund zu verknüpfen (§ 1 Abs. 2 OZG). Aufgrund dessen ist eine arbeitsteilige Vorgehensweise und ein enges Zusammenwirken zwischen den Landesressorts und den Kommunen mit Unterstützung durch eine zentrale Koordination und mit einer zwischen den Beteiligten abgestimmten Arbeits- und Zusammenarbeitsstruktur notwendig. Daher betreibt d-NRW im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie die OZG-Koordinierungsstelle NRW, die als Informations- und Kommunikationsdrehscheibe innerhalb Nordrhein-Westfalens und zwischen NRW, dem Bund und anderen Ländern fungiert. Die OZG-Koordinierungsstelle NRW stellt den Informationstransfer zwischen allen Beteiligten in NRW untereinander sowie zwischen den Beteiligten in NRW und den relevanten Projekten und Gremien in anderen Ländern und auf Bund-Länder-Ebene sicher. Sie unterstützt die Landesressorts und die Kommunen unter anderem bei der Bestandsaufnahme der Zuständigkeiten und der Online-Dienste sowie bei der Umsetzungsplanung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die d-NRW AÖR unterstützt ihre Träger und andere öffentliche Stellen beim Einsatz von Informationstechnik in der öffentlichen Verwaltung. d-NRW entwickelt und betreibt für die öffentlichen Gesellschafter verwaltungsübergreifende E-Government-Lösungen. Ziele sind die Förderung der kommunal-staatlichen und interkommunalen Zusammenarbeit sowie der Aufbau von modernen, flächendeckenden und wirtschaftlichen E-Government-Komponenten. Überdies unterstützt die Anstalt den IT-Kooperationsrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach § 21 des nordrhein-westfälischen E-Government-Gesetzes.

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	179	140	+39	Eigenkapital	2.914	2.897	+17
Umlaufvermögen	48.888	25.942	+22.946	Sonderposten			
				Rückstellungen	8.044	5.607	+2.437
				Verbindlichkeiten	38.115	17.559	+20.556
Aktive Rechnungsabgrenzung	111	10	+101	Passive Rechnungsabgrenzung	104	29	+75
Bilanzsumme	49.178	26.093	+23.085	Bilanzsumme	49.178	26.093	+23.085

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	129.383	101.209	+28.174
2. sonstige betriebliche Erträge	103	433	-330
3. Materialaufwand	123.390	96.866	+26.524
4. Personalaufwand	4.893	4.040	+853
5. Abschreibungen	56	46	+10
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.147	676	+471
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	14	-14
8. Ergebnis nach Steuern	0	0	0
9. außerordentliche Erträge	0	0	0
10. sonstige Steuern	0	0	0
11. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,92	11,10	-5.18
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	8,91	9,65	- 0,74
Verschuldungsgrad	1583	800,75	+782.25
Umsatzrentabilität	0	0	0

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren im Durchschnitt 85 (Vorjahr 69) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die d-NRW AöR konnte im Jahr 2023 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 129.383 verzeichnen. Gegenüber dem Vorjahr (TEUR 101.209) ergibt sich erneut eine signifikante Steigerung der Umsatzerlöse, die maßgeblich im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket des Bundes für externe Dienstleisterkapazitäten zur Umsetzung des Online Zugangsgesetzes (OZG) für die jeweiligen Bedarfe der Landesverwaltung NRW steht.

Im Vergleich zum 31.12.2022 hat sich das Umlaufvermögen um +TEUR 22.946 erhöht. Grund dafür sind bei einer Verringerung der bereits geleisteten Anzahlungen (-TEUR 1.339) vor allem zusätzliche Geldmittel (+TEUR 17.124) und erhöhte Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (+TEUR 6.564) sowie eine Erhöhung bei den sonstigen Vermögensgegenständen (+TEUR 600).

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital etwas erhöht (+TEUR 17) und das Fremdkapital ist um +TEUR 23.068 gestiegen. Beim Fremdkapital sind die „Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ (+TEUR 18.695) und die „sonstigen Verbindlichkeiten“ (+TEUR 1.968) gewachsen. Demgegenüber haben sich die „erhaltenen Anzahlungen auf Bestellungen“ (-TEUR 106) im Vergleich zum 31.12.2022 verringert. Die „Rückstellungen“ sind gegenüber dem Vorjahr erhöht (+TEUR 2.437). Maßgeblich sind insoweit vor allem die Einstellungen in die Rückstellungen für Ausgleichsverpflichtungen (+TEUR 2.106), erhöhte „sonstige Rückstellungen“ (+TEUR 326) und erhöhte Urlaubsrückstellungen (+TEUR 19). Die Rückstellungen für Gewährleistungen (-TEUR 20) haben sich demgegenüber im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Für das Geschäftsjahr 2023 wird ein Jahresergebnis von TEUR 0 ausgewiesen. Nach § 11 Abs. 2 Errichtungsgesetz d-NRW AöR erhebt die Anstalt für ihre Leistungen kostendeckende Entgelte. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Zweck der Anstalt.

Die Materialaufwendungen betreffen im Wesentlichen Leistungen von Subunternehmern für Programmierleistungen. Die Fremdleistungen sind um +TEUR 26.523 auf TEUR 123.390 gestiegen.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen i. H. v. TEUR 1.147 (Vorjahr: TEUR 676) betreffen vor allem die allgemeinen Kosten im Zusammenhang mit dem Dienstbetrieb der weiterhin stark im Wachstum befindlichen Anstalt – z. B. Telefonkosten TEUR 31 (Vorjahr: TEUR 24), Raummiete TEUR 201 (Vorjahr: TEUR 195), Fortbildungskosten TEUR 80 (Vorjahr: TEUR 57), Rechts- und Beratungskosten TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 105), Arbeitssicherheit/-medizin TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 5), Abschluss- und Prüfungskosten TEUR 38 (Vorjahr: TEUR 14), Buchführungskosten TEUR 28 (Vorjahr: TEUR 27) sowie Mitgliedsbeiträge TEUR 15 (Vorjahr: TEUR 0), Wartungskosten für Hard- und Software TEUR 78 (Vorjahr: 6), Werbekosten TEUR 8 (Vorjahr: TEUR 3), Repräsentationskosten TEUR 19 (Vorjahr: TEUR 12) und Reisekosten TEUR 21 (Vorjahr TEUR 9).

Chancen

Hinsichtlich der Umsatz- und Auftragsentwicklung ist die durch die Rechtsformänderung zur AöR noch engere Bindung an das Land NRW sowie die größere Nähe zu den kommunalen Trägern nebst der zugehörigen IT-Dienstleister weiterhin hervorzuheben. Eine wesentliche Chance der Anstalt liegt damit in ihrer Verankerung im kommunal-staatlichen Umfeld. An der Schnittstelle von Land und Kommunen kann die d-NRW AöR öffentliche Aufgaben im Bereich der kommunal-staatlichen Zusammenarbeit übernehmen und hierfür Aufträge sowohl von Landesseite als auch von kommunaler Seite erwarten. Exemplarisch ist insoweit die Rolle der Anstalt als sog. Kommunalvertreter.NRW. Die d-NRW AöR ist damit die zentrale Anlaufstelle der Kommunen für nachnutzbare Online-Dienste im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes und sorgt für die rechtliche und organisatorische Abwicklung des

Leistungsaustausches. Im Zusammenhang mit dem länderübergreifenden Leistungsaustausch und durch interöffentliche Kooperationen ergeben sich weitere Potentiale für die zukünftige Entwicklung der Anstalt. Mit der Mitgliedschaft in der govdigital eG, der Zusammenarbeit mit der FITKO und durch eine mit der Dataport geschlossene interöffentliche Vereinbarung, der weitere öffentliche Stellen beitreten können, werden neue Handlungsfelder für die d-NRW AöR eröffnet. Überdies könnte ein engeres Zusammenwirken mit dem KDN ein zusätzliches Wachstumspotential bieten. Neue Chancen, sich im verwaltungsübergreifenden Umfeld zukünftig noch stärker zu etablieren, könnten sich durch die Übertragung von weiteren strategischen Digitalisierungsaufgaben zur exklusiven Wahrnehmung per d-NRW VO ergeben. Die d-NRW AöR könnte sich dadurch noch intensiver in die digitale Transformation einbringen.

Risiken

Unwägbarkeiten ergeben sich im Geschäftsbetrieb der Anstalt weiterhin dadurch, dass in der neuen Rechtsform für Leistungen kostendeckende Entgelte zu erheben sind, d. h. die Erzielung von Gewinn nicht Zweck der Anstalt ist. Insoweit wurde, wie mit der Aufsichtsbehörde vereinbart, eine Rückstellung für Ausgleichsverpflichtungen aufgrund von Kostenüberdeckungen gebildet.

Grundsatzentscheidungen zum E-Government auf Bundes- und Landesebene können die Entwicklungsperspektiven beeinträchtigen, wenn damit erhebliche Verzögerungen für Auftragserteilungen einhergehen bzw. die Fortführung von Projekten nicht sichergestellt ist. Auch im Berichtsjahr bestanden weiterhin Unwägbarkeiten, die sich im Nachgang der nordrheinwestfälischen Landtagswahl 2022 ergeben haben, weil die Ausrichtung der Digitalisierung der Verwaltung in Nordrhein-Westfalen noch nicht abschließend geklärt ist.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Dr. Roger Lienenkamp, Vorsitzender
Markus Both, allg. Vertreter

Verwaltungsrat

Sebastian Kopietz, Stadtdirektor, Stadt Bochum
Harald Zillikens, Bürgermeister, Stadt Jüchen
Andreas Wohland, Beigeordneter, Städte & Gemeindebund NRW
Dirk Brügge, Kreisdirektor, Rhein-Kreis-Neuss
Dr. Marco Kuhn, Erster Beigeordneter, Landkreistag NRW
Simone Dreyer, Regierungsbeschäftigte, MAGS NRW
Lee Hamacher, Ministerialdirigentin, MKJFGFI NRW
Dr. Heinz Oberheim, Ministerialrat, FM NRW
Katharina Jestaedt, Ministerialdirigentin, IM NRW
Diane Jägers, Ministerialdirigentin, MHKBD NRW

Stellvertretende Mitglieder

Stefan Keßen, Ltd. Städt. Direktor, Stadt Hagen
Annekathrin Grehling, Stadtdirektorin & Kämmerin, Stadt Aachen
Jorma Klaus, Bürgermeister, Gemeinde Roetgen
Mike-Sebastian Janke, Kreisdirektor, Kreis Unna
Karim Ahajliu, Referent, Landkreistag NRW
Dr. Markus Brakmann, Ministerialrat, MHKBD NRW (CIO)
Petra Köster, Ministerialrätin, MAGS NRW

Dagmar Friedrich, Ltd. Ministerialrätin, MKJFGFI NRW
Eckhard Grah, Ministerialrat, FM NRW
Dr. Jörg Flüs, Regierungsbeschäftigter, IM NRW
Andreas Happe, Ministerialdirigent, MHKBD NRW

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 22 Mitgliedern 7 Frauen an.

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.6 Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH

Anschrift	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH Brückenstraße 4 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 6 00 40
Gründungsjahr	1963
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 19. Juni 2002

Zweck der Beteiligung

Die Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist ein 100%iges Tochterunternehmen der Stadt Gummersbach. In ihrem Kerngeschäft beschäftigt sich die Gesellschaft im Wesentlichen mit der Entwicklung und Erschließung von Wohn- und Gewerbeflächen, sowohl im Eigengeschäft als auch treuhänderisch für die Stadt Gummersbach. Darüber hinaus bietet die Gesellschaft klassische Ingenieurleistungen nach HOAI im Bereich Tiefbau- und Bauleitplanung an. Die Vermietung der Bestandsimmobilien Hindenburgstraße 15 an die Brauhaus Gummersbach GmbH rundet das Profil der Gesellschaft ab. Ende 2018 hat die Gesellschaft darüber hinaus die Verwaltungsgebäude der ehemaligen Fa. Steinmüller von der Stadt Gummersbach mit Besitzübergang am 1. Januar 2019 erworben. Diese werden an überwiegend gewerbliche Nutzer vermietet.

Laut Gesellschaftsvertrag beschränkt sich das Betätigungsfeld der GmbH räumlich auf das Gebiet der Stadt Gummersbach.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH ist es, im öffentlichen Interesse liegende Maßnahmen durchzuführen, die der Verbesserung der öffentlichen Strukturen aller Bereiche im Gebiet der Stadt dienen, sowie der Verbesserung der Verhältnisse des ruhenden und fließenden Verkehrs im Gebiet der Stadt Gummersbach.

Ausgerichtet auf den öffentlichen Zweck beinhaltet dies

- die Entwicklung und Herstellung von Wohnbau- und Gewerbeflächen, einschließlich der Schaffung der notwendigen inneren und äußeren Infrastruktur, einschließlich der hierzu notwendigen Grundstücksgeschäfte,
- die Anschaffung, Bewirtschaftung und der Verkauf von Gebäuden der Gesellschaft,
- die Tätigkeit als Bauträger, Investor und Vermieter von Wohn-, Gewerbe- und sonstigen Gebäuden, auf Grundstücksflächen, die sich im städtischen Eigentum bzw. Eigentum der Gesellschaft befinden,
- vorhandene Anlagen, Flächen und Gebäude aufzubereiten, zu sanieren und einer Nutzung zuzuführen.

Die Gesellschaft kann alle Geschäfte betreiben, die dem Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind. Vor der Neufassung des Gesellschaftsvertrages am 19. Juni 2002 diente die Gesellschaft nicht Erwerbszwecken, sondern verfolgte ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 1.073.750,00 EUR. Alleingesellschafterin ist die Stadt Gummersbach. Die Entwicklungsgesellschaft besitzt keine Anteile an anderen Unternehmen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2023 eine Gewinnausschüttung i.H.v. 100 TEUR.

Im Falle eines Bilanzgewinnes beschließt nach § 13 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrags die Gesellschafterversammlung über die Verwendung des Jahresergebnisses.

Nach § 13 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrags besteht im Falle eines Bilanzverlustes keine Verpflichtung des Gesellschafters zur Verlustabdeckung. Der Gesellschafter haftet bis zur Höhe seiner Stammeinlage.

Verflechtungen mit dem städtischen Haushalt bestehen über die Eigenschaft der Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH als Treuhänderin für die Stadt Gummersbach. Die daraus entstehenden finanzwirtschaftlichen Auswirkungen werden im städtischen Jahresabschluss unter der Produktgruppe 1.15.06 Treuhandvermögen ausgewiesen.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	5.996	6.234	-238	Eigenkapital	4.904	4.789	115
Umlaufvermögen	10.127	9.804	+323	Sonderposten			
				Rückstellungen	1.345	1.630	-285
				Verbindlichkeiten	9.890	9.636	+254
Aktive Rechnungsabgrenzung	16	18	-2	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	16.139	16.056	+83	Bilanzsumme	16.139	16.056	83

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	2.543	3.405	-862
2. sonstige betriebliche Erträge	73	65	8
3. Materialaufwand	844	1.964	-1.120
4. Personalaufwand	589	541	48
5. Abschreibungen	241	243	-2
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	208	168	40
7. Finanzergebnis	216	152	64
8. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	214	150	64

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	30,39	29,83	0,56
Eigenkapitalrentabilität	4,36	3,15	1,21
Anlagendeckungsgrad 2	104,27	103,00	+1,27
Verschuldungsgrad	229,10	235,25	-6,15
Umsatzrentabilität	3,13	4,35	-1,22

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 11 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 12) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die im Jahre 1963 gegründete Gesellschaft war im Berichtsjahr in neun Projekten tätig:

Eigenvermögen – Erschließungsmaßnahme 1. Erschließungsmaßnahme Gummersbach - Windhagen-Siedlungsentwicklung West (WSEW)

Eigenvermögen - Vermietung 2. Vermietung einer Immobilie an die Brauhaus Gummersbach GmbH 3. Vermietung von Immobilien auf dem Steinmüllergelände

Treuhandvermögen 4. Entwicklungsmaßnahme Gummersbach – Berstig 5. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen Gewerbegebiet Ost I/II 6. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Windhagen Gewerbegebiet West 7. Erschließungsmaßnahme Gummersbach – Gewerbepark Sonnenberg 8. Revitalisierung des ehemaligen Steinmüllergeländes und des Ackermannengeländes 9. Stadtumbaugebiet „Gummersbach-Zentrum 2030“ 10. Entwicklung Quartier Strombach mit Ersatzneubau einer Sporthalle

Die Erschließungsmaßnahme Windhagen-Siedlungsentwicklung-West betreibt die Gesellschaft im Auftrag der Stadt Gummersbach auf eigene Rechnung. Die sonstigen Entwicklungsmaßnahmen werden von der Gesellschaft als Treuhänderin der Stadt Gummersbach im eigenen Namen und auf Rechnung der Stadt durchgeführt. Weitere Ausführungen zu den Projekten im Treuhandvermögen entnehmen Sie dem separaten Bericht zu den Treuhandvermögen.

Ertragslage

Die Umsatzerlöse ergeben sich wie im Vorjahr im Wesentlichen aus den Ergebnissen der Erschließungsmaßnahmen, dem Ergebnis aus der Bewirtschaftung der Mietobjekte und aus den Trägerhonoraren. Im Berichtsjahr 2023 ging die Nachfrage nach Baugrundstücken zurück, trotzdem wurden 6 Baugrundstücke für Einfamilienhäuser sowie Doppelhaushälften aus dem 3. Bauabschnitt Windhagen West verkauft. Die Umsätze bei den Trägerhonoraren und den Mieterträgen sind leicht angestiegen.

Finanzlage

Im Rahmen unseres Finanzmanagements wird vorrangig darauf geachtet, sämtlichen Zahlungsverpflichtungen aus dem laufenden Geschäftsjahr sowie den finanzierenden Banken termingerecht nachkommen zu können.

Risiko- und Chancenbericht

Wesentliche Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft bestehen begründet durch die Vermögens- und Ertragssituation sowie durch das Tätigkeitsfeld der Gesellschaft nicht. Das

Risikomanagement ist in die unternehmerischen Entscheidungen und Geschäftsprozesse integriert. Es ist darauf ausgerichtet, Risiken möglichst zu vermeiden bzw. frühzeitig zu erkennen. Wesentliche Bausteine sind die konsequente Anwendung des "Vier - Augen - Prinzips" sowie die quartalsweise interne Berichterstattung. Außerdem werden externe Beobachtungsbereiche wie insbesondere die Entwicklung des Wohnungsmarktes und die Gewerbeflächenentwicklung in die Betrachtung einbezogen. Im Vordergrund steht dabei das Bestreben, Veränderungen so rechtzeitig zu erkennen, dass durch geeignete Maßnahmen wesentliche negative Einflüsse auf die Unternehmensentwicklung abgewendet werden können.

Risiken der künftigen Entwicklung

Hinsichtlich der Bewertung der Risiken der künftigen Entwicklung ist zu unterscheiden zwischen den Trägermaßnahmen, bei denen die Gesellschaft treuhänderisch für die Stadt Gummersbach tätig ist und den Eigenmaßnahmen. Bei den Entwicklungsträgermaßnahmen Berstig, Gewerbegebiete Windhagen West und Ost, Gewerbepark Sonnenberg, Steinmüller- / Ackermannengelände sowie Innenstadt erbringt die Gesellschaft Leistungen auf der Basis langfristig geschlossener Verträge, die entsprechend den getroffenen Vereinbarungen über Trägerhonorare und / oder HOAI-Honorare vergütet werden. Diese sind sichergestellt, solange die Gesamtwirtschaftlichkeit der einzelnen Projekte nicht gefährdet ist. Eine solche wirtschaftliche Gefährdung ist aus heutiger Sicht bei keinem der Projekte erkennbar, so dass die hier erzielten Honorare mittelfristig über den Zeitraum der jeweiligen avisierten Projektlaufzeiten als gesichert gelten dürften. Die Projekte „Steinmüllergelände“ und „Gummersbach Zentrum“ befinden sich in fortgeschrittenen Entwicklungsstadien, jedoch wird die Fertigstellung der Alten Vogtei, die Ausarbeitung der Schlussverwendungsnachweise und auch die Schaffung von Innenstadtqualitäten im Rahmen der Förderprogramme „Sofortprogramm Innenstadt NRW“ beziehungsweise „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ auch in den nächsten Jahren Planungs- und Projektsteuerungskapazitäten binden.

Das Projekt Wohnpark Strombach mit Ersatzneubau einer Sporthalle befindet sich planerisch noch am Anfang. Von der Erschließung des Baugebietes bis zur endgültigen Vermarktung und Schlussabwicklung werden sicherlich 5-7 Jahre vergehen. Darüber hinaus sollten mittelfristig weitere Projekte akquiriert werden, um langfristig eine stabile Auftragslage für die Gesellschaft zu sichern. Die Risiken der Eigenmaßnahmen sind unterschiedlich zu bewerten: Die Wohnbaumaßnahmen Windhagen Siedlungsentwicklung West - 1. und 2. Bauabschnitt konnten bisher nach Plan entwickelt werden. Die Erschließungsarbeiten sind einschließlich Straßenvollausbau für den 1. und 2. Bauabschnitt abgeschlossen, die Kosten hierfür hielten sich im vorgegebenen Rahmen. Auch entsprachen die bisherigen Verkaufserlöse den Vorgaben der Planung, alle Baugrundstücke im 1. und 2. Bauabschnitt sind veräußert. Die meisten der geplanten sind im Bau oder sind bereits fertig gestellt und bewohnt. Es wird in der Kalkulation auch hier von einer Kostendeckung ausgegangen. Der Realisierung des 3. Abschnitts wurde 2021 begonnen, die Kostenprognose liegt aktuell innerhalb des Kostenrahmens der Projektkalkulation. Zum Ablauf des Geschäftsjahres waren ca. 75 % der Bauflächen verkauft. Im Ergebnis kann – bei allen Unwägbarkeiten einer langfristigen Projektentwicklung – von einem positiven Abschluss ausgegangen werden. Des Weiteren unterliegt die Aufwandstruktur einer permanenten Überprüfung. Darüber hinaus sind aus heutiger Sicht auch für die nahe Zukunft keine den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Risiken zu erkennen.

Chancen der künftigen Entwicklung

Sicherlich bietet das weite Betätigungsfeld der Gesellschaft auch weiterhin ausreichend Möglichkeiten, die Beschäftigung für die Mitarbeiter mittelfristig sicherzustellen. Da die Treuhandmaßnahmen Berstig, Steinmüllergelände und auch die Gewerbegebiete nur noch für einen absehbaren Zeitraum (2-4 Jahre) Beschäftigungs- und somit Einnahmepotential bieten, ist es zur langfristigen Sicherung der

Gesellschaft erforderlich, laufend neue Projekte oder neue Betätigungsfelder zu akquirieren. Die weitere Entwicklung der Innenstadt mit dem Stadtumbaugebiet „Gummersbach Zentrum“ erfordert eine qualifizierte Betreuung, die die Gesellschaft mit Ihrem Knowhow bieten kann. Die unterschiedlichen Handlungsfelder und Planungsbausteine bieten Potential für Leistungserbringung in den Bereichen Projektsteuerung, Tiefbau, Landschaftsarchitektur und Stadtplanung, so dass eine Auslastung der Mitarbeiter der unterschiedlichen Fachdisziplinen sichergestellt sein dürfte.

Die zahlreichen Wandlungsprozesse (Klima, Energieversorgung, Demographie, Verkehr, etc.) erfordern Anpassungen in den öffentlichen Räumen der (Innen-)Stadt und kommunaler Liegenschaften. Das neu aufgesetzte Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Ortszentren“ bietet einen ersten Anknüpfungspunkt zur weiteren Qualifizierung der Innenstadt als Betätigungsfeld der Gesellschaft. Für dieses Förderprogramm wurden weitere Mittel für einen Zeitraum von 3 Jahren bis Ende 2026 bewilligt. Die Entwicklungsgesellschaft wurde darüber hinaus mit der Planung zweier weiterer Anpassungsmaßnahmen beauftragt. Entlang der Südachse im Bernberg sollen zwei Flächen entsiegelt und aufgewertet werden, zudem soll der bestehende Wanderweg um die Aggerhalbinsel barrierearm gestaltet und touristisch aufgewertet werden.

Neben der Innenstadtentwicklung ist es aber mittelfristig auch unbedingt erforderlich, die bestehenden Gewerbegebiete und Wohngebiete weiter zu betreuen, gegebenenfalls zu arrondieren und weitere Flächen zu entwickeln. Da die Gesellschaft in den vergangenen Jahren ihr Leistungsvermögen auf diesem Gebiet hinreichend unter Beweis gestellt hat, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Stadt Gummersbach auch weiterhin auf diesem Gebiet den Diensten der Gesellschaft bedienen wird. Dies gilt auch für die Erschließung weiterer innenstadtnaher Wohngebiete. Hier könnte das Grundstück der ehemaligen Fachhochschule „Am Sandberg“ ein möglicher neuer Wohnstandort sein. Anlage 4 / 11 Für den Standort der ehemaligen Hauptschule in Strombach wurde in 2022 gemeinsam mit dem Büro ISR eine Machbarkeitsstudie erarbeitet und mit der Stadt Gummersbach ein Entwicklungsträgervertrag ausformuliert und im Geschäftsjahr abgeschlossen. Für den Ersatzneubau der Sporthalle wurden im Geschäftsjahr 2023 Fördermittel des Bundesprogrammes „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ beantragt. Zwischenzeitlich wurde in einer ersten Förderstufe eine Bewilligung in Aussicht gestellt. Im Rahmen des Treuhandvertrags „Gummersbach Zentrum 2030“ wurde die Entwicklungsgesellschaft mit der Projektsteuerung für den geplanten Umzug der Bibliothek und VHS in Teile der ehemaligen Karstadt-Fläche beauftragt. Der in 2018 erfolgte Ankauf der Bürogebäude der ehemaligen Fa. Steinmüller von der Stadt Gummersbach ist ein weiterer Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der Gesellschaft. Die Mieteinnahmen können einen nicht unerheblichen Deckungsbeitrag leisten.

Prognosebericht

Aufgrund der dargestellten Auftragslage sowie der Beurteilung der geplanten Projekte kann von einer weiteren positiven Entwicklung der Gesellschaft in den nächsten Jahren ausgegangen werden. Zwar werden die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch das Auslaufen einiger Projekte zunehmend schwieriger, dennoch sehen wir mittelfristig z. B. durch die weitere Beschäftigung mit der Innenstadt, sowie der weiteren Erschließung von Wohn- und Gewerbeflächen ausreichend Betätigungsfelder für die Gesellschaft. Bei diesen sollte es auch gelingen, durch die Akquisition von HOAI und sonstigen Betreuungshonoraren in Verbindung mit Optimierungen der Aufwandstruktur eine gefestigte, solide wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Der Beginn des Geschäftsjahres 2023 war weiterhin geprägt durch das Auslaufen der „CoronaKrise“ und des Krieges in der Ukraine mit seinen Folgen. Die gestiegenen Energiekosten und der Anstieg der Inflation hatten keine größeren Auswirkungen auf die Gesellschaft. Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich Auswirkungen, wie beispielweise gestörte

Lieferketten oder fehlende Verfügbarkeit von Baumaterialien, wieder normalisiert. Als Folge des in 2022 deutlich gestiegenen Zinsniveaus für Baufinanzierungen war ein Abflachen der Nachfrage für Wohnbaugrundstücke erkennbar. Die Nachfrage lag jedoch weiterhin im mehrjährigen Durchschnitt. Es ist davon auszugehen, dass auch für 2024 mit einer durchschnittlichen Nachfrage zu rechnen ist. Für das Jahr 2024 wird mit einem Ergebnis von rd. 170 T€ gerechnet.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ing. Jürgen Hefner, Techn. Beigeordneter, Gummersbach

Herr Dipl.-Ing. Frédéric Ripperger, Köln

Aufsichtsrat

Herr Frank Helmenstein, Bürgermeister

Frau Helga Auerswald, stellv. Bürgermeisterin

Herr Jörg Jansen, Stadtverordneter

Herr Karl-Otto Schiwiek, Stadtverordneter

Herr Uwe Schieder, Stadtverordneter verstorben 21.12.23

Herr Oliver Kolken Stadtverordneter Nachbesetzung f. Herrn Schieder

Frau Elke Wilke, Stadtverordnete

Herr Joachim Scholz, Stadtverordneter

Herr Uwe Cujai, Geschäftsführer OAG

Herr Barthel Labenz, Regierungsbaudirektor

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 9 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 22,22 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.7 Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH

Anschrift	Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH Bunsenstraße 5 51647 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 81 45 00
Gründungsjahr	1995
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 23. Oktober 2009

Zweck der Beteiligung

Der Schwerpunkt der Beteiligung der Stadt Gummersbach an der GTC GmbH liegt in der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger und hier insbesondere bei der Förderung von Innovationen und Existenzgründungen sowie des Technologie- und Wissenschaftstransfers zwischen Wissenschaft, Unternehmen, Institutionen und der öffentlichen Hand, insbesondere in den Bereichen Elektro-, Kraftstoff- und Umwelttechnik, Metallbearbeitung sowie IT und Digitalisierung in der Region Oberberg.

Hierzu betreibt die Gesellschaft ein Gründer- und Technologiezentrum und bietet neben der Vermietung auch Beratungs- und Dienstleistungen an. Die GTC GmbH wurde am 17.02.1995 gegründet.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Um den Einfluss und die Kontrolle des Unternehmens durch die Kommune sicherzustellen, wurde die Gesellschaftsform einer GmbH gewählt. Die GTC GmbH ist auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet. Der kommunale Träger hat einen der Beteiligung nach angemessenem Einfluss in den satzungsgemäßen Aufsichtsgremien.

Die unter der Überschrift „Zweck der Beteiligung“ aufgeführten Tätigkeiten entsprechen dem öffentlichen Zweck wirtschaftlicher Unternehmen der Kommune und begründen ihr Engagement. Die Gesellschaft steht im Einklang mit der Leistungsfähigkeit der Stadt Gummersbach und ihrem voraussichtlichen Bedarf.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital		730.150,00 EUR
Stadt Gummersbach	59,8986 %	421.900,00 EUR
Stadt Hückeswagen	0,3424 %	2.500 EUR
Oberbergischer Kreis	3,5061 %	25.600 EUR
Industrie- und Handelskammer zu Köln, Geschäftsstelle Oberberg	0,3561 %	2.600 EUR
Bremicker Elektrotechnik GmbH	0,3561 %	2.600 EUR
Clemens Immobilien GmbH & Co. KG	0,7053 %	5.150 EUR
Cramer & Herling OHG	0,3561 %	2.600 EUR
Stadt Radevormwald	0,3561 %	2.600 EUR
Deutsche Bank AG	1,0546 %	7.700 EUR
Technische Hochschule Köln	0,3561 %	2.600 EUR
FERCHAU Engineering GmbH	0,3561 %	2.600 EUR
AggerEnergie GmbH	1,7531 %	12.800 EUR
AggerEnergie GmbH	1,7531 %	12.800 EUR

Gummi Berger Hans Berger GmbH & Co. KG	0,7053 %	5.150 EUR
Steinmüller Bildungszentrum gGmbH	0,7053 %	5.150 EUR
Steinmüller Bildungszentrum gGmbH	1,7531 %	12.800 EUR
Otto Kind GmbH & Co. KG	0,7053 %	5.150 EUR
Aptiv Services Deutschlang GmbH	0,7053 %	5.150 EUR
Michael Metgenberg	0,3561 %	2.600 EUR
Svenja Heidbüchel und	0,7053 %	5.150 EUR
Silke Braunschweig (in Erbengemeinschaft)		
Rothstein Immobilienverwaltungs GmbH	0,7053 %	5.150 EUR
Sparkasse Gummersbach	7,7107 %	56.300 EUR
Dhpg Dr. Harzem & Partner mbB WPG-STBG	0,3561 %	2.600 EUR
Dhpg Dr. Harzem & Partner mbB WPG-STBG	0,3561 %	2.600 EUR
Volksbank Oberberg eG	0,7053 %	5.150 EUR
Lenneper GmbH & Co. KG	0,3561 %	2.600 EUR
Kreissparkasse Köln	7,0054 %	51.150 EUR
Stadt Bergneustadt	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Engelskirchen	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Lindlar	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Marienheide	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Morsbach	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Reichshof	0,3561 %	2.600 EUR
Stadt Waldbröl	0,3561 %	2.600 EUR
Stadt Wiehl	0,3561 %	2.600 EUR
WEG Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH	0,3561 %	2.600 EUR
Aggerverband	0,7053 %	5.150 EUR
BEW Bergische Energie- und Wasser-Gesellschaft mit beschränkter Haftung	1,0546 %	7.700 EUR
Advisio Treuhand & Revision Gummersbach GmbH & Co. KG WPG-STBG	0,3561 %	2.600 EUR
Gemeinde Nümbrecht	0,6985 %	5.100 EUR

Beteiligung der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Es besteht eine stille Beteiligung seitens der Sparkasse Gummersbach in Höhe von 255.645,95 €.

Gewinnverwendung gemäß Gesellschafter-Vertrag:

- (1) In den Jahresabschlüssen festgestellte Gewinne können die Stadt Gummersbach und der Oberbergische Kreis und die beteiligten Städte/ Gemeinden/ kommunale Unternehmen im Verhältnis und bis zur Höhe der von ihnen jeweils ausgeglichenen Verluste der letzten fünf Jahre beanspruchen.
- (2) Die Industrie- und Handelskammer zu Köln ist am Gewinn nicht beteiligt.

Verlustrücklage gemäß Gesellschafter-Vertrag:

- (1) Soweit aus dem Betrieb der Gesellschaft Jahresfehlbeträge entstehen, sind diese vorrangig durch die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen auszugleichen.
- (2) Soweit ein solcher Ausgleich nicht möglich ist, sind die Stadt Gummersbach, der Oberbergische Kreis, sowie die Stadt Bergneustadt, die Stadt Waldbröl, die Stadt Wiehl, die Gemeinde

Engelskirchen, die Gemeinde Lindlar, die Gemeinde Marienheide, die Gemeinde Morsbach, die Gemeinde Reichshof und die WEG-Wipperfürther Wohnungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH. in diesem Gesellschaftsvertrag „Städte/ Gemeinden/ kommunale Unternehmen“ genannt – während der Dauer ihrer Beteiligung an der Gesellschaft verpflichtet, Verluste nach der folgenden Berechnungsmethode auszugleichen:

Jahresfehlbetrag./ im Geschäftsjahr vorgenommene Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen (§ 275 Abs. 2 Nr. 7 a HGB) + im Geschäftsjahr erfolgte Tilgungen auf langfristige Darlehen, die zur Finanzierung von Anlagevermögen aufgenommen wurden oder werden.

- (3) Die Verpflichtung zur Verlustabdeckung nach Abs. 2 ist auf insgesamt EUR 204.516,75 jährlich beschränkt.

Im Innenverhältnis erfolgt die Verlustabdeckung zwischen der Stadt Gummersbach, dem Oberbergischen Kreis, den Städten/ Gemeinden/ kommunalen Unternehmen insgesamt im Verhältnis 5:1:1 und innerhalb der zuletzt genannten Gruppe zu gleichen Teilen.

Die Summe der jährlichen Verlustabdeckung nach Absatz 2 darf somit für die Stadt Gummersbach EUR 146.083,39, für den Oberbergischen Kreis EUR 29.216,68 sowie für jede(s) der Städte/ Gemeinden/ kommunale Unternehmen EUR 3.246,30 nicht übersteigen.

Die nicht genannten Gesellschafter sind nicht zur Verlustabdeckung verpflichtet.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.159	1.190	-31	Eigenkapital	944	927	+17
Umlaufvermögen	306	327	-20	Sonderposten	0	0	0
				Rückstellungen	64	89	-24
				Verbindlichkeiten	457	499	-42
Aktive Rechnungsabgrenzung	2,1	3	-0,9	Passive Rechnungsabgrenzung	3	5	-2
Bilanzsumme	1.468	1.520	-52	Bilanzsumme	1.468	1.520,1	-52

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	472	464	8
2. sonstige betriebliche Erträge	17	29	-12
3. Materialaufwand	0	0	0
4. Personalaufwand	265	273	-8
5. Abschreibungen	39	40	-1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	147	131	16
7. Finanzergebnis	7	8	-1
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	31	39	-8
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	17	25	-8

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	64,34	61,01	+3,33
Eigenkapitalrentabilität	1,80	2,67	-0,87
Anlagendeckungsgrad 2	101,73	100,25	+1,48
Verschuldungsgrad	40,76	44,56	-3,80
Umsatzrentabilität	3,59	5,34	-1,74

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 4 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 5) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Seit Gründung der GTC GmbH bis zum 31.12.2023 wurden insgesamt 206 Unternehmen angesiedelt. In diesem Zeitraum sind 832 direkte Arbeitsplätze entstanden. Per 31.12.2023 waren 37 Unternehmen mit 210 Arbeitsplätzen im GTC angesiedelt, dies entspricht einem Faktor von 5,7 Arbeitnehmenden pro Unternehmen. Der Belegungsstand lag am Stichtag bei 94,5 %, im Jahresdurchschnitt bei 92,35 %.

Die Erlöse aus reinen Mieten belaufen sich auf 414 T€, dies sind 88 % der Umsatzerlöse ohne sonstige betriebliche Erträge. Diese Zahlen sind zum Vorjahresvergleich um 0,85 % gestiegen.

Die Umsatzerlöse stiegen um 1,97 % (9,1 T€), gesamt gesehen sanken die Erlöse und sonstigen betrieblichen Erträge gegenüber dem Vorjahr um 1,9 T€ was 0,4 % zum Vorjahreswert entspricht.

Die Kosten stiegen leicht gegenüber dem Vorjahr um 19,4 T€ was 4,67 % zum Vorjahreswertentspricht, was zum großen Teil an den gestiegenen Energiepreisen lag.

In der Summe ergibt sich hieraus eine Ergebnisverschlechterung nach Steuern (aber ohne sonstige Steuern) von 7,9 T€. Liquidität war zu jedem Zeitpunkt in 2023 in ausreichendem Umfang vorhanden. Ein Verlustausgleich für 2023 wird nicht in Anspruch genommen.

Die Bilanzsumme verringert sich in 2023 um 52,3 T€ auf 1.467,7 T€.

Die Vermögenssituation ist bei einer Eigenkapitalquote von 64,34 % geordnet.

Die Gesellschafterversammlung der GTC GmbH hat in der Sitzung vom 23.09.2024 den Jahresabschluss der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2023 abschließend mit einer Bilanzsumme von 1.467.709,96 € und einem Jahresüberschuss lt. Handelsbilanz von 16.978,72 € festgestellt.

Der Jahresabschluss 2023 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 wurden von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Timmerbeil geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Jahresabschluss einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Susanne Roll

Aufsichtsrat

Frank Helmenstein, Bürgermeister (Vorsitzender)
Benjamin Stamm
Jakob Löwen
Uwe Cujai
Michael Sallmann
Frank Grebe
Frank Röttger

Vertretung

Raoul Halding-Hoppenheit
Axel Blüm
Dirk Helmenstein
Klaus Grootens
Peter Lüdorf
Benno Wendeler
Prof. Dr. Lothar Scheuer

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 14 Mitgliedern 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.8 Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH

Anschrift	Gummersbacher Wohnungsbaugesellschaft mbH Brückenstraße 4 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 6 00 40
Gründungsjahr	29. Dezember 1953
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 14. Februar 2017

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie kann außerdem alle im Bereich der Wohnungswirtschaft, des Städtebaus und der Infrastruktur anfallenden Aufgaben übernehmen, Grundstücke erwerben, belasten und veräußern sowie Erbbaurechte ausgeben. Sie kann Gemeinschaftsanlagen und Folgeeinrichtungen, Läden und Gewerbebauten, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Einrichtungen und Dienstleistungen bereitstellen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten, andere Unternehmen zu erwerben oder sich an solchen zu beteiligen. Die Gesellschaft darf auch sonstige Geschäfte betreiben, sofern diese dem Gesellschaftszweck (mittelbar oder unmittelbar) dienlich sind. Die Preisbildung für die Überlassung von Mietwohnungen und die Veräußerung von Wohnungsbauten soll angemessen sein, d. h. eine Kostendeckung einschließlich angemessener Verzinsung des Eigenkapitals sowie die Bildung ausreichender Rücklagen unter Berücksichtigung einer Gesamtrentabilität des Unternehmens ermöglichen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		1.500.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	57,71 %	865.714,00 EUR
Sparkasse Gummersbach	21,69 %	325.345,00 EUR
versch. Kleinanteillinhaber	8,39 %	125.799,00 EUR
Provinzial Rheinland Versicherung AG Düsseldorf	7,34 %	110.042,00 EUR
Gummersbach Wohnungsbau GmbH	4,87 %	73.100,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit 9,09 % an der KPBAG Immobilien GmbH & Co. KG, Gummersbach, seit 2021 mit 4,55 % an der ERK Immobilien GmbH & Co. KG sowie seit 2022 an der AAG Immobilien GmbH & Co. KG mit 47,50 % beteiligt und an der AGSU GmbH mit 40,00% beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß dem Gesellschaftsvertrag ist aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages bei Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10 % des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Diese Rücklage darf nur wie eine gesetzliche Rücklage des Aktienrechts verwandt werden. § 150 Abs. 3 und 4 AktG gelten entsprechend.

Bei Aufstellung des Jahresabschlusses bilden die Geschäftsführer eine Bauerneuerungsrücklage. Außerdem können andere Gewinnrücklagen gebildet werden. Über die Einstellung in und die Entnahme aus den Rücklagen beschließt der Aufsichtsrat nach vorheriger gemeinsamer Beratung mit den Geschäftsführern.

Der Bilanzgewinn kann unter den Gesellschaftern als Gewinnanteil verteilt werden. Der Bilanzgewinn kann zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustdeckung zu beschließen.

Dem Lagebericht 2022 und dem Prüfungsergebnis entsprechend dem Prüfungsbericht wurde zugestimmt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Aufsichtsrates wurde gefolgt. Aus dem Bilanzgewinn von € 5.316.587,01 wird eine Dividende von € 400.000,00 ausgeschüttet (einschließlich der Dividende auf eigene Anteile € 19.493,70 ergibt sich die Ausschüttung einer Dividende = € 380.506,30) und der Rest von € 4.936.080,71 (abzüglich einer Dividende auf eigene Anteile = € 19.493,70 verbleibt ein Gewinnvortrag auf neue Rechnung = € 4.916.587,01) wird auf neue Rechnung vorgetragen. Der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat wurde für das Geschäftsjahr 2022 Entlastung erteilt.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	24.267	23.661	-606	Eigenkapital	14.684	14.095	589
Umlaufvermögen	4.638	4.720	-82	Sonderposten			
				Rückstellungen	218	77	141
				Verbindlichkeiten	14.006	14.209	-203
Aktive Rechnungsabgrenzung	3		+3	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	28.908	28.381	+527	Bilanzsumme	28.908	28.381	+527

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	5.507	4.824	+683
2. sonstige betriebliche Erträge	202	26	+176

3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand	1.036	959	+77
5. Abschreibungen	629	603	+26
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	257	242	+15
7. Finanzergebnis	112	103	+9
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	1.300	936	+364
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	970	711	+259

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2022 zu 2021
	%	%	%
Eigenkapitalquote	50,80	49,66	+1,14
Eigenkapitalrentabilität	5,10	5,04	+0,06
Anlagendeckungsgrad 2	128,69	111,23	+17,46
Verschuldungsgrad	96,86	101,36	-4,50
Umsatzrentabilität	17,61	14,66	+2,95

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren neben der Geschäftsführung 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Jahresüberschuss 2023 Von 711 T€ um 259 T€ auf 970 T€. Gegenüber der Planung in Höhe von 668 T€ hat sich das Ergebnis um rd. 302 T€ verbessert. Vor dem Hintergrund einer im Jahr 2023 erbrachten Tilgungsleistung in Höhe von 560 T€ sowie unter Hinzurechnung der Afa in Höhe von 629 T€ ergibt sich ein Liquiditätsüberschuss von 1.039T€. Dieses Ergebnis ermöglicht auch weiterhin eine Gewinnausschüttung, über deren Höhe die Gesellschafter vor dem Hintergrund laufender und zukünftiger Investitionen (Baupreise) noch beschließen müssen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Volker Müller, Dipl. Ingenieur, TH

Aufsichtsrat

Frank Helmenstein, Bürgermeister, Stadt Gummersbach – Vorsitzender

Frank Grebe, Sparkassendirektor

Dennis Raddatz, Regionaldirektor

Dirk Steinbach, Sparkassendirektor

Frank Röttger, Direktor

Dr. Max-Ferdinand Krawinkel

Karl-Otto Schiwek, Stadtverordneter

Andreas Dissmann, Stadtverordneter

Reinhard Elschner, Stadtverordneter

Axel Blüm, Stadtverordneter

Jörg Jansen, Stadtverordneter

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 11 Mitgliedern 0 Frauen an (Frauenanteil: 0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.9 Klinikum Oberberg GmbH

Anschrift	Klinikum Oberberg GmbH Wilhelm-Breckow-Allee 20 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 17 0
Gründungsjahr	01.01.2008
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Gesellschaftsvertrag vom 21.12.2004, zuletzt geändert durch Beschluss vom 24.06.2008

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der durch den Betrieb des Krankenhauses Klinikum Oberberg an den Standorten Gummersbach, Waldbröl und Marienheide sowie durch die Tochtergesellschaften verwirklicht wird.

Das Klinikum Oberberg verfügt an den Standorten Gummersbach, Waldbröl und Marienheide gemäß Feststellungsbescheid vom 23.10.2017 über insgesamt 969 Planbetten und 65 tagesklinische Plätze. Zur Förderung der Berufsbildung und Erziehung im Bereich des Gesundheitswesens wird am Standort Gummersbach eine Krankenpflegeschule mit 225 Ausbildungsplätzen betrieben. Neben den Ausbildungsplätzen in der Gesundheits- und Krankenpflege stehen seit 2018 auch 25 Ausbildungsplätze in der Gesundheits- und Krankenpflegeassistenz zur Verfügung. Die Schule hält außerdem 40 Ausbildungsplätze für die Ausbildung zum operationstechnischen Assistenten (OTA) vor. Eine Vielzahl von Weiterbildungsangeboten (Case-Management, Praxisanleiter, Intensivpflege- und Anästhesie) runden das Angebot ab.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Klinikum Oberberg Konzern ist nicht gewinnorientiert und verfolgt hauptsächlich den als gemeinnützig anerkannten und damit steuerbegünstigte Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens. Verwirklicht wird dieser Zweck im Wesentlichen durch den Betrieb der Krankenhäuser, Fachkliniken, einem Rehabilitationszentrum und medizinischen Versorgungszentren.

Ziel des Krankenhausbetriebs ist eine hochwertige am individuellen Patientenwohl orientierte medizinische Versorgung der Bevölkerung unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Oberbergischer Kreis	47,85 %
Landschaftsverband Rheinland	28,00 %
Stadt Gummersbach	22,00 %
Stadt Waldbröl	1,25 %
Stadt Wiehl	0,90 %

Beteiligungen der Gesellschaft

Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH	93,73 %
über die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH:	
PSK Psychosomatische Klinik Bergisches Land gemeinnützige GmbH	100 %
RPP Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH	100 %
MVZ Oberberg GmbH	100 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Es kam weder zu einer Gewinnausschüttung, noch zu einer Verlustübernahme.

Nach § 18 Abs. 1 der Satzung der Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH und der Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH vom 24. Juni 2008 werden die gemäß § 17 der Satzung geprüften Jahresaufwendungen des Konzerns, soweit sie nicht durch einrichtungsbezogene Erträge gedeckt sind, maximal bis zu einer Höhe von 20 Mio. EUR der einzelnen Gesellschaft wie folgt gedeckt:

- a) Der Landschaftsverband Rheinland trägt die Verluste, die durch den Betrieb der psychiatrischen Betten sowie der psychiatrischen Ambulanz verursacht werden, unabhängig vom Konzernergebnis. Die Abgrenzung dieser Verluste von denen des somatischen Bereichs erfolgt durch eine geprüfte Kosten- und Leistungsrechnung.
- b) Die danach verbleibenden Verluste bezogen auf das Krankenhaus Gummersbach (somatischer Bereich) werden unabhängig vom Konzernergebnis vom Oberbergischen Kreis und der Stadt Gummersbach im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander getragen.

Ferner werden gemäß § 18 Abs. 3 der Satzung die Investitionskosten, die nicht in die öffentliche Förderung einbezogen werden, und welche für den somatischen Bereich des Kreiskrankenhauses Gummersbach aufgewendet wurden, ebenfalls durch den Oberbergischen Kreis und die Stadt Gummersbach im Verhältnis ihrer Geschäftsanteile zueinander getragen. Diese Zuschüsse sind an die Holding zu zahlen, wenn nicht entsprechende Gewinnrücklagen in der Einrichtung zur Verfügung stehen. Die Geschäftsführung der Holding verwendet die erhaltenen Zuschüsse zur Abdeckung der Verluste der betreffenden Einrichtung.

Bei Auflösung der Gesellschaft dürfen die Gesellschafter nach § 21 Abs. 1 der Satzung nicht mehr als ihre eingezahlten Stammeinlagen und den gemeinen Wert der geleisteten Sacheinlagen zurückerhalten. Abs. 2 besagt, dass das bei der Auflösung der Gesellschaft oder beim Wegfall ihres bisherigen Zwecks vorhandene Vermögen unter den Gesellschaftern nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile verteilt wird. Soweit das Vermögen die eingezahlten Stammeinlagen der Gesellschafter zuzüglich der in Abs. 1 genannten Werte übersteigt, fällt es an die Gesellschafter entsprechend ihrem Anteil an den Stammeinlagen zurück, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden haben.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	92.587	95.778	-3.191	Eigenkapital	37.666	36.904	+762
Umlaufvermögen	73.001	68.378	+4.623	Sonderposten	53.571	54.715	-1.144
				Rückstellungen	13.386	11.124	+2.262
				Verbindlichkeiten	61.689	61.812	-123
Aktive Rechnungsabgrenzung	746	441	+305	Passive Rechnungsabgrenzung	21	42	-21
Bilanzsumme	166.334	164.597	+1.737	Bilanzsumme	166.334	164.597	+1.737

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften:

Von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Grundpfandrechte durch Sicherungsübereignung von Geräten und durch Globalzession von Forderungen insgesamt 6.133,3 T€ besichert. Weitere 23.812,6 Mio. € sind durch öffentliche Bürgschaften besichert.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2022 zu 2021
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	241.738	223.198	+18.540
2. sonstige betriebliche Erträge	27.400	27.610	-210
3. Materialaufwand	62.681	55.441	+7.240
4. Personalaufwand	164.394	151.770	+12.624
5. Abschreibungen	8.605	8.290	+315
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	31.947	34.510	-2.563
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	63	15	+48
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	503	525	-22
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	762	114	+648

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	22,61	22,42	+0,19
Eigenkapitalrentabilität	2,14	0,31	+1,83
Anlagendeckungsgrad 2	121,81	171,85	-50,04
Verschuldungsgrad	199,33	346,01	-146,68
Umsatzrentabilität	0,30	0,05	+0,25

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 3.075 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 2.959) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Lagebericht 2022 wurde für das Geschäftsjahr 2023 ein Konzernjahresüberschuss von rd. 1.216,9 T€ prognostiziert. Das geplante Ergebnis wurde mit einem Konzernjahresüberschuss in 2023 in Höhe von 761,9 T€ um 455,0 T€ verfehlt

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen liegen mit 188.663,0 T€ (Vorjahr: 172.128,8 T€) um 3.574,0 T€ über dem Plan in Höhe von 185.089,0 T€. Der Grund liegt in der zunehmenden Normalisierung des Klinikalltags und der abnehmenden Zurückhaltung vieler Patienten vor dem Gang ins Krankenhaus im Zuge des Pandemiegeschehens. Durch die Ausweitung der psychiatrischen Leistungsmengen und eine Steigerung der Vergütungssätze, konnten die geplanten Erlöse entsprechend ausgeweitet werden. Die unterplanmäßige Entwicklung der Fallzahlen der Somatik, konnte durch einen Preiseffekt im Rahmen der Budgetverhandlungen erlösseitig kompensiert werden.

Die Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses liegen mit 21.585,0 T€ (Vorjahr 18.354,0 T€) um 2.318,0 T€ über dem Plan. Vor allem die Erlöse aus ambulanter spezialfachärztlicher Versorgung einschließlich Rezepten für besonders teure Medikamente haben sich überplanmäßig entwickelt (+1.685,3 T€). Die Einkaufspreise sind analog dazu gestiegen.

Von insgesamt 2.373 geplanten Stellen, konnten 2.338 besetzt werden. Der tatsächliche Personalaufwand liegt 2.586,3 T€ unter dem geplanten Personalaufwand und beträgt 164.394,3 T€ (Vorjahr 151.770,2 T€). Die unter dem Plan liegenden Personalaufwendungen resultieren im

Wesentlichen aus einer Unterbesetzung der geplanten Stellen. Vor allem im Pflegedienst konnten die Planstellen nicht konsequent besetzt werden.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 761,9 T€ (Vorjahr: 114,2 T€) verfehlte die Planung um 455,0 T€. Die deutliche Planüberschreitung des Materialaufwandes konnte durch die überplanmäßigen Erlöse und die unterplanmäßigen Personalaufwendungen kompensiert werden. Innerhalb des Materialaufwandes wurde die Planung im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe insbesondere durch die hohen Energiekosten überschritten. Innerhalb der Aufwendungen für bezogenen Leistungen wurde die Planung insbesondere im Bereich Fremdpersonal überschritten, da vakante Stellen vor allem im Funktionsdienst und im Ärztlichen Dienst kompensiert werden mussten. Ferner wurden die geplanten Aufwendungen für die Krankentransporte um 316,9 T€ überschritten

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Herr Sascha Klein, 1. Geschäftsführer der Klinikum Oberberg GmbH

Herr Magnus Kriesten, 2. Geschäftsführer der Klinikum Oberberg GmbH

Aufsichtsrat

Für den Oberbergischen Kreis

Jochen Hagt, Landrat

Ina Albowitz-Freytag, Werbekauffrau

Wolfgang Brelöhr, Sozialversicherungsfachangestellter, Leiter Servicezentrum

Dr. med. Ralph Krolewski, Arzt

Heidrun Schmeis-Noack, Sekretärin

Marc Becker, Vertriebsleiter

Gisa Hauschildt, Rentnerin

Pascal Ullrich, Beamter

Für den Landschaftsverband Rheinland

Ulrike Lubek, Landesdirektorin / Juristin

Martina Zsack-Möllmann, Geschäftsführerin

Jürgen Kleine, Geschäftsführer

Ursula Mahler, Hausfrau / 2. Stellv. Landrätin

Helga Loepp, freiberufliche Industriekauffrau

Frank Schöneberger, Rechtsanwalt

Für die Stadt Gummersbach

Raoul Halding-Hoppenheit, Stadtkämmerer und Beigeordneter

Ute Fritz-Schäfer, Diplom-Anglistin

Karl-Otto Schiwiek, Pensionär

Marion Fuhr, Kfm. Angestellte

Für die Stadt Wiehl

Lydia Tittes, Communication Managerin

Für die Stadt Waldbröl

Jennifer Weber- Helzer, Studentin

Arbeitnehmersvertreter

Edgar Liedhegener, Betriebsrats-Vorsitzender / Krankenpfleger

Stefan Marzari, Betriebsrats-Vorsitzender / Intensivkrankenpfleger

Dr. Carsten Ising
Henning Ewert, Physiotherapeut

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 24 Mitgliedern 10 Frauen an (Frauenanteil: 42 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent überschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.10 Kult GM AöR

Anschrift	Kult GM AöR Rathausplatz 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 87 1542
Gründungsjahr	2011
Satzung	Es gilt die Satzung vom 30. November 2017

Zweck der Beteiligung

Zweck der Kult GM AöR ist die Herrichtung und der Betrieb der Halle 32/Steinmüllergelände als Kultur- und Veranstaltungszentrum. Durch die dauerhafte Erhaltung der Halle 32 soll zukünftig der Ausbau eines attraktiven Umfeldes im Fokus stehen. Die angedachten Nutzungsmöglichkeiten variieren hier von Seminaren, Begegnungen und Präsentationen, bis zur Schaffung eines kulturellen Angebotes. Die Halle 32 steht neben öffentlichen oder repräsentativen Veranstaltungen auch für private Feierlichkeiten zur Verfügung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Mit dem Betrieb der Halle 32 ist eine attraktive Kultur- und Veranstaltungslandschaft in Gummersbach geschaffen worden, die für die Bevölkerung als Mittelpunkt für Kultur, Begegnung und Kommunikation wirkt.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	1.000.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	1.000.000,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kulturbetrieb der Stadt Gummersbach ist eine selbstständige Einrichtung der Stadt Gummersbach in der Rechtsform einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 114 a GO NRW). Das Stammkapital beträgt 1.000.000 EUR und wurde vollständig von der Stadt Gummersbach eingebracht. Darüber hinaus trägt die Stadt Gummersbach das wirtschaftliche Risiko in Form der Übernahme der Verlustabdeckung der KultGM AöR.

Der im Jahr 2022 entstandene Jahresfehlbetrag von 808 T€ wird durch die Stadt Gummersbach ausgeglichen.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	3.978	4.174	-196	Eigenkapital	268	220	+48
Umlaufvermögen	530	466	64	Sonderposten	2.894	3.053	-159
				Rückstellungen	34	160	-126
				Verbindlichkeiten	1.285	1.206	+79
Aktive Rechnungsabgrenzung	14	23	-9	Passive Rechnungsabgrenzung	41	24	+17
Bilanzsumme	4.522	4.663	-141	Bilanzsumme	4.522	4.663	-141

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	579	576	+3
2. sonstige betriebliche Erträge	239	213	+26
3. Materialaufwand	541	603	-62
4. Personalaufwand	-293	274	-567
5. Abschreibungen	-275	313	-588
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-525	452	-977
7. Finanzergebnis	-821	-859	+38
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-821	-859	+38
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-821	-856	+35

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	5,93	4,72	+1,21
Eigenkapitalrentabilität	-306,34	-389,09	+82,75
Anlagendeckungsgrad 2	79,48	111,72	-32,24
Verschuldungsgrad	1.572,01	2.019,54	-447,53
Umsatzrentabilität	-141,79	-108,49	-33,30

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 6 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das Unternehmen tätig. Bei den geringfügigen Beschäftigten ist eine unterjährige Fluktuation gegeben. Ein Pool von rund 15-20 Personen wird vorgehalten.

Geschäftsentwicklung

Der Veranstaltungskalender der Halle 32 war im Wirtschaftsjahr 2023 sehr gut gefüllt. Das in der Pandemie verloren gegangene Vertrauen der Besucher*innen in Veranstaltungen jeglicher Art konnte wieder zurückgewinnen werden, sodass das Jahr insbesondere von der Umsetzung unterschiedlichster Veranstaltungsformate wie Konzerte, Musicals, Vorträge, Prüfungsbetrieb, Kirche für Oberberg, Messen, Hochzeiten, Geburtstagfeiern, Vfl-Unternehmerclub etc. geprägt war. Halle 32 ist ein Ort an

dem Wirtschaft , Wissenschaft, Politik, Kultur , Freizeit , Kreativität, Sport und Genuss unter einem Dachzusammenkommen.

Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 31. Oktober 2022 den Wirtschaftsplan 2023 mit einem Fehlbetrag i. H. v. 931.455 EUR beschlossen.

Das Jahresergebnis ist im Vergleich zum Wirtschaftsplan laut Vorlage in der 34. Sitzung des Verwaltungsrates vom 31. Oktober 2022 um rund 123,2 EUR besser und beträgt – 808.298,44 EUR.

Erfahrungswerte für den Wirtschaftsplan der künftigen Jahre, insbesondere für die „Bühne 32“ werden erst nach Abschluss von weiteren mehreren Wirtschaftsjahren vorliegen.

Die „Bühne 32“ wird wahrscheinlich in der Spielzeit 2022/2023 neben der Auftaktspielzeit ihr „1. Normaljahr“ erleben:

Spielzeit 2018/2019 Auftaktspielzeit nach Schließung des Theaters Gummersbach

Spielzeit 2019/2020 Schließung der Halle 32 ab März 2020

Spielzeit 2020/2021 Schließung der Halle 32 ab November 2020 bis Mai 2021

Spielzeit 2021/2022 Einstieg in einen „Normalbetrieb“ ab September 2022

Spielzeit 2022/2023 Diese Spielzeit wurde neben der 1. Spielzeit 2018/2019 komplett gespielt

Chancen- und Prognosebericht

Eine solide Grundlage im Veranstaltungsgeschäft bilden grundsätzlich weiterhin die vorhandenen Ankermieter (Kirche für Oberberg, Arena Management GmbH). Unabhängig davon erfolgt zudem die Sondierung des Marktes für das Tagungs- und Seminargeschäft.

Die KultGM stellt sich laufend ihrer kulturellen und geschäftlichen Ausrichtung eines sich wandelnden Marktes; der Erfolg neuer Veranstaltungsreihen bzw. Formate bleibt abzuwarten.

Die Veranstaltungsdichte in der Halle 32 war in 2023 sehr erfreulich. Das Besuchervertrauen konnte nach Corona wieder zurückgewonnen werden. Der Terminkalender für das Jahr 2024 ist ebenfalls wieder gut gefüllt.

In Anlehnung an die Entwicklungen des Wirtschaftsjahres 2023 wird davon ausgegangen, dass das Jahr 2023 ähnliche Entwicklungen nehmen wird („Normaljahr“).

Im Wirtschaftsplan 2024 ist ein Fehlbetrag i.H.v. 879 TEUR ausgewiesen.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat

Vorsitzender

Herr Frank Helmenstein, Bürgermeister der Stadt Gummersbach

ordentliche Mitglieder:

Frau Stv. Bärbel Frackenpohl-Hunscher, pensionierte Lehrerin

Herr Stv. Rainer Sülzer, pensionierter Lehrer

Frau Stv. Anne Walk, Verwaltungsfachangestellte

Frau Stv. Ute Fritz-Schäfer, Dipl. Anglistin

Herr Stv. Sven Lichtmann, Doktorand

Herr Stv. Oliver Kolken, staatl. geprüfter Maschinenbautechniker

Herr Stv. Konrad Gerards, Rentner

Frau Stv. Ursula Anton, Lehrerin

stellvertretende Mitglieder:

Herr Stv. Jörg Jansen, Polizeibeamter
Herr Stv. Uwe Schneevogt, Versicherungsagent
Herr AM. Markus Pollmann, Beamter
Frau Stv. Claudia Stevenson, selbstständige Kauffrau
Herr Stv. Thorsten Konzelmann, Dipl. Verwaltungswirt
Frau Stv. Marion Fuhr, Groß- und Außenhandelskauffrau
Herr Stv. Hartmut Steinmetz, Betreuer
Herr Stv. Dr. Ulrich von Trotha, Zahnarzt

Beratendes Mitglied:

Herr Raoul Halding- Hoppenheit, 1. Beigeordneter und Kämmerer

Stellvertretendes beratendes Mitglied:

Frau Katharina Klein, Fachbereichsleiterin

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 19 Mitgliedern 7 Frauen an (Frauenanteil: 36,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.11 Oberbergische Aufbau GmbH

Anschrift	Oberbergische Aufbau GmbH Moltkestraße 34 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 8 86 100 + 8 86 101
Gründungsjahr	1963
Gesellschaftsvertrag	Der Gesellschaftsvertrag vom 08. Januar 1963 wurde zuletzt am 15.08.2017 geändert

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft verfolgt die im öffentlichen Interesse liegende Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur im Gebiet des Oberbergischen Kreises. Sie umfasst die Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Gewerbe- und Industrieansiedlungsplanung und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand und Zweck der Gesellschaft umfassen insbesondere:

1. Analysen über die Erwerbs- und Wirtschaftsstruktur
2. Information über Standortvorteile und Förderungsmaßnahmen
3. Information über Wirtschaftsförderungsmaßnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden sowie der Europäischen Union
4. Anwerbung und Ansiedlung von Unternehmen sowie Förderung überbetrieblicher Kooperationen
5. Beratung und Betreuung von Kommunen und ansiedlungswilligen Unternehmen in Verfahrens-, Förderungs- und Standortfragen
6. Beratung bei der Beschaffung von Gewerbegrundstücken in Zusammenarbeit mit der örtlichen Gemeinde
7. Beschaffung und Veräußerung von Grundstücken zur Ansiedlung, Erhaltung oder Erweiterung von Unternehmen
8. Förderung des Fremdenverkehrs durch Werbung für die Region.

Die Gesellschaft kann auch vermittelnd im Auftrage von Gebietskörperschaften tätig werden, indem sie deren Grundstücke der gewerblichen Verwertung durch Anwerbung und Ansiedlung geeigneter Betriebe zuführt. Die Gesellschaft kann ebenso von privaten Grundstückseigentümern und für deren Rechnung die Verwertung solcher Grundstücke übernehmen und betreiben, wenn anders die Erfüllung des Gesellschaftszwecks nicht oder nur mit erheblich höheren Kosten zu erreichen ist. Die Gesellschaft ist berechtigt, zur Erfüllung ihrer Aufgaben Zuschüsse entgegenzunehmen oder Darlehen aufzunehmen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Das Stammkapital beträgt 630.100,00 EUR und ist voll eingezahlt.

Stammkapital		630.100,00 EUR
Oberbergischer Kreis	80,02 %	504.200,00 EUR
Stadt Gummersbach	4,06 %	25.600,00 EUR
12 versch. Gesellschafter zu je unter 4 %	15,92 %	100.300,00 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2023 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Seitens der Stadt Gummersbach ist weder eine Verlustübernahme zu leisten, noch kommt es zu einer Gewinnausschüttung.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder beim Ausscheiden von Gesellschaftern dürfen die Gesellschafter nicht mehr als ihre eingezahlten Stammeinlagen zurückerhalten. Das bei der Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks vorhandene Vermögen wird unter die Gesellschafter nach dem Verhältnis ihrer Geschäftsanteile verteilt. Soweit das Vermögen die eingezahlten Stammeinlagen der Gesellschafter übersteigt, fällt es an den Oberbergischen Kreis, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	2	1	1	Eigenkapital	1.407	1.550	-143
Umlaufvermögen	1.841	1.879	-38	Sonderposten			
				Rückstellungen	84	85	-1
				Verbindlichkeiten	352	245	+107
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	1.843	1.880	-37	Bilanzsumme	1.843	1.880	-37

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	424	266	+158
2. sonstige betriebliche Erträge	19	78	-59
3. Materialaufwand	189	184	+5
4. Personalaufwand	413	240	+173
5. Abschreibungen	1	2	-1
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	160	133	+27
7. Finanzergebnis	-143	-166	+23
8. Ergebnis vor Ertragssteuern			
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-143	-166	+23

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	73,36	82,45	-9,09
Eigenkapitalrentabilität	-10,16	-10,71	+0,55
Anlagendeckungsgrad 2	5.784	8.228	-2.444
Verschuldungsgrad	31,00	21,29	+9,71
Umsatzrentabilität	-33,72	-48,26	+14,54

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 14 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 12) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Gesellschaft verfolgt die im öffentlichen Interesse liegende Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Struktur im Gebiet des Oberbergischen Kreises. Sie umfasst die Förderung der Wirtschaft, insbesondere durch Gewerbe- und Industrieansiedlung und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Ein weiterer Gesellschaftszweck der Gesellschaft ist die Tätigkeit zur Deckung des kommunalen Eigenbedarfs in den Bereichen Energiegewinnung und -versorgung, Infrastruktur, Gebäudeanschaffung und -bewirtschaftung und Herrichtung, Bau, Sanierung und Nutzungsvorbereitung von Altnutzungsflächen. Im Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2023 gehen die Wirtschaftsprüfer auf folgende nachvollziehbare Darstellungen im Lagebericht der Geschäftsführung ein:

Die Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft wird positiv bewertet. Die Bilanzsumme verringerte sich um 37 T€ auf 1.843 T€, die Eigenkapitalquote verminderte sich auf 76,3 % (Vorjahr: 82,4 %). - Die Ertragslage hat sich gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert. Das Rohergebnis (Positionen 1-4 der Gewinn- und Verlustrechnung) erhöhte sich um 187 T€ auf 385 T€. Als maßgebliche Ursache hierfür ist die Verzögerung im Bereich Projektabrechnung zu nennen. Die Personalkosten betrugen 413 T€ (Vorjahr 240 T€). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Abschreibungen erhöhten sich um 25 T€. Das Finanzergebnis erhöhte sich um 44,5 T€. Dies führte zu einem im Vergleich zum Vorjahr um 23 T€ erhöhten Ergebnis nach Steuern.

Der Jahresfehlbetrag verminderte sich entsprechend auf - 143 T€. Das Ergebnis der Geschäftstätigkeit liegt damit unter den Prognosen. Im neuen Geschäftsbereich konnte jedoch ein Gewinn erzielt werden, in der Wirtschaftsförderung wurde der Verlust leicht erhöht. Die Gesellschaft war jederzeit in der Lage, ihre Zahlungsverpflichtungen fristgerecht zu erfüllen. Die Satzungsänderung mit der Eröffnung neuer Geschäftsfelder zur Deckung des kommunalen Eigenbedarfs in den Bereichen Energiegewinnung- und Versorgung, Infrastruktur, Gebäudeanschaffung und -bewirtschaftung und Herrichtung, Bau, Sanierung und Nutzungsvorbereitung von Abnutzungsflächen wird die Auslastung und ertragsbringende Tätigkeit auch zukünftig sicherstellen.

Für 2024 wird mit einer positiven Geschäftsentwicklung gerechnet. Diese Einschätzung beruht auf der aktuell bestehenden Projektliste, in der konkret beauftragte Projekte mit jeweiligen Auftragsvolumen kalkuliert werden. Weiterhin werden in dieser Projektliste voraussichtliche Projektvorhaben erfasst. Der Umsatz kann somit voraussichtlich gesteigert werden und liegt gemäß den Planungen der Geschäftsführung bei 728 T€, sodass bei niedrigeren Personalkosten ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt werden kann.

Die Geschäftsführung schlägt in Übereinstimmung mit den Gesellschaftern die folgende Ergebnisverwendung vor: Seite 175 Der Jahresfehlbetrag im Bereich Wirtschaftsförderung in Höhe von 150.325,29 € wird den Rücklagen entnommen, der Gewinn im neuen Geschäftsbereich in Höhe von 6.901,50 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer

Erster Geschäftsführer: Uwe Cujai ausgeübter Beruf: Leiter Wirtschaftsförderung, OBK

Weitere Geschäftsführer: Felix Ammann ausgeübter Beruf: Technischer Dezernent OBK

Aufsichtsrat

Jochen Hagt, Landrat, Vorsitzender

Henrik Köstering, Kreistagsmitglied

Margit Arhus, Kreistagsmitglied

Thomas Jüngst, Kreistagsmitglied

Christoph Hastenrath, Kreistagsmitglied, stellv. Vorsitzender

Reinhold Müller, Kreistagsmitglied

Jürgen Hefner, Geschäftsführer Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH

Sarah Schmidt, Gemeinde Reichshof

Matthias Thul, Bürgermeister Stadt Bergneustadt

Johannes Mans, Bürgermeister Stadt Radevormwald

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 20,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.12 Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH (OVAG)

Anschrift	OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH Kölner Str. 237 51645 Gummersbach-Niederseßmar Tel. 0 22 61 / 9260-0
Gründungsjahr	1949
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 17. Dezember 2014

Zweck der Beteiligung

Zweck des Unternehmens sind einheitliche Tickettarife und ein abgestimmtes Fahrplanangebot aus einer Hand. Die Umsetzung dieser Ziele in Oberberg und in die angrenzenden Kreise erfolgt heute als eigenständiges Unternehmen im Tarifverbund des Verkehrsverbundes Rhein- Sieg.

Das Unternehmen fördert den Verkehr innerhalb des Oberbergischen Kreises und angrenzender Gebiete durch Einrichtung und Betrieb von Kraftomnibuslinien, Linien anderer Verkehrsmittel und Beförderung von Personen im Sinne der Freistellungsverordnung sowie der Betrieb von Gelegenheitsverkehr und die Durchführung aller hiermit im Zusammenhang stehenden Geschäfte.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Beteiligung ist die Förderung des Verkehrs innerhalb des Stadtgebietes und umliegender Kommunen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Stammkapital		4.704.000,00 EUR
Oberbergischer Kreis	50,00 %	2.352.000,00 EUR
Stadt Gummersbach	26,67 %	1.254.400,00 EUR
Stadt Bergneustadt	4,17 %	196.000,00 EUR
Stadt Wiehl	3,47 %	163.200,00 EUR
Stadt Waldbröl	3,33 %	156.800,00 EUR
Gemeinde Reichshof	2,50 %	117.600,00 EUR
Stadt Wipperfürth	1,83 %	86.400,00 EUR
Gemeinde Engelskirchen	1,67 %	78.400,00 EUR
Gemeinde Marienheide	1,67 %	78.400,00 EUR
Gemeinde Morsbach	1,67 %	78.400,00 EUR
Gemeinde Nümbrecht	1,53 %	72.000,00 EUR
Gemeinde Hückeswagen	1,49 %	70.400,00 EUR

Das Stammkapital ist voll eingezahlt.

Beteiligungen der Gesellschaft

	Stammkapital	Anteil in Prozent
Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH	200.000,00 EUR	100,00 %
„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH	127.000,00 EUR	100,00 %
BEKA mbH	378.270,00 EUR	1,03 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Seitens der Stadt Gummersbach ist weder eine Verlustübernahme zu leisten, noch kommt es zu einer Gewinnausschüttung.

Tatsächlich ist zu berücksichtigen, dass entstehende Verlustabdeckungen durch den Oberbergischen Kreis getragen werden, sodass die Stadt Gummersbach entstehende Verlustausgleiche über die Kreismulage indirekt mitträgt.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	12.603	11.446	+1.157	Eigenkapital	6.985	6.985	0
Umlaufvermögen	14.661	11.565	+3096	Sonderposten	1.868	1.949	-81
				Rückstellungen	7.454	5.807	+1.650
				Verbindlichkeiten	11.000	8.226	+2.774
Aktive Rechnungsabgrenzung	89	6	+83	Passive Rechnungsabgrenzung	46	51	-5
Bilanzsumme	27.353	23.017	+4.336	Bilanzsumme	27.353	23.017	+4.336

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	32.027	31.642	385
2. sonstige betriebliche Erträge	2.080	1.113	967
3. Materialaufwand	31.737	28.165	3572
4. Personalaufwand	6.470	5.387	1083
5. Abschreibungen	1.151	1.071	80
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	5.789	4.703	1086
7. Finanzergebnis	-9.852	-6.538	-3314
8. Ergebnis vor Ertragssteuern	-9.852	-6.538	-3314
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	0	0	0

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	25,54	30,35	-4,81
Eigenkapitalrentabilität	0	0	0
Anlagendeckungsgrad 2	129,38	80,40	+48,98

Verschuldungsgrad	40,21	229,52	-189,31
Umsatzrentabilität	0	0	0

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 104 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 96) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die verschiedenen Einflüsse auf die Nachfrage (von noch geltenden pandemiebedingten Einschränkungen zu Jahresbeginn über die kostenlose Beförderung von Ukrainern im Frühjahr bis hin zu dem stark vergünstigten 9-Euro-Ticket in den Sommermonaten) zeichnen sich auch in den OVAG-eigenen Verkäufen ab.

Insbesondere aufgrund der starken Preisreduzierung in den Sommermonaten sind die Einnahmen durch eigene Verkäufe stark gesunken und lagen 13 % unter dem Vorjahr bzw. 21 % unter dem Jahr 2019 (vor der Pandemie).

Die auf Basis von durchschnittlichen Nutzungshäufigkeiten gemäß VDV-Angaben hochgerechnete Nutzung ist dagegen gegenüber den beiden pandemiegeprägten Vorjahren deutlich gestiegen und hat bei der OVAG das Vor-Pandemie-Niveau beinahe wieder erreicht. So wird die Anzahl der beförderten Fahrgäste („Beförderungsfälle“) bei der OVAG für 2022 auf rund 15,5 Mio. geschätzt. Dies entspricht einem Anstieg von 36 % gegenüber 2021 und liegt nur 2 % unter dem Niveau von 2019.

Betriebsergebnis

Das Betriebsergebnis fällt gegenüber dem Vorjahresergebnis schlechter aus. Das Jahresergebnis vor Verlustübernahme weist einen Fehlbetrag von 9.880.000 € aus.

Der Oberbergische Kreis gleicht die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen im Linienverkehr auf vertraglicher Basis aus. Dies führt zu einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Organe und deren Zusammensetzung

Zusammensetzung des Aufsichtsrates und Geschäftsführer

Geschäftsführer

Frau Dipl. Kauffrau Corinna Güllner

Aufsichtsrat

Herr Volker Kranenberg, Stadtverordneter, Gummersbach, Vorsitzender
Herr Frank Herhaus, Dezernent, Wiehl, stellv. Vorsitzender
Herr Dominic Föhlisch, Arbeitnehmervertreter, Hückeswagen
Herr Bürgermeister Frank Helmenstein, Gummersbach
Herr Thorsten Konzelmann, Kreistagsabgeordneter, Gummersbach
Herr Seven Lichtmann, Stadtverordneter, Gummersbach
Herr Jürgen Marquardt, Kreistagsabgeordneter, Gummersbach
Herr Frank Mederlet, Ratsmitglied, Wipperfurth
Herr Moritz Müller, Kreistagsabgeordneter, Wiehl
Herr Helmut Schäfer, Engelskirchen
Herr Andreas Schöler, Arbeitnehmervertreter, Gummersbach
Herr Wilfried Steinbach, Arbeitnehmervertreter, Wipperfurth
Frau Pia Uhl, Arbeitnehmervertreterin, Nümbrecht
Frau Ricarda Vogel, Arbeitnehmervertreterin, Gummersbach
Herr Martin Wagner, Stadtverordneter, Waldbröl

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehörten von den insgesamt 14 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 14,29 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.13 Radio Berg GmbH & Co. KG

Anschrift	Radio Berg GmbH & Co. KG Cliev 19 51515 Kürten
Gründungsjahr	09. November 1989
Gesellschaftsvertrag	Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 20.07.1989, zuletzt geändert durch die Gesellschafterversammlung vom 05.08.2004 und Wirkung zum 01.01.2004

Zweck der Beteiligung

Die Wahrnehmung folgender Aufgaben, die sich aus dem Landesrundfunkgesetz für den Betrieb lokalen Rundfunks ergeben ist Zweck des Unternehmens:

- die zur Produktion und zur Verbreitung des lokalen Rundfunks erforderlichen technischen Einrichtungen zu beschaffen und der Veranstaltergemeinschaft zur Verfügung zu stellen;
- der Veranstaltergemeinschaft die zur Wahrnehmung ihrer gesetzlichen und durch Vereinbarung bestimmten Aufgaben erforderlichen Mittel in vertraglich bestimmtem Umfang zur Verfügung zu stellen;
- für die Veranstaltergemeinschaft den in § 24 Abs. 4 Satz 1 LRG genannten Gruppen Produktionshilfen zur Verfügung zu stellen;
- Hörfunkwerbung zu verbreiten.

Zu diesem Zweck kann sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen mit gleichem oder ähnlichem Gesellschaftszweck beteiligen, derartige Unternehmen erwerben, Tochtergesellschaften gründen, Zweigniederlassungen errichten sowie alle sonstigen den Gesellschaftszweck fördernden Geschäfte vornehmen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen sieht ein „Zwei-Säulen-Modell“ für den Lokalfunk in privater Trägerschaft vor. Als Betriebsgesellschaft stellt die Gesellschaft neben der Veranstaltergemeinschaft (Radio Berg e.V.) die zweite Säule des privaten Lokalrundfunks dar. Die rundfunkrechtliche Verantwortung hat entsprechend dem Landesrundfunkgesetz Nordrhein-Westfalen die Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. Sie beschäftigt die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnis

Ein festgelegtes Stammkapital ist bei der Rechtsform der KG nicht vorgesehen, da der Komplementär mit seinem gesamten Geschäfts- und Privatvermögen haftet. Da es sich bei dem Komplementär aber um eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung handelt, ist die Haftung auf das Grundkapital dieser GmbH limitiert. Es handelt sich dabei um 25.000,00 €, den Mindestsatz für eine GmbH nach deutschem Recht. Die Kommanditisten haften bei dieser Konstruktion nur mit ihren Geschäftsanteilen, die sich nach einer mit Datum vom 31. Dezember 1998 von den Gesellschaftern beschlossenen Umwandlung von Gesellschafterdarlehen in Kommanditkapital in Höhe von 1.000.000,00 DM (511.291,88 €) wie folgt zusammensetzen:

Kommanditgesellschaft		511.291,88 EUR
Rundfunk-Holding Rhein-Berg/Oberberg GmbH & Co. KG	75,0 %	383.468,91 EUR
Rheinisch-Bergischer Kreis	12,5 %	63.911,48 EUR
Oberbergischer Kreis	6,3 %	32.211,39 EUR
Stadt Gummersbach	2,1 %	10.737,13 EUR
Stadt Wiehl	2,0 %	10.225,84 EUR
3 Kleinanteilsinhaber mit jeweils unter 2 %	2,1 %	10.737,13 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Gesellschaft ist mit einem Betrag von 25.564,59 EUR an der persönlich haftenden Komplementär GmbH (Radio Berg GmbH) beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, werden 707,33 EUR an Gewinn ausgeschüttet.

Der nach Berücksichtigung aller Kosten verbleibende Gewinn oder Verlust wird entsprechend der Beteiligung am Gesellschaftskapital auf die Gesellschafter verteilt (§ 9 Ziffer 5 des Gesellschaftsvertrages vom 20. Juli 1989). Die Stadt Gummersbach hat einen Gesellschaftskapitalanteil von 2,1 %.

Verluste sind auf einem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Gemäß § 9 Ziffer 4 des Gesellschaftsvertrages können die Gesellschafter mit der Mehrheit aller vorhandenen Stimmen die Bildung einer unverzinslichen, gesamthänderisch gebundenen offenen Rücklage beschließen, die zur Abdeckung oder Verminderung etwaiger Verluste in den Folgejahren heranzuziehen ist.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	49	63	-14	Eigenkapital	511	511	
Umlaufvermögen	629	620	+9	Sonderposten			
				Rückstellungen	68	82	-14
				Verbindlichkeiten	101	91	+10
Aktive Rechnungsabgrenzung	1	1		Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	681	685	-4	Bilanzsumme	681	685	-4

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.463	1.363	+100
2. sonstige betriebliche Erträge	11	74	-63
3. Materialaufwand	3	3	
4. Personalaufwand			
5. Abschreibungen	15	28	-13
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	1.425	1.363	
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8	7	+1
8. Steuern und Ertrag	3	6	-3
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	35	34	+1

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	75,04	74,60	+0,44
Eigenkapitalrentabilität	6,85	6,65	+0,20
Anlagendeckungsgrad 2	1.387,76	1.087,30	+300,46
Verschuldungsgrad	33,07	34,05	-0,98
Umsatzrentabilität	2,39	2,37	+0,02

Personalbestand

Im Berichtsjahr 2023 wurden keine Aushilfslöhne gezahlt. Zum 31. Dezember 2023 waren somit keine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 0) für das Unternehmen tätig. Die redaktionellen Mitarbeiter/innen des Senders werden von der Veranstaltergemeinschaft Radio Berg e.V. beschäftigt.

Geschäftsentwicklung

Lage der Gesellschaft

Der Werbemarkt in Deutschland schließt im Jahr 2023 0,7 % über Vorjahresniveau ab. Die Tageszeitungen weisen ein Umsatzplus von 7,7 % aus. TV-Werbeerlöse sinken zum Vorjahr um -3,5 %. Die Internetwerbeumsätze (Desktop) steigen zum Vorjahr um 7,4 %, im Bereich Mobile steigen diese deutlich um 8,4 %. Die Gattung Radio erzielte 2023 bei den Bruttowerbeerlösen ein Umsatzplus von 2,9%.

Die Betriebsgesellschaft Radio Berg schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem Jahresüberschuss von 35 TEUR ab und liegt damit um +1 TEUR über dem Vorjahresergebnis.

Die Umsatzerlöse sind mit 1.463 TEUR um +7,4 % bzw. +101 TEUR höher als im Jahr 2022.

Die lokalen, regionalen sowie nationalen Werbeerlöse, die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquiriert werden, sanken um -29 TEUR (-3,1 %) zum Vorjahr. Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogrammzulieferers Radio NRW GmbH sind dagegen um +115 TEUR (+33,7 %) auf 455 TEUR gestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um +62 TEUR (+4,6 %) gestiegen. Das für 2023 mit -96 TEUR geplante Ergebnis wird um +131 TEUR deutlich überschritten. Entgegen der ursprünglichen vorsichtigen Planung konnte die Gesellschaft aufgrund des erfolgreichen Einsatzes der Vertriebsmitarbeiter höhere Erlöse und auch Jahresergebnisse erzielen als geplant.

Chancen und Risiken

Im Jahr 2023 war die lokale Vermarktung der Sender der Rheinland Kombi Köln erfolgreich, während andere Regionen in NRW weniger positiv abschnitten. 2023 war zudem geprägt durch den landesweiten Strukturprozess. Diese Initiative der Landesanstalt für Medien gilt als Reaktion auf die schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Wesentliche Zielsetzung: Reform der Produktions-Organisations- und Entscheidungsprozesse im bestehenden Zwei Säulen-Modell und die Stabilisierung von Reichweite bzw. dem Ausbau digitaler Reichweite. Einige Veranstaltergemeinschaften unterstützten den Prozess nicht, was 2024 u.a. zur Beauftragung eines Gutachtens zur Wirtschaftlichkeit des Lokalfunks führen wird. Reformiert sich der NRW-Lokalfunk nicht von selbst und die LfM NRW erkennt einen Handlungsbedarf nach § 54, Abs. 1 des Landesmediengesetzes NRW (LMG NRW), werden nach der Begutachtung zwei oder drei Vorschläge für einen Neuzuschnitt der Verbreitungsgebiete erarbeitet und der Medienkommission nach den Sommerferien 2024 vorgelegt. Die dynamische Wettbewerbslandschaft erfordert strukturelle Veränderungen, insbesondere mit Blick auf die Vergabe weiterer DAB-Programmplätze. Die Rheinland-Sender planen sich auf diese Veränderungen vorzubereiten, indem sie sich auf die Ausschreibung der DABplusBedeckung bewerben und in digitale Vermarktung investieren. Zudem fördert die LfM DABregional-Verbreitungskosten ab 2025 über drei Jahre degressiv. Trotz stabiler regionaler Reichweite müssen sich die Sender der Rheinland Kombi Köln mit geringen Reichweiten im Gesamtradiomarkt NRW (Erhebung der MA-Audio 2023 II) auseinandersetzen. Da diese Entwicklung nur zum Teil durch noch höher geplante Lokalerlöse kompensiert werden kann, ist eine weiterhin hohe Kostendisziplin und eine entsprechend restriktive Kostenplanung gefordert. Einerseits die Kosten im Blick behalten, aber gleichzeitig auch in die Zukunft investieren, muss die Antwort auf diese Herausforderungen sein. Geplante Maßnahmen für 2024 umfassen die Ausweitung der digitalen Vermarktung und die Einführung personalisierter Radioprodukte, um neue Zielgruppen anzusprechen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die sieben Rheinland-Sender haben sich 2023 zudem auf eine gemeinsame Verbundstrategie mit Blick auf relevante Schwerpunktthemen verpflichtet. Die Umsetzung erfolgt in einer cloudbasierten Produktionsweise.

Organe und deren Zusammensetzung

Gesellschaftervertreter

Mitglieder

Dietmar Henkel, Rundfunk-Holding Rhein-Berg/Oberberg
Diego Faßnacht, Rhein.-Berg. Kreis
Klaus Grootens, Oberbergischer Kreis
Karl-Heinz Richter, Stadt Gummersbach
Michael Schell, Stadt Wiehl
Ralf Siepermann, Stadt Bergneustadt
Dr. Georg Ludwig, BGW Lindlar
Dagmar Schmitz, Gemeinde Nümbrecht

Vertreter

wechselnde Vertreter

Geschäftsführer:

Dietmar Henkel, Bankkaufmann

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 8 Mitgliedern 1 Frau an (Frauenanteil: 12,5 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.1.14 Sparkasse Gummersbach

Anschrift	Sparkasse Gummersbach Hindenburgstr. 4-8 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 310
Gründungsjahr	01. Januar 1853 01. Januar 2019; Vereinigung mit Sparkasse der Homburgischen Gemeinden in Wiehl
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 09.11.2018 (mit Wirkung ab 01.01.2019)

Zweck der Beteiligung

Aufgabe der Sparkasse ist es gemäß § 2 des Sparkassengesetzes NRW, der geld- und kreditwirtschaftlichen Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft, insbesondere des Geschäftsgebietes und ihres Trägers, zu dienen. Sie stärkt den Wettbewerb im Kreditgewerbe.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Sparkasse Gummersbach versorgt im Kreditgeschäft vorwiegend den Mittelstand sowie die wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise. Sie führt ihre Geschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrags. Gewinnerzielung ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes. Sie betreibt im Rahmen des Sparkassengesetzes NRW und den nach diesem Gesetz erlassenen Begleitvorschriften alle banküblichen Geschäfte.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Sparkassen werden nach dem Sparkassengesetz von der jeweiligen Gebietskörperschaft errichtet bzw. aufgelöst. Zwischen diesen Zeitpunkten besitzen sie die Rechtsnatur einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts. Die einzige Einschränkung stellen in diesem Zusammenhang die Besetzung der Führungsorgane durch die Vertretung des Gewährträgers und damit in Verbindung stehende Aufsichtsrechte über die Sparkasse bzw. die in die Führungsorgane entsandten Personen dar. Die Sparkasse "gehört" also dem Gewährträger. Für die Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt haben die beiden Städte einen Zweckverband gebildet, der die Funktion des Gewährträgers ausübt. Mit der Vereinigung sind die Stadt Wiehl und die Gemeinde Nümbrecht in den Zweckverband eingetreten. Alle finanziellen Rechte (Überschussbeteiligung, Auflösungsverträge) und Pflichten (Verlustabdeckungen) sind gemäß der Zweckverbandssatzung auf die Städte/Gemeinde im Verhältnis ihrer amtlich festgestellten Einwohnerzahl zu verteilen. Die "Eigentumsanteile" der Städte/Gemeinde sind also variabel.

Die Stadt Bergneustadt hatte zum 31.12.2022 18.633 Einwohner, die Stadt Gummersbach 52.001 Einwohner, die Stadt Wiehl 25.314 Einwohner und die Gemeinde Nümbrecht 17.486 Einwohner. Bei zusammen 113.434 Einwohnern ergibt sich folgendes Beteiligungsverhältnis zum Jahresende 2022:

Stadt Gummersbach	45,84%
Stadt Wiehl	22,32%
Stadt Bergneustadt	16,43%
Gemeinde Nümbrecht	15,41%

Beteiligungen der Gesellschaft

Die Sparkasse Gummersbach ist am Rheinischen Sparkassen-Giroverband mit einem 1,3692%igen Anteil des Eigenkapitals beteiligt.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gewinnverteilung an die Zweckverbandsmitglieder erfolgt grundsätzlich im Verhältnis der amtlich festgestellten Einwohnerzahlen. Diese zugeteilten Beträge sind von den Mitgliedern für gemeinnützige Zwecke zu verwenden.

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander ebenfalls im Verhältnis der amtlich festgestellten Einwohnerzahlen.

Die sich im Falle einer Auflösung des Verbandes ergebenden Überschüsse oder Fehlbeträge werden entsprechend dem bereits erläuterten Beteiligungsverhältnis auf die Verbandsmitglieder umgelegt.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	51.344	54.963	-3.619	Eigenkapital	116.857	114.148	+2.709
Umlaufvermögen	2.510.773	2.334.095	+176.678	Sonderposten			
				Rückstellungen	41.668	37.791	+3.877
				Verbindlichkeiten	2.018.510	2.156.554	-138.044
Sonstige Aktiva	17.716	5.619	+12.097	Sonstige Passiva	402.798	86.184	+316.614
Bilanzsumme	2.579.833	2.394.677	+185.156	Bilanzsumme	2.579.833	2.394.677	+185.156

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Zinserträge	71.222	39.742	+31.480
2. Zinsaufwendungen	12.232	6.980	+5.252
3. Laufende Erträge	1.796	2.423	-627
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	0	0	
5. Provisionserträge	21.181	20.974	+207
6. Provisionsaufwendungen	1.725	1.549	+176
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	0	0	
8. Sonstige betriebliche Erträge	2.079	1.813	+266
9. Allgemeine Versorgungsaufwendungen	39.822	38.800	+1022
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	1.240	886	+354
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.724	755	+1.969
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	337	683	-346

13. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		0	
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		462	-462
15. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0	0
16. Aufwendungen aus Verlustübernahme	147	0	+147
17. Zuführungen zum oder Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	14.400.000	7.600	+14.392.400
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	11.316	5.844	5.472
19. Außerordentliche Erträge		0	
20. Außerordentliche Aufwendungen		0	
21. Außerordentliches Ergebnis		0	
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	8.252	4.500	+3.752
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	54	8	+46
24. Jahresüberschuss	3.009.289	1.336	+3.007.953
25. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0	
26. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		0	
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen		0	
28. Bilanzgewinn	3.009.289	1.336	+3.007.953

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	4,53	4,77	-0,24
Eigenkapitalrentabilität	25,75	1,17	+24,58
Anlagendeckungsgrad 2	308,85	532,10	-223,25
Verschuldungsgrad	2.107,27	1.997,87	+109,40
Umsatzrentabilität	2.729,71	3,04	+2.726,67

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 343 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 358) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen im Jahr 2023

Auf Basis der Bestandsentwicklung des Jahres 2023 wird für das Kundenkreditgeschäft im Jahr 2024 mit einem weiteren moderaten Wachstum gerechnet. Dieses Wachstum soll in erster Linie durch das Darlehensgeschäft mit Privat- und Firmenkunden getragen werden. Im Gegensatz dazu ist bei den Eigenanlagen ein Rückgang um 10,0 Mio. EUR zu erwarten, der sich aus fälligen Positionen ergibt.

Im Einlagengeschäft setzt sich der durch Konditionen geprägte Wettbewerb weiterhin fort. Vor dem Hintergrund der erwarteten konjunkturellen Entwicklung wird für das Jahr 2024 von einem leichten Wachstum der Kundeneinlagen ausgegangen. Darüber hinaus wird ein weiterer Teil der Geldvermögensbildung im Wertpapiergeschäft gesehen.

Für die Bilanzsumme ergibt sich aus den beschriebenen Entwicklungen im Kredit- und Einlagengeschäft ein leichter Anstieg im kommenden Jahr.

Im Dienstleistungsgeschäft hingegen wird angesichts der rückläufigen konjunkturellen Rahmenbedingungen von einer Verschlechterung der Ausgangslage und einem Rückgang der vermittelten Geschäfte ausgegangen.

Ausblick 2024

Bei der prognostizierten Entwicklung der Ertragslage sollte eine weitere deutliche Stärkung der Eigenmittel gesichert sein.

Die Perspektiven für das Geschäftsjahr 2023 sind in Bezug auf die aufgezeigten Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der von uns erwarteten Entwicklung der Rahmenbedingungen und unserer bedeutsamsten finanziellen Leistungsindikatoren zusammengefasst als günstig zu beurteilen.

Insgesamt wird vor diesem Hintergrund und der darauf resultierenden Risikofaktoren mit einer leicht negativen Entwicklung der Ertragslage gerechnet.

Auf Basis der Ergebnis-, Kapital- und Liquiditätsplanung ist davon auszugehen, dass auch im Prognosezeitraum die Risikotragfähigkeit und die Einhaltung aller bankaufsichtlichen Kennziffern durchgängig gewährleistet sind.

Organe und deren Zusammensetzung

Verwaltungsrat

Berthold, Volker, Sparkasse
Bremer, Thomas, Sparkasse
Dannenberg, Andreas, Sparkasse
Frackenhohl-Hunscher, Bärbel, Gummersbach
Gebser, Larissa, Wiehl
Gerards, Konrad, Gummersbach
Gottschlich, Rainer; Nümbrecht
Grube, André, Sparkasse
Hauschildt, Gisa; Nümbrecht
Helmenstein, Frank, Vorsitzender, Gummersbach
Irle, Christoph, Sparkasse
Kämmerer, Detlef, Bergneustadt
Kamp, Wolfgang, Sparkasse
Konzelmann, Thorsten, Gummersbach
Kranenberg, Volker, Gummersbach
Marquardt, Jürgen, Gummersbach
Riegert, Karl-Ludwig; stv. Vorsitzender, Wiehl
Siepermann, Ralf, stv. Vorsitzender, Bergneustadt

Stellvertretende Verwaltungsrat Mitglieder

Fröhlich, Bernd, Sparkasse
Dreßler, Thorsten, Sparkasse
Foik, Christian, Sparkasse
Fritz-Schäfer, Ute, Gummersbach
Seimen, Thomas, Wiehl
Grützmaker, Sabine, Gummersbach

Saynisch, Andreas, Nümbrecht
Mücke, Nicole, Sparkasse
Lang, Markus, Nümbrecht
Henn, Kristin, Sparkasse
Grütz, Daniel, Bergneustadt
Förster, Rainer, Sparkasse
Auerswald, Helga, Gummersbach
Jansen, Jörg, Gummersbach
Dick, Uwe, Gummersbach
Körber, Jürgen, Wiehl
Schulte, Reinhard, Bergneustadt

Beratende Mitglieder

Thul, Matthias, Bergneustadt
Redenius, Hilko, Nümbrecht
Stücker, Ulrich, Wiehl

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 18 Mitgliedern 3 Frauen an (Frauenanteil: 16,7 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG wurde für die Jahre 2020 bis 2030 erstellt.

3.4.1.15 Stadtwerke Gummersbach – Bereich Abwasser

Anschrift	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Abwasser Fröbelstraße 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 91 07 30
Gründungsjahr	1. Januar 1998
Betriebssatzung	ist gültig in der Fassung vom 10. November 2005, zuletzt geändert durch den V. Nachtrag vom 16. März 2016.

Zweck der Beteiligung

Die Stadtwerke Gummersbach sind ein regionaler Versorger und Dienstleister für die Menschen und die Wirtschaft in Gummersbach.

Neben der Trinkwasserversorgung gehören die Abwasserentsorgung und die Wärme- und Kälteversorgung zu den Angeboten. Zu den weiteren Aufgaben der Stadtwerke Gummersbach gehören die Parkraumbewirtschaftung und der Bäderbetrieb.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Stadtwerke - Bereich Abwasser - ist die Einsammlung von Abwasser und der Weitertransport zu den Klärwerken des Aggerverbandes.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Gummersbach ist alleiniger Anteilseigner.

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	103.409	106.957	-3.548	Eigenkapital	56.167	56.642	-475
Umlaufvermögen	3.753	3.036	+717	Sonderposten	9.879	10.434	-555
				Rückstellungen	2.133	2.325	-192
				Verbindlichkeiten	38.984	40.592	-1.608
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	107.163	109.993	-2.830	Bilanzsumme	107.163	109.993	-2.830

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	14.586	14.679	-93
2. sonstige betriebliche Erträge	26	136	-110
3. Materialaufwand	6.668	6.683	-15
4. Personalaufwand	1.578	1.531	+47
5. Abschreibungen	3.245	3.193	+52
6. Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	-142	-143	+1
7. Betriebsergebnis	1.535	2.048	-513
8. Finanzergebnis	-861	-934	+73
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	674	1.114	-440

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	52,44	51,50	0,94
Eigenkapitalrentabilität	1,20	1,97	-0,77
Anlagendeckungsgrad 2	65,92	102,84	-36,92
Verschuldungsgrad	90,74	94,19	3,45
Umsatzrentabilität	4,62	7,59	-2,97

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2023 waren 36,64 Beschäftigte und 2,46 Beamte (Vorjahr: 37,14 Beschäftigte und 2,46 Beamte) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2023 entsorgten die Stadtwerke mit ihrem Kanalnetz Abwasser von 53.746 Einwohnern. Mit einer Länge von km 387,40 erreichen die Stadtwerke Gummersbach damit einen Kanalanschlussgrad von 99,02 %. Die Schmutzwassermenge in 2023 belief sich dabei auf ein Volumen von m³ 2.375.854. Die Höhe des abgeleiteten Niederschlagswassers basiert auf Grundstücksflächen von m² 3.356.595 und auf Straßenflächen von m² 1.955.799.

Organe und deren Zusammensetzung

Betriebsleiter

Dipl.-Kfm. Herr Harald Kawczyk

Stellvertretende Betriebsleiter

Dipl.-Betriebswirt Herr Hardy Josef Berg (Kaufmännische Leitung)

Dipl.-Ing. Herr Christopher Seybold M. Sc. (Technische Leitung)

Betriebsausschuss

Zeitraum: 01.03.2023 bis 31.12.2023

1. Stv. Herr Volker Kranenberg (Vorsitzender), Dipl.-Staatswissenschaftler/Soldat
2. Stv. Herr Karl-Heinz Richter (1. stellvertretender Vorsitzender), Pensionär
3. Stv. Bastian Frölich (2. stellvertretender Vorsitzender), Verwaltungsbeamter
4. Stv. Herr Jörg Jansen, Beamter
5. Stv. Herr Björn Rose, Elektromeister
6. Stv. Herr Uwe Schneevogt, selbstständiger Versicherungskaufmann
7. Herr Dirk Vedder, selbstständiger Bankkaufmann
8. Stv. Herr Uwe Schieder, Technischer Angestellter
9. Herr Christian Weiss, Rentner

10. Herr Jürgen Schoder, Unternehmensberater
11. Stv. Herr Andreas Dissmann, Hausverwalter
12. Stv. Herr Joachim Scholz, Rentner
13. Herr Norbert Stephan, Rentner
14. Stv. Herr Axel Friedrichsen, Student
15. Herr Dirk Johanns, Kraftfahrer
16. Frau Christine Borchert (Beschäftigte Stadtwerke), Techn. Angestellte
17. Frau Melanie Funken (Beschäftigte Stadtwerke), Kfm. Angestellte

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

3.4.1.16 Stadtwerke Gummersbach – Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken

Anschrift	Stadtwerke Gummersbach – Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken Fröbelstraße 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 91 07 30
Gründungsjahr	1. Januar 1998
Betriebssatzung	ist gültig in der Fassung vom 10. November 2005, zuletzt geändert durch den V. Nachtrag vom 16. März 2016.

Zweck der Beteiligung

Die Stadtwerke Gummersbach sind ein regionaler Versorger und Dienstleister für die Menschen und die Wirtschaft in Gummersbach.

Neben der Trinkwasserversorgung gehören die Abwasserentsorgung und die Wärme- und Kälteversorgung zu den Angeboten. Zu den weiteren Aufgaben der Stadtwerke Gummersbach gehören die Parkraumbewirtschaftung und der Bäderbetrieb.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Gegenstand der Stadtwerke - Bereich Wasser, Wärme, Bäder, Parken - ist die Versorgung der im Stadtgebiet befindlichen Grundstücke mit Trinkwasser, die Versorgung der Grundstücke mit Fernwärme, im Bereich der Fern- und Nahwärmenetze, das Betreiben der öffentlichen Schwimmbäder inklusive Gastronomie und der Vertrieb von Schwimmbadartikeln, das Betreiben von Sport- und Multifunktionshallen im Stadtgebiet inklusive der Gastronomie sowie das Betreiben der innerstädtischen Parkeinrichtungen sowie alle den Betriebszweck fördernden Geschäfte. Ebenso die Errichtung, das Halten, das Betreiben und die Verpachtung von Infrastruktur für Telekommunikationseinrichtungen, damit im Zusammenhang stehende Dienstleistungen und die vertriebliche Nutzung. Der Vertrieb und/oder die Installation von Endgeräten von Telekommunikationseinrichtungen sind gemäß § 107 Abs. 1 Gemeindeordnung NRW davon ausgenommen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Die Stadt Gummersbach ist alleiniger Anteilseigner.

Beteiligungen der Gesellschaft

AggerEnergie GmbH	15,43 %
Arena Gummersbach GmbH & Co. KG	25,1 %
Arena Gummersbach Management GmbH	25,1 %

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	72.460	73.265	-805	Eigenkapital	34.161	34.223	-62
Umlaufvermögen	4.276	1.624	+2.652	Sonderposten			
				Rückstellungen	867	997	-130
				Verbindlichkeiten	41.708	39.673	+2.035
Aktive Rechnungsabgrenzung		4	-4	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	76.736	74.893	+1.843	Bilanzsumme	76.736	74.893	+1.843

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	15.548	11.419	+4.129
2. sonstige betriebliche Erträge	124	96	+28
3. Materialaufwand	7.652	4.358	+3.294
4. Personalaufwand	1.614	1.343	+271
5. Abschreibungen	2.273	2.324	-51
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.742	3.168	+574
7. Ergebnis nach Steuern	-18	1.236	-1.254
8. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-53	1.203	-1.256

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	44,50	45,70	-1,2
Eigenkapitalrentabilität	-0,16	3,52	-3.68
Anlagendeckungsgrad 2	105,93	102,22	3.71
Verschuldungsgrad	124,62	118,84	5.78
Umsatzrentabilität	-0,34	10,45	-10.79

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 36,64 Beschäftigte und 2,46 Beamte (Vorjahr: 37,14 Beschäftigte und 1,73 Beamte) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2023 versorgten die Stadtwerke 53.659 der 53.746 Einwohner der Stadt Gummersbach mit Trinkwasser. Insgesamt wurden Tm³ 2.324 Wasser (Vorjahr: Tm³ 2.351) in Gummersbach an Unternehmen und Bürger verkauft. Für Löschwasserübungen und Brandeinsätze der Feuerwehr wurden Tm³ 17,2 und für betriebsbedingte Spülungen zum Erhalt der Trinkwasserqualität Tm³ 41,9 Wasser entnommen. Bei einem Bezug von Tm³ 2.684 Wasser ergibt sich ein tatsächlicher Wasserverlust von 11,17 % (Vorjahr: 11,78 %). Die Gesamtlänge des Versorgungsnetzes der Stadtwerke beträgt mit Abschluss des Jahres 2023 nunmehr 316,21 km.

Im Wirtschaftsjahr 2023 reduzierte sich die Wärmeabgabe aus dem Heizwerk Gummersbach um MWh 318. Insgesamt wurden im Heizwerk Gummersbach für Kessel und BHKW MWh 11.128 Primärenergie eingesetzt. Die Wärmeabgabe im Schulzentrum Derschlag reduzierte sich um MWh 15. Der Nutzungsgrad der Kesselanlage im Heizwerk Gummersbach reduzierte sich auf 86,9 %. Im Vorjahr betrug der Nutzungsgrad der Kesselanlage 90,4 %. Im Heizwerk Derschlag reduzierte sich der Nutzungsgrad der Kesselanlage von 96,7 % auf 93,0 %. Auf dem Steinmüllergelände erhöhte sich die Wärmeverteilung auf MWh 4.749 und die Kälteverteilung reduzierte sich auf MWh 919

Das Gumbala besuchten insgesamt 183.498 Besucher im Wirtschaftsjahr 2023. Die Gesamtumsatzerlöse im Bereich Bäder betragen TEUR 1.787,0 und liegen TEUR 342,8 über dem Vorjahresergebnis. Durchschnittlich kamen gut 15.300 Besucher pro Monat. Im Hallenbad Derschlag reduzierten sich die Besucher von 405 in 2022 auf 397 in 2023. Die Erhöhung der Umsatzerlöse sowie der Besucherzahlen im Gumbala ist durch die Tarifierung zum 09.01.2023 zu erklären. Aufgrund der kürzeren Schönwetterphase sank die Zahl der Besucher im Strandbad Bruch von 11.278 in 2022 auf 4.948 in 2023 und lag mit rund 4.552 Besucher unter Plan. Eine Reduzierung der Energiekosten im Freizeitbad Gumbala konnte durch die Einspeisung von Strom aus dem BHKW Singerbrink generiert werden und wirkt sich positiv auf das Gesamtergebnis aus.

Im Bereich Parken sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um TEUR 625,5 gestiegen. Der Anstieg der Umsatzerlöse basiert auf die Anpassung der Parktarife zum 01.01.2023 in allen Bereichen. Die Umsatzerlöse betragen im Wirtschaftsjahr 2023 rund TEUR 2.778,7. Im Wirtschaftsjahr 2023 wurden im Parkhaus Forum durchschnittlich rund 84.100 Parkvorgänge pro Monat getätigt. Im Vergleich erzielte das Parkhaus Rathaus / Bismarckplatz durchschnittlich rund 9.200 Parkvorgänge pro Monat und das Parkhaus Alte Post rund 3.300 Parkvorgänge im Zeitraum 01/2023 bis 06/2023. Der Pachtvertrag für das Parkhaus Alte Post wurde zum 30.06.2023 seitens der Stadtwerke gekündigt. Die Stadtwerke müssen auch zukünftig Ersatzinvestitionen und Instandhaltungen für die Tiefgarage Rathaus und Bismarckplatz tätigen.

Chancen- und Risikobericht

Die geschäftlichen Aktivitäten der Stadtwerke Gummersbach sind im Rahmen der vielfältigen Einflussfaktoren unternehmerischen Handelns untrennbar mit Risiken verbunden. Das Risikomanagementsystem ist seit mehreren Jahren installiert und wird rollierend fortgeschrieben. Das Ziel, die zeitgerechte Erkennung, Bewertung, Steuerung und Kontrolle von Risiken, wird dadurch konsequent verfolgt. Die notwendigen Instrumente werden weiterhin kontinuierlich fortentwickelt und sind in einem ganzheitlichen Risikomanagementsystem nach wie vor zusammengefasst. Das Risikomanagementsystem wird konsequent anhand der gesetzlichen Anforderungen gestaltet und trägt insbesondere dem Gedanken einer im System stark ausgeprägten Risikofrüherkennung Rechnung.

Organe und deren Zusammensetzung

Betriebsleiter

Dipl.-Kfm. Herr Harald Kawczyk

Stellvertretende Betriebsleiter

Dipl.-Betriebswirt Herr Hardy Josef Berg (kaufmännische Leitung)

Dipl.-Ing. Herr Christopher Seybold M. Sc. (technische Leitung)

Betriebsausschuss

Zeitraum: 01.03.2023 bis 27.02.2024

1. Stv. Herr Volker Kranenberg (Vorsitzender), Dipl.-Staatswissenschaftler/Soldat

2. Stv. Herr Karl-Heinz Richter (1. stellvertretender Vorsitzender), Pensionär

3. Stv. Bastian Frölich (2. stellvertretender Vorsitzender), Verwaltungsbeamter
4. Stv. Herr Jörg Jansen, Beamter
5. Stv. Herr Björn Rose, Elektromeister
6. Stv. Herr Uwe Schneevogt, selbstständiger Versicherungskaufmann
7. Herr Dirk Vedder, selbstständiger Bankkaufmann
8. Stv. Herr Uwe Schieder, Technischer Angestellter
9. Herr Christian Weiss, Pensionär
10. Herr Jürgen Schoder, Unternehmensberater
11. Stv. Herr Andreas Dissmann, Hausverwalter
12. Stv. Herr Joachim Scholz, Rentner
13. Herr Norbert Stephan, Rentner
14. . Stv. Herr Axel Friedrichsen, Student Stv. Herr Axel Friedrichsen, Student
15. Herr Dirk Johannis, Kraftfahrer
16. Frau Christine Borchert (Beschäftigte Stadtwerke), Techn. Angestellte
17. Frau Melanie Funken (Beschäftigte Stadtwerke), Kfm. Angestellte

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 17 Mitgliedern 2 Frauen an (Frauenanteil: 11,8 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

3.4.1.17 Steinmüller Bildungszentrum GmbH

Anschrift	Steinmüller Bildungszentrum GmbH Rospestr. 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 29 02 630
Gründungsjahr	2000
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 09. Juni 2000, zuletzt geändert durch Beschluss vom 29. März 2012

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Gegenstand des Unternehmens ist die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt öffentliche gemeinnützige Zwecke. Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle im Rahmen der Gewerbeordnung zulässigen Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Für die Sicherung und Fortführung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Kreismitte werden diverse Angebote durch die Gesellschaft umgesetzt, dazu gehören insbesondere

- die praktische und theoretische Erstausbildung für gewerbliche, technische und kaufmännische Berufe
- Maßnahmen der beruflichen Vorbereitung, Umschulung und Weiterbildung
- Bildungsmaßnahmen für Gruppen, die einen erschwerten Zugang zur Berufsausbildung oder zu bestimmten Berufen haben
- die Einführung von Kindern und Jugendlichen in die praktische Anwendung von Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT), insbesondere über Bausteine aus gewerblicher, technischer und kaufmännischer Berufsausbildung
- die Teilnahme an der Erprobung und Entwicklung zukunftsgerichteter Formen beruflicher Bildung
- die Teilnahme an Maßnahmen der Berufsfindung
- sonstige Maßnahmen im Sinne des Sozialgesetzbuches II, III, IX und anderer Regelungen öffentlicher Förderung
- die Zusammenarbeit mit Firmen, Schulen und Institutionen, die sich einem gleichen oder ähnlichen Zweck wie die Gesellschaft widmen.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital	25.000,00 EUR
Oberbergischer Kreis	1.250,00 EUR
Stadt Gummersbach	2.500,00 EUR
Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung	21.250,00 EUR

Beteiligung der Gesellschaft

Es bestehen keine Beteiligungen an anderen Unternehmen.

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß Gesellschaftsvertrag dürfen die Gesellschafter keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Soweit aus dem Betrieb der Gesellschaft Jahresfehlbeträge entstehen, sind diese vorrangig durch die Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen auszugleichen. Die Pflicht zur Verlustabdeckung durch die Stadt Gummersbach bestand nur in den ersten drei Jahren der Gesellschaft.

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1.138	1.233	-95	Eigenkapital	925	1.202	-277
Umlaufvermögen	213	205	+8	Sonderposten	100	4	+96
				Rückstellungen	56	60	-4
				Verbindlichkeiten	283	184	+99
Aktive Rechnungsabgrenzung	13	12	+1	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	1.364	1.450	-86	Bilanzsumme	1.364	1.450	-86

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	1.660	1.903	-243
2. sonstige betriebliche Erträge	23	126	-103
3. Materialaufwand	174	166	8
4. Personalaufwand	1.327	1.365	-38
5. Abschreibungen	101	117	-16
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	399	502	-103
7. Finanzaufwand	48	121	-73
8. Ergebnis nach Steuer	-278	-121	-399
9. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	278	121	157

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	67,83	82,90	-15,07
Eigenkapitalrentabilität	30,80	10,07	20,73
Anlagendeckungsgrad 2	111,90	97,81	14,09
Verschuldungsgrad	30,57	20,63	9,94
Umsatzrentabilität	16,57	5,96	10,61

Personalbestand

Zum 31. Dezember 2022 waren 32 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 35) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Die Umsatzerlöse des SBZ sind im Berichtsjahr kumuliert um 12,8 % bzw. 243 T€ auf 1.660,3 T€ gegenüber dem Vorjahr (1903,3 T€) gestiegen. Unter den kumulierten Umsatzerlösen subsumieren sich zum einen die Erlöse aus Bildungsdienstleistungen 1.619,0T€ (Vorjahr 1.870,4 T€) und Erlösen aus wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb 41,3 T€ (Vorjahr 24,8T€).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Berichtsjahr 82,05% bzw. 103,6T€ auf 22,7 T€ gegenüber dem Vorjahr (126,3T€) gesunken. Im Berichtsjahr wurden erstmalig Erträge aus den Finanzanlagen i.H.v. 48,1 T€ vereinnahmt.

Die finanzielle Lage kann als stabil bewertet werden, da dem SBZ aus dem Sale & Lease Back noch eine erhebliche Summe in Höhe von 805.000,00€ zusteht. Dieser Betrag wird im Zusammenhang mit der Übernahme der Eigenanteile der Förderung weitgehend getilgt. Alle Zahlungsziele, Fristen und Forderungen konnten eingehalten werden.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführung

Frau Ortrun Zipperlin, MBA, Gummersbach

Beirat

Frau O. Zipperlin, stv. Beiratsvorsitzende

Herr Rechtsanwalt H.-G. Hahn

Herr W. Kusel

Frau Ost-Dir. D. Dick

Herr R. Gottschlich

Frau Ost-Dir. Dr. B. Eulenhöfer-Mann

Frau Prof. Dr. S. Lake

Herr Dipl.-Sozialwissenschaftler C. Meier

Herr B. Stamm

Herr V. Kranenberg

Vertreter der Gesellschaft

Herr R. Halding-Hoppenheit, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung

Prof. Dr. F. Wilke

Herr Rechtsanwalt H.-G. Hahn

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 10 Mitgliedern 4 Frauen an (Frauenanteil: 40,0 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent erreicht.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt nicht vor.

3.4.1.18 Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH

Anschrift	Trägersgesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH Alter Schulweg 5 51647 Gummersbach
Gründungsjahr	16. Dezember 1994
Gesellschaftsvertrag	Es ist gültig der Vertrag vom 16. Dezember 1994, zuletzt geändert am 01.02.2018

Zweck der Beteiligung

Vermögensverwaltung durch Erhaltung und Renovierung der Stadthalle Gummersbach.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigte gemeinnützige Zwecke im Sinne des § 51 ff. der Abgabenordnung (Förderung der Heimatpflege).

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Stammkapital		444.823,93 EUR
Stadt Gummersbach	71,27 %	317.000,96 EUR
Gesellschaft zur Eintracht e.V.	8,62 %	38.346,89 EUR
Gummersbacher Schützenverein von 1833 e.V.	8,62 %	38.346,89 EUR
VfL Gummersbach e.V.	5,75 %	25.564,59 EUR
Bürgerverein Gummersbach e.V.	2,87 %	12.782,30 EUR
Freizeitpark Hexenbusch e.V.	2,87 %	12.782,30 EUR

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Neben den bestehenden Anteilen, die die Stadt Gummersbach hält, gibt es im Jahr 2022 keine weiteren wirtschaftlichen Verflechtungen. Es kam weder zu einer Gewinnausschüttung, noch zu einer Verlustübernahme. Durch Übernahme der Bürgschaften hat sich die Stadt finanziell gegenüber der Trägersgesellschaft verpflichtet. Zur Unterstützung und Vermeidung der Inanspruchnahme aus der Bürgschaft zahlt die Stadt Gummersbach zudem jährlich einen Zuschuss in Höhe von 18.000 Euro.

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall ihres bisherigen Zwecks fällt ihr Vermögen an die Stadt Gummersbach mit der Auflage, dass dieses Vermögen unmittelbar und ausschließlich für steuerbegünstigte Zwecke zur Förderung des Denkmalschutzes und des Heimatgedankens verwendet werden darf (§12 des Gesellschaftsvertrages vom 16 Dezember 1994).

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	352	371	-19	Eigenkapital			
Umlaufvermögen	221	242	-21	Sonderposten		0	
				Rückstellungen	7	7	
				Verbindlichkeiten	576	606	-30
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	10	0,033	+9				
Bilanzsumme	583	613	-30	Bilanzsumme	583	613	-30

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Bürgschaftsgeber: Stadt Gummersbach 480.000,00 €

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Umsatzerlöse	61	67	-6
2. sonstige betriebliche Erträge	18	18	
3. Materialaufwand			
4. Personalaufwand			
5. Abschreibungen	19	19	
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	60	50	+10
7., Zinsen und ähnliche Aufwendungen			
8. Finanzergebnis			
9. Ergebnis vor Ertragssteuern			
10. Jahresüberschuss (+)/-fehlbetrag (-)	-9	-6	+3

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	0	0	
Eigenkapitalrentabilität	0	0	
Anlagendeckungsgrad 2	0	0	
Verschuldungsgrad	0	0	
Umsatzrentabilität	14,75	7,05	+7,15

Geschäftsentwicklung

Die Stadthalle (Schützenburg) ist seit dem 01.01.2015 langfristig verpachtet. Zum 01.10.2022 ist ein weiterer Pächter in den bestehenden Vertrag eingetreten.

Der Pachtvertrag ist auf 10 Jahre befristet und kann 2x um 5 Jahre verlängert werden. Die monatlichen Pachten sowie die Nebenkosten werden seitdem pünktlich bezahlt. Insgesamt erzielte die Gesellschaft im Jahr 2023 Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung von 61 TEURO, die sich bei unveränderter Pacht aufgrund geringerer Nebenkosten-Vorauszahlungen verringerten. Eine darüberhinausgehende operative Geschäftstätigkeit wird nicht ausgeübt.

Die Grundstücksaufwendungen erhöhten sich im Vorjahresvergleich auf rund 38 TEUR. Hier wirkten sich deutlich höhere Wasser- und Schmutzwassergebühren aus. Das Jahr konnte mit einem Jahresfehlbetrag von 9 TEURO abgeschlossen werden. Aufgrund der gegenüber dem Wirtschaftsplan höheren Grundstücks- und Instandhaltungsaufwendungen wurde das Planergebnis deutlich unterschritten.

Chancen- und Risikobericht

Durch das bestehende Pachtverhältnis werden seit 2015 Jahresüberschüsse erzielt. Die liquiditätsmäßigen Überschüsse sind auf dem Festgeldkonto und dem Girokonto der Gesellschaft angespart, sodass der Trägergesellschaft Stadthalle Gummersbach mbH zum Stichtag 189 TEURO (Vorjahr 228 TEURO) Bankbestand zur Verfügung stehen. (Girokonto: 165 TEURO, Rücklagenkonto 25 TEURO).

Somit ist die Trägergesellschaft der Stadthalle Gummersbach mbH in der Lage, größere Reparaturen/ Instandhaltungen aus eigenen Mitteln zu tragen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass sich in den Folgejahren der Instandsetzungsaufwand erhöht. Die Heizungsanlage fällt zunehmend aus, in den Lagerräumen hat sich aufgrund der Feststellungen der Lebensmittelüberwachung des oberbergischen Kreises der Sanierungsbedarf ebenfalls erhöht.

Prognosebericht (voraussichtliche Entwicklung)

Die Entwicklung wird weiterhin grundsätzlich positiv angenommen, jedoch ist nicht abzusehen, wie sich die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung mit relativ hoher Inflationsrate und dem andauernden Krieg in der Ukraine auf das Verhalten der Gäste in der Gastronomie auswirken wird. Auch aus dem Auslaufen des ermäßigten Umsatzsteuersatzes für Restaurationsumsätze zum Jahresende 2023 ergeben sich insoweit Unsicherheiten. Die bestehenden Darlehen bei Kreditinstituten werden jährlich planmäßig bedient; und in Zukunft sollte keine neue Darlehensaufnahme erforderlich sein.

Insgesamt ist für das Geschäftsjahr 2024 von grds. unveränderten Pachterlösen, aufgrund geringerer Nebenkostenvorauszahlungen jedoch insgesamt von leicht steigenden Umsätzen auszugehen. Für das Jahresergebnis wird bei weitgehend unveränderten Kostenstrukturen daher ein Niveau erwartet, das deutlich über dem des Jahres 2023 liegen wird, aber noch defizitär sein dürfte.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer	Herr Uwe Schneevogt
Stellvertreter	Herr Stephan Höller

Die Gesellschaft hat auf die Bestellung eines Aufsichtsrates verzichtet.

3.4.1.19 Zweckverband der Förderschulen

Anschrift	Zweckverband der Förderschulen Rathausplatz 1 51643 Gummersbach
Gründungsjahr	24.05.1963
Satzung	Es gilt die Satzung vom 03. März 1980 in der Fassung des IV. Nachtrages vom 08.02.2000.

Zweck der Beteiligung

Der Schulverband ist Träger der Schulen für Lernbehinderte (Sonderschulen) im Gebiet der Verbandsmitglieder. Diese Schulen für Lernbehinderte sind die Jakob-Moreno-Schule in Gummersbach und die Roseggerschule in Waldbröl. Die Zuständigkeit der Verbandsmitglieder zur Erfüllung der o. a. Aufgaben geht auf den Schulverband als Schulträger über.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweckverband der Förderschulen erfüllt seine Aufgaben als Schulträger und stellt den Schulbetrieb durch Schaffung der sachlichen und personellen (ausgenommen Lehrkräfte) Voraussetzungen sicher. Zudem sind die Ziele des Zweckverbandes die Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrages, das Sicherstellen eines bedarfsgerechten Schulangebotes und die Bereitstellung der erforderlichen Lernmittel.

Darstellung der Beteiligungsverhältnisse

Beteiligungsverhältnisse

Verbandsmitglied	Schulverbandsumlage in %
Stadt Bergneustadt	9,30%
Stadt Gummersbach	26,58%
Stadt Waldbröl	14,22%
Stadt Wiehl	10,08%
Gemeinde Engelskirchen	7,49%
Gemeinde Marienheide	5,90%
Gemeinde Morsbach	6,36%
Gemeinde Nümbrecht	9,16%
Gemeinde Reichshof	10,91%

Beteiligungen der Gesellschaft

keine

Darstellung der wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen

Siehe 3.2 Beteiligungsstruktur

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	8.520	8.804	-284	Eigenkapital	3.000	2.770	+230
Umlaufvermögen	43	90	-47	Sonderposten	3.608	3.760	-152
				Rückstellungen	11	7	+4
				Verbindlichkeiten	1.945	2.224	-279
Aktive Rechnungsabgrenzung	1	1		Passive Rechnungsabgrenzung		0	
Bilanzsumme	8.563	8.894	-198	Bilanzsumme	8.563	8.894	-198

Nachrichtlicher Ausweis Bürgschaften

Es liegen keine Bürgschaften vor.

Entwicklung der Gewinn- und Verlustrechnung

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO
1. Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	
2. Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.670	2.570	+100
3. sonstige Transfererträge		0	
4. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte		0	
5. Privatrechtliche Leistungsentgelte	3	0	
6. Erträge aus Kostenerstattung/-umlage	484	419	+65
7. sonstige ordentliche Erträge		0	
8. Aktivierte Eigenleistung		0	
9. Bestandsveränderungen		0	
10. Ordentliche Erträge	3.158	2.989	+169
11. Personalaufwendungen	551	501	+50
12. Versorgungsaufwendungen		0	
13. Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen	1.383	1.247	+136
14. Bilanzielle Abschreibungen	292	292	
15. Transferaufwendungen	402	354	+48
16. Sonstige ordentliche Aufwendungen	253	225	+28
17. Ordentliche Aufwendungen	2.881	2.619	262
18. Ordentliches Ergebnis (Zeilen 10 und 17)	277	370	-93
19. Finanzerträge		0	
20. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	54	63	-9
21. Finanzergebnis (Zeile 19 und 20)	54	63	-9
22. Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeiten (Zeilen 18 und 21)	224	307	-83
23. Außerordentliche Erträge		0	
24. Außerordentliche Aufwendungen		0	
25. Außerordentliches Ergebnis (Zeilen 23 und 24)		0	
26. Jahresergebnis (Zeilen 22 und 25)	224	307	-83
27. Globaler Minderaufwand		0	
28. Jahresergebnis nach Abzug globaler Minderaufwand (Zeilen 26 und 27)	224	307	-83

Kennzahlen

	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	%	%	%
Eigenkapitalquote	26,89	31,62	-4,73
Eigenkapitalrentabilität	9,74	11,08	-1,34
Anlagendeckungsgrad 2	27,13	99,51	-72,38
Verschuldungsgrad	84,57	216,28	-131,71

Personalbestand-131

Zum 31. Dezember 2022 waren 12 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 12) für das Unternehmen tätig.

Geschäftsentwicklung

Nach § 95 der Gemeindeordnung (GO NRW) i.V.m. § 18 GkG NRW ist zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres ein Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft nachzuweisen ist. Ihm ist ein Lagebericht beizufügen. Gemäß §§ 39, 49 der Kommunalhaushaltsverordnung (KomHVO NRW) ist der Lagebericht so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Förderschulzweckverbandes vermittelt wird. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung einzugehen.

Das Jahresergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 223.862,76 € aus Erträgen und Aufwendungen aus.

Vermögensstruktur und Schuldenlage

Die Schlussbilanz zum 31.12.2023 vermittelt ein umfassendes Bild über die Vermögens- und Schuldenlage. Durch den Vergleich der einzelnen Positionen mit den Werten des Vorjahres lassen sich darüber hinaus wesentliche Auswirkungen der Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr 2023 darstellen. Das Volumen der Schlussbilanz ist gegenüber der Bilanz vom 31.12.2022 um rd. 0,33 Mio € gesunken. Das auf der Aktivseite ausgewiesene Vermögen setzt sich mit rd. 8,52 Mio € aus eher langfristig orientiertem Anlagevermögen zusammen. Davon entfallen rd. 7,99 Mio € auf das Sachanlagevermögen (Schulen) und 0,24 Mio € auf Maschinen, technische Anlagen und Fahrzeuge. Die auf der Passivseite dargestellte Kapitalstruktur der Bilanz gibt darüber Auskunft, wie das Vermögen des Zweckverbandes finanziert ist. Das Eigenkapital als Saldo zwischen dem Vermögen (Aktiva und den Verbindlichkeiten im weiteren Sinne (Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten) beträgt mit 3,00 Mio € 35,03% der Bilanzsumme. Es wird empfohlen, den Überschuss in Höhe von 223.862,76 € der Ausgleichsrücklage zu zuführen.

Eine größere Position auf der Passivseite stellen mit 3,60 Mio. € die Sonderposten dar. Das Anlagevermögen wurde in vielen Fällen durch Zuwendungen des Landes mit finanziert. In der Bilanz sind diese Forderungen des Anlagevermögens als Sonderposten auszuweisen und entsprechend der Nutzungsdauer des jeweiligen Vermögensgegenstandes im Ergebnisplan ertragswirksam aufzulösen. Die ebenfalls je Vermögensgegenstand durchzuführenden Abschreibungen, die im Ergebnisplan als Aufwand auszuweisen sind, werden somit zum Teil durch die Erträge aus der Sonderpostenauflösung kompensiert.

Im diesjährigen Abschluss wurden Rückstellungen für die Prüfung des Jahresabschluss durch den Fachbereich 1.5 Rechnungsprüfung der Stadt Gummersbach in Höhe von 2.500,00 € gebildet. Darüber hinaus wurden Rückstellungen für nicht in Anspruch genommen Urlaub in Höhe von 2.694,42 € und

für im Haushaltsjahr geleistete Überstunden in Höhe von 5.306,59 € gebildet. Die Verbindlichkeiten betragen mit 1,95 Mio. € 22,72 % der Bilanzsumme. Hiervon entfallen 1,71 Mio. € auf langfristige Darlehen und 0,23 Mio. € auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und 76,82 € auf sonstige Verbindlichkeiten.

Prognosebericht

Beim Förderschulzweckverband wird aufgrund der vorliegenden Finanzdaten in den nächsten Jahren der NKF-Haushalt ausgeglichen sein. Die Höhe der liquiden Mittel wurden in den Haushaltsjahren 2015 und 2016 gezielt abgebaut. Ab dem Haushaltsjahr 2017 wurde wieder ein ausgeglichener Ergebnisplan aufgestellt. Dies soll grundsätzlich auch im Haushaltsjahr 2025 fortgeführt werden.

Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Seitens der Geschäftsführung wird die Entwicklung der Ertrags- und Finanzlage verfolgt, um ggf. rechtzeitig steuernd eingreifen zu können.

Aufgrund der voraussichtlich ausgeglichenen Haushalte der nächsten Jahre besteht für den Förderschulzweckverband das Risiko "Haushaltssicherung" nicht.

Organe und deren Zusammensetzung

Geschäftsführer

Raoul Halting-Hoppenheit, Schulverbandsvorsteher
Carina Hilger, Kommunalbeamtin
Rüdiger Gennies, Bürgermeister Gemeinde Reichshof
Ulrich Stücker, Bürgermeister Stadt Wiehl

Schulverbandsversammlung*

Johannes Riegel, Lehrer (Pensionär)
Claudia Adolfs, Kommunalbeamtin
Frank Helmenstein, Bürgermeister Stadt Gummersbach
Rainer Sülzer, Lehrer (Pensionär)
Helmut Rafalski, Lehrer (Pensionär)
Ulrich Domke, Kommunalbeamter
Jan Balkhaus, Bauingenieur
Monika Güdelhöfer, Sonderpädagogin
Norbert Hamm, Allgemeiner Vertreter des Bürgermeisters
Stefan Meisenberg, Bürgermeister Gemeinde Marienheide
Thomas Garn, Verwaltungsbeamter
Marko Roth, Staatl. Anerkannter Erzieher
Susanne Hammer, Kommunalbeamtin
Reiner Mast Gemeindegemeinder
Thomas Hellbusch, Polizeivollzugsbeamter
Thomas Funke, Kommunalbeamter
Gerd Dresbach, Kommunalbeamter
Rene Harald Semmler, Kommunalbeamter
Anette Kulosa-Regh, Pädagogin
Christine Hermanns-Reinsch, Pädagogin
Alice Groß, Kommunalbeamtin

Information der Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht

Gemäß § 12 Absatz 6 des Gesetzes über die Gleichstellung von Frauen und Männern für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesgleichstellungsgesetz – LGG) ist die Öffentlichkeit über die Zusammensetzung von Aufsichts- und Verwaltungsräten nach Geschlecht regelmäßig in geeigneter Form zu unterrichten.

Dem Aufsichtsgremium in diesem Unternehmen gehören von den insgesamt 21 Mitgliedern 6 Frauen an (Frauenanteil: 28,57 %).

Damit wird der im § 12 Absatz 1 LGG geforderte Mindestanteil von Frauen in Höhe von 40 Prozent nicht erreicht/unterschritten.

Vorliegen eines Gleichstellungsplanes nach § 2 Absatz 2 und § 5 LGG

Gemäß § 2 Absatz 2 LGG haben die Gemeinden und Gemeindeverbände beziehungsweise ihre Vertreterinnen und Vertreter in den Unternehmensgremien bei der Gründung von Unternehmen in Rechtsformen des privaten Rechts in unmittelbarer und mittelbarer Beteiligung dafür Sorge zu tragen, dass die entsprechende Anwendung des LGG in der Unternehmenssatzung verankert wird.

Gehört einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband allein oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften die Mehrheit der Anteile eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, wirken die Vertreterinnen und Vertreter darauf hin, dass in dem Unternehmen die Ziele des LGG beachtet werden. Dies gilt sowohl für unmittelbare als auch für mittelbare Beteiligungen. Für Unternehmen, die auf eine Beendigung ihrer Geschäftstätigkeit ausgerichtet sind, findet § 2 Absatz 2 LGG keine Anwendung.

Ein Gleichstellungsplan nach § 5 LGG liegt aktuell nicht vor.

3.4.2 Mittelbare Beteiligungen

3.4.2.1 Kreiskliniken Gummersbach – Waldbröl GmbH

Anschrift	Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH Wilhelm - Breckow - Allee 20 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens, der durch den Betrieb der Kliniken in Gummersbach und Waldbröl und der Fachklinik für Psychiatrie Marienheide sowie durch die Tochtergesellschaften verwirklicht wird.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel ist eine hochwertige, am individuellen Patientenwohl orientierte medizinische Versorgung der Bevölkerung unter Wahrung wirtschaftlicher Geschäftsführung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	88.204	91.181	-2.977	Eigenkapital	32.175	31.945	230
Umlaufvermögen	67.711	63.681	4.030	Sonderposten	52.311	53.425	-1.114
Ausgleichsposten	0	0	0	Rückstellungen	12.151	9.986	2.165
				Verbindlichkeiten	59.963	59.914	49
Aktive Rechnungsabgrenzung	707	433	274	Passive Rechnungsabgrenzung	21	25	-4
Bilanzsumme	156.622	155.295	1.327	Bilanzsumme	156.622	155.295	1.327

Geschäftsentwicklung

Für das Geschäftsjahr 2023 wurde im Lagebericht des Jahres 2022 ein Jahresüberschuss in Höhe von 915,6 T€ prognostiziert. Wesentliche Eckpunkte der Planung sind Umsatzerlöse aus Krankenhausleistungen und ambulanten Leistungen in Höhe von insgesamt 192.709,5 T€. Die Planung für 2022 sah 1.587 Vollzeitkräfte und Bruttopersonalkosten in Höhe von 132.964,1 T€ vor. Zum Zeitpunkt der Planung wurde von einem regelhaften Betrieb ohne pandemiebezogene Einschränkungen ausgegangen. Ausgleichszahlungen sind vor diesem Hintergrund unberücksichtigt geblieben.

Die Erlöse aus Krankenhausleistungen in Höhe von 177.102,1 T€ überstiegen den erwarteten Wert um 2.817,3 T€. Durch die Ausweitung der psychiatrischen Leistungsmengen und eine Steigerung der Vergütungssätze, konnten die geplanten Erlöse entsprechend ausgeweitet werden. Die unterplanmäßige Entwicklung der Fallzahlen der Somatik, konnte durch einen Preiseffekt im Rahmen der Budgetverhandlungen erlösseitig kompensiert werden.

Für den Bereich der ambulanten Leistungen wurde mit Erlösen in Höhe von 20.699,1 T€ die Planung um 2.274,4 T€ übertroffen. Vor allem die Erlöse aus ambulanter spezialfachärztlicher Versorgung einschließlich Rezepten für besonders teure Medikamente haben sich überplanmäßig entwickelt (+1.685,3 T€). Die Einkaufspreise sind analog dazu gestiegen.

Der Personalaufwand beträgt im Berichtsjahr 130.920,5 T€ und blieb somit 2.043,6 T€ hinter der Planung zurück. Die unterplanmäßigen Personalaufwendungen resultieren im Wesentlichen aus einer Unterbesetzung der geplanten Stellen. Die 1.586,5 Planstellen wurden mit 1.572,9 Vollkräften besetzt. Insbesondere im Pflegedienst wurden 41,8 Stellen weniger besetzt als geplant. Des Weiteren wurde im Umfang von 999,7 T€ Personal zur Erbringung von ärztlichen Bereitschaftsdiensten beschäftigt.

Der Jahresüberschuss in Höhe von 230,7 T€ verfehlte die Planung um 684,9 T€. Neben den bereits dargestellten Planabweichungen wurde innerhalb des Materialaufwands die Planung im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (+6.201,4 T€), insbesondere durch die hohen Energiekosten und im Bereich der bezogenen Leistungen (+3.096 T€) durch die Aufwendungen für externe Honorarkräfte (Ärztlicher- und Pflegedienst) überschritten, da vakante Stellen vor allem im Funktionsdienst und im Ärztlichen Dienst kompensiert werden mussten. Ferner wurden die geplanten Aufwendungen für die Krankentransporte um 318,5 T€ überschritten. Weitere Planüberschreitungen unter anderem im Bereich Speisenversorgung sind mit allgemeinen Kostensteigerungen verbunden.

Chancen- und Risikobericht

Ein wesentliches Risiko besteht darin, dass die getroffenen Annahmen hinsichtlich der Belegung nicht eintreffen und Umsätze nicht realisiert werden können. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Liquiditätslage der Gesellschaft. Der aus dem Wirtschaftsplan abgeleitete Liquiditätsplan sieht zum Stichtag 31.12.2024 einen Liquiditätsbedarf in Höhe von 3.477,1 T€ vor. Die Kontokorrentlinie der Gesellschaft beträgt 10.000 T€. Eine zusätzliche Kreditlinie in Höhe von 20.000 T€ der Muttergesellschaft steht ferner zur konzerninternen Finanzierung zur Verfügung. Davon sind 23.700 T€ bis zum 31.12.2025 befristet. Die Übrigen 6.300 T€ sind unbefristet. Nach Ablauf des Monats April 2024 wurden die geplanten Belegungsziele in Summe über alle Standorte erreicht. Diese positiven Planabweichungen tragen zu einer moderaten Entspannung der Liquiditätslage der Gesellschaft bei. Derzeit wird geklärt, inwiefern die Gesellschaft auch über den 31.12.2025 hinaus über die aktuell bestehende Kontokorrentlinie in Höhe von 30.000 T€ verfügen kann.

Für die Jahre 2020 bis 2024 konnten zum Zeitpunkt der Erstellung der Wirtschaftspläne noch keine Erlösbudgets verhandelt werden. Die Erlösplanung im Wirtschaftsplan 2024 der Psychiatrie basiert daher auf den im Jahr 2019 vereinbarten und genehmigten Abrechnungssätzen, die um die jeweiligen Veränderungswerte fortgeschrieben wurden. Die Budgetverhandlungen für die Vereinbarungszeiträume 2020 und 2021 konnten zwischenzeitlich für den Vereinbarungszeitraum 2022 zu Beginn 2024 zum Abschluss gebracht werden, was sich positiv auf die Liquidität im Geschäftsjahr und auf das Geschäftsjahr 2025 auswirkt. Die Genehmigung durch die Bezirksregierung Köln ist für die Jahre 2020 und 2021 bereits erfolgt. Für das Jahr 2022 ist diese noch ausstehend. Die Verhandlungen der Budgets für den Vereinbarungszeitraum 2023 sind für den 28.11.2024 und den 03.12.2024 terminiert. Durch die unverhandelten Budgets besteht das Risiko weiterer Liquiditätsengpässe, da die für 2021 geeigneten Preise zunächst weiterhin abgerechnet werden.

Nach Überprüfung der Risikolage kommt die Geschäftsführung zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichts zu dem Ergebnis, dass für den Prognosezeitraum keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen. Der Liquiditätsbedarf der Gesellschaft wurde durch die dargestellten Kreditlinien gesichert. Zudem ist eine sukzessive Erholung des Leistungs- und Belegungsgeschehens zu verzeichnen, die sich positiv auf die Liquiditätsentwicklung auswirken.

Die Geschäftsführung beobachtet laufend die weitere Entwicklung zur Identifikation möglicher Risiken und reagiert bedarfsweise – unter Zugrundelegung des Risikomanagementsystems des Unternehmens- mit angemessenen Maßnahmen zur Anpassung von operativen Geschäftsprozessen unter Nutzung aktueller technologischer Möglichkeiten. Über die Geschäftsentwicklung wird regelmäßig in den Gremiensitzungen berichtet. Die monatliche Berichterstattung von Aufwendungen, Erträgen, Leistungen, Personalbesetzungen und betriebswirtschaftlichen Kennzahlen ermöglicht es, frühzeitig negative Ergebnisentwicklungen zu erkennen und korrigierend einzugreifen.

Das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) hat am 27.04.2022 den neuen Krankenhausplan NRW 2022 veröffentlicht und damit in Kraft gesetzt. Am 17. November 2022 wurden dann die Verhandlungen über die regionalen Planungskonzepte zwischen den Krankenhäusern und Kostenträgern gestartet. Diese Verhandlungsphase war planmäßig nach sechs Monaten abzuschließen. Danach übernimmt die jeweilige Bezirksregierung die Verfahrensleitung und bezieht dann auch weitere Beteiligte auf regionaler und überregionaler Ebene mit ein. Abschließend entscheidet das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen über die Versorgungsaufträge. Die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und den Krankenkassen zu den einzelnen Leistungsgruppen ist im Mai 2023 zum Abschluss gekommen. Mit dem Verhandlungsergebnissen ist Geschäftsführung insgesamt zufrieden, da die Voten der Kostenträger weit überwiegend dem Antrag des Krankenhausträgers entsprechen und damit konsentiert sind. Die Anträge zur Umsetzung des neuen Krankenhausplanes basierten auf der in 2022 in den Gremien verabschiedeten und veröffentlichten Medizinstrategie. In diesem Strategieprozess wurde die medizinische Leistungsstruktur der beiden Akutversorgungsstandorte in Gummersbach und Waldbröl überprüft und Vorschläge zur zukünftigen Leistungsausrichtung unter Berücksichtigung der dafür notwendigen Infrastruktur erarbeitet. Ziel war die Entwicklung einer zukunftsfähigen Medizinstrategie unter Berücksichtigung der sich veränderten Rahmenbedingungen für Krankenhäuser, des wettbewerblichen Umfelds und der Versorgungssituation in der Region. Die Medizinstrategie beschreibt die Weiterentwicklung des Klinikum Oberberg mit Ausbau des Standortes Gummersbach zu einem umfangreichen Schwerpunktversorger bei Erhalt des Standortes Waldbröl als Grund- und Regelversorger. Gemäß verabschiedetem Zukunftskonzept wurden in 2024 bereits die Gefäßchirurgie von Waldbröl nach Gummersbach verlagert. Zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Waldbröl und damit auch zur Sicherung der Stationären Belegungszahlen der vorhandenen Fachgebiete wird seit November 2023 die Multimodale Schmerztherapie (MMS) stationär betrieben. Auch am Standort Gummersbach wurde mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Weiterentwicklung des Versorgungsangebotes und der interdisziplinären Fallzahlsicherung ein Schilddrüsenzentrum (SDZ) etabliert.

Eine große Chance besteht darin, gut ausgebildete und engagierte Mitarbeiter und eine moderne technische Ausstattung vorweisen zu können und künftig beizubehalten. Die Ausbildung bleibt daher auch ein elementarer Bestandteil, der stetig weiterentwickelt wird. Ebenfalls liefern die internen Aus- und Weiterbildungsangebote durchweg positive Resonanz und unterstützen die Gewinnung von Fachkräften. Zur Steigerung der Attraktivität der Arbeitsplätze sind neben den Lohnbestandteilen auch die Arbeitszeitmodelle, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Kindertagesstätte, Homeoffice-Arbeitsplätze, Job-Rad-Nutzung etc. zunehmend wichtige Aspekte.

Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen sowie dem zunehmenden Verlust der Planungssicherheit sieht die Geschäftsführung das Unternehmen für die Zukunft insgesamt gut aufgestellt.

Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige mbH

Anschrift	PSK Psychosomatische Klinik Bergisch Land gemeinnützige GmbH Schloderdicher Weg 23a 51469 Bergisch Gladbach Tel. 022 02 / 20 60
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb einer Fachklinik zur Behandlung von Patienten mit psychosomatischen und psychiatrischen Krankheitsbildern im stationären, rehabilitativen und ambulanten Bereich. Zweck des Krankenhausbetriebes ist eine ausreichende und zweckmäßige medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet des Oberbergischen und Rheinisch Bergischen Kreises insbesondere bei Suchtkrankenbehandlung, Rehabilitation und Ambulanz.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Psychosomatische Klinik Bergisch Land gGmbH betreibt die Psychosomatische Klinik (kurz: PSK), eine psychiatrische Fachklinik für Abhängigkeitserkrankungen mit zwei bettenführenden Standorten. Der in unmittelbarer Nähe zur Stadtgrenze Kölns gelegene Hauptsitz liegt im Ortsteil Gronau der Stadt Bergisch Gladbach. Der zweite Standort befindet sich in Wermelskirchen-Dabringhausen in Nähe der Dhünnaltalperre. Die Klinik ist in die psychiatrische Pflichtversorgung der Stadt Köln sowie des Rheinisch-Bergischen Kreises eingebunden.

Das ambulante Beratungs- und Behandlungsangebot beinhaltet die Betreuung von Menschen mit Suchtproblemen, die Behandlung weiterer psychischer Störungen sowie die Beratung der Angehörigen. Die stationären Leistungen umfassen neben der qualifizierten Drogenentzugsbehandlung (Akutbehandlung) und der Entwöhnungsbehandlung (Rehabilitationsbehandlung), ein angegliedertes soziotherapeutisches Wohnheim sowie das Angebot des aufsuchenden betreuten Wohnens.

Die Klinik wird in der Rechtsform einer gGmbH geführt und gehört seit 2004 als 100%-ige Tochtergesellschaft zur Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung sowie die Geschäftsführung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlage- vermögen	5.518	5.616	+98	Eigenkapital	4.559	4.236	-323
Umlauf- vermögen	5.862	5.070	-792	Sonderpost en	1.215	1.232	+17
				Rückstellun gen	420	397	-23
				Verbind- lichkeiten	5.186	4.821	-365
Aktive Rechnungs- abgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungs- abgrenzung			
Bilanz- summe	11.381	10.686	-695	Bilanz- summe	11.381	10.686	-695

Geschäftsentwicklung

Im Jahr 2023 betrug das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands rund 4,12 Billionen Euro, nominal ist das BIP also kräftig gestiegen. Dies liegt allerdings in der Inflation begründet. Preisbereinigt ist die deutsche Wirtschaft im letzten Jahr in eine Rezession gerutscht, das reale Bruttoinlandsprodukt sank gegenüber dem Vorjahr um 0,3 Prozent. Nach der Corona-Krise und dem wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2020 erhoffte sich die deutsche Wirtschaft eine Regeneration in den Folgejahren. Durch den Krieg in der Ukraine, den steigenden Energiepreisen und der Rekordinflation fiel die ökonomische Regeneration im Jahr 2022 jedoch geringer aus, im Jahr 2023 kam es nun sogar zu einer Rezession.

Die Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) soll die Misere deutscher Krankenhäuser verbessern und basiert auf Vorschlägen der Regierungskommission für eine moderne und bedarfsgerechte Krankenhausversorgung, die am 6. Dezember 2022 Vorschläge für eine umfassende Krankenhausreform vorgelegt hatte. Auf dieser Grundlage haben das Bundesministerium für Gesundheit, die Regierungsfraktion und die Gesundheitsministerien der Länder bis zum 10. Juli 2023 Reformeckpunkte erarbeitet und konsentiert. Mit dem KHVVG, welches am 15. Mai 2024 durch das Bundeskabinett beschlossen wurde, setzt die Bundesregierung diese Eckpunkte um. Die Anzahl sozialversicherungspflichtig beschäftigter Menschen im Gesundheitswesen ist zwischen 2015 und 2022 um 12 Prozent gestiegen, gleichzeitig hat der Anteil der in Teilzeit beschäftigten Menschen leicht zugenommen. Trotz der grundsätzlichen Zunahme der Zahl an Beschäftigten in den medizinischen Gesundheitsberufen sind nach wie vor zahlreiche Stellen nicht besetzt. Im Jahr 2022 lag die Zahl der von Krankenhäusern gemeldeten offenen Stellen um 88 Prozent höher als 2015. Erfreulicherweise ist seit 2019 im Gesundheitswesen die Anzahl der Auszubildenden gestiegen, sie lag 2022 bei ca. 110.000. Allerdings wird diese Zunahme nicht genügen, um den Teil der Belegschaft, der in den kommenden Jahren in Rente gehen wird, komplett zu ersetzen.

Vergleich des tatsächlichen mit dem im Vorjahr prognostizierten Geschäftsverlauf

Die Geschäftsführung steuert die Gesellschaft anhand der folgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

- Erlöse aus Krankenhausleistungen
- Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses
- Personalaufwand
- Jahresüberschuss

Im Lagebericht 2022 wurde für das Geschäftsjahr 2023 ein positives Jahresergebnis von 94,3 T€ prognostiziert. Mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 323,5 T€ wurde die Prognose übertroffen.

Die mit 10.804,2 T€ geplanten Erlöse aus Krankenhausleistungen wurden um 756,7 T€ übertroffen. Die geplante Belegung der Akutklinik wurde um 5,53% unterschritten. Die unterplanmäßige Belegung der Akutklinik, konnte durch einen Preiseffekt im Rahmen der Verhandlungen erlösseitig kompensiert werden.

Zudem liegen die Umsätze im Reha Bereich 22,3 T€ über dem Plan. Der tatsächliche Auslastungsgrad der Rehakliniken liegt mit 0,32% über dem geplanten Auslastungsniveau. Neben diesem Mengeneffekt konnten die Vergütungssätze moderat über das geplante Niveau hinaus gesteigert werden (Preiseffekt).

Die mit 842,2 T€ geplanten Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses wurden um 43,7 T€ überschritten. Vor allem die Umsatzerlöse des aufsuchenden betreuten Wohnens konnten dabei um 48,7 T€ über das geplante Niveau gesteigert werden. Die geplanten Fachleistungsstunden wurden um 12,1% übertroffen.

Der mit 7.751,8 T€ geplante Personalaufwand wurde um 6,9% überschritten. Die geplanten 108,67 Stellen waren mit 115,26 Stellen besetzt.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2023 sind die Erlöse gegenüber dem Vorjahr um 1.427,2 T€ (12,1%) auf 13.234,8 T€ (Vorjahr: 11.807,6 T€

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Geschäftsführung sieht zumindest kurzfristig eine Entspannung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft und ist mit dem Geschäftsverlauf insgesamt zufrieden. Trotz der anhaltenden schwierigen Rahmenbedingungen hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Jahresüberschuss in Höhe von 323,5 T€ (Vorjahr: -246,6 T€) erzielt.

Chancen- und Risikobericht

Ein wesentliches Risiko besteht darin, dass die getroffenen Annahmen hinsichtlich der Belegung nicht eintreffen und dass daraus abgeleitete Prognosen hinsichtlich der Umsätze nicht realisiert werden können. Dies hätte folglich negative Auswirkungen auf die Liquiditätslage der Gesellschaft.

Der aus dem Wirtschaftsplan abgeleitete Liquiditätsplan sieht zum Stichtag 31.12.2024 bereits einen Liquiditätsbedarf in Höhe von 1.727,5 T€ vor. Nach Ablauf der des Monats Aprils 2024 wurden die geplanten Belegungsziele in Teilen nicht erreicht. Die Akutklinik liegt mit einer tatsächlichen Auslastung von 86,95%, 4,51% hinter den Erwartungen zurück. Diese Planabweichung würde die Liquidität der Gesellschaft um 281,1 T€ verschlechtern. Die Rehabilitationsklinik liegt mit einer tatsächlichen Auslastung von 94,97% rund 0,76% über den Planwerten und deutlich über dem Vorjahresniveau. Zur Deckung des Liquiditätsbedarfs besteht eine Kontokorrentlinie der Muttergesellschaft Klinikum Oberberg GmbH in Höhe von 3,7 Mio. € (befristet bis zum 31.12.2025) und in Höhe von 6,3 Mio. € (unbefristet).

3.4.2.3 Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH

Anschrift	GKD Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH Wilhelm - Breckow - Allee 20 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 170
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft für Krankenhausdienstleistungen mbH (GKD) ist die Erbringung folgender Dienstleistungen insbesondere für konzernangehörige Krankenhäuser:

- Durchführung von Verpflegungsleistungen
- Bewirtschaftung von Cafeterien
- Bewirtschaftung von Parkplätzen und Parkhäusern
- Hauswirtschaftsleistungen
- Reinigungsarbeiten
- Immobilienverwaltung
- Fahrdienste
- Haus-/Hofdienste bzw. Gartendienstleistungen.

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen hauptsächlich gegenüber der Alleingesellschafterin, den Schwestergesellschaften und in geringem Umfang gegenüber Dritten (Annexstätigkeiten). Die Gesellschaft wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Alleingesellschafterin ist die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Die Organe der Gesellschaft bilden die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaft erbringt Dienstleistungen folgenden Inhalts gegenüber der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH:

- Durchführung von Verpflegungsleistungen
- Bewirtschaftung von Cafeterien
- Bewirtschaftung von Parkplätzen und Parkhäusern
- Hauswirtschaftsleistungen
- Reinigungsarbeiten
- Immobilienverwaltung
- Sonstige krankenhausspezifische Dienstleistungen.

Die Gesellschaft darf die vorstehend genannten Dienstleistungen auch gegenüber Dritten erbringen, soweit der Anteil dieser Fremdleistungen von untergeordneter Bedeutung ist.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	347	392	-45	Eigenkapital	1.253	1.164	+89
Umlaufvermögen	1.655	1.673	-18	Sonderposten			
				Rückstellungen	284	295	-11
				Verbindlichkeiten	465	606	-141
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung	0	0	0
Bilanzsumme	2.002	2.065	-63	Bilanzsumme	2.002	2.065	-63

Geschäftsentwicklung

Das Geschäftsjahr 2023 wurde mit einem Überschuss in Höhe von 88,5T€ abgeschlossen.

Die Liquidität der GKD GmbH ist aufgrund der engen Geschäftsbeziehungen zu den verbundenen Unternehmen, welche den größten Anteil ausmachen, gesichert.

Für das Jahr 2024 geht die Geschäftsführung im aktuellen Wirtschaftsplan von einem Jahresüberschuss in Höhe von 173,3 T€ aus. Wesentliche Eckpunkte sind Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt 19.273,1 T€. Trotz Anstieg der Umsatzsteuer von 7% auf 19% für den Vorortverzehr wird aufgrund des attraktiven Angebotes im Bereich der Kantinen-, Cafeterien- und Kioskbetriebs mit Umsatzsteigerungen gerechnet. Veränderungen beim Jobticket führen dazu, dass die Einnahmen für das Parken der Mitarbeiter überwiegend im Konzern verbleiben.

3.4.2.4 Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH

Anschrift	RPP Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH Am Hüttenberg 1 51643 Gummersbach Tel. 0 22 61 / 17 40 40
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Die Gesellschaft für Rehabilitation, Prävention und Pflege mbH verfolgt den Zweck der Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens.

In ihrer Satzung sind die nachstehenden Dienstleistungen in folgenden Bereichen vorgesehen:

- a) Ambulante Rehabilitation;
- b) Präventionsschulung;
- c) Ambulante Pflege;
- d) Schulung von Pflegekräften;

Die Leistungen nach c) und d) werden von der Gesellschaft tatsächlich aber nicht erbracht.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Ziel der Gesellschaft ist die Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens im Wege der Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH mit ambulanter medizinischer und pflegerischer Betreuung.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	269	283	-14	Eigenkapital	1.069	970	+99
Umlaufvermögen	1.079	1.071	+8	Sonderposten			
				Rückstellungen	140	112	+28
				Verbindlichkeiten	139	272	-133
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	1.348	1.354	-6	Bilanzsumme	1.348	1.354	-6

3.4.2.5 MVZ Oberberg GmbH

Anschrift	MVZ Medizinisches Versorgungszentrum Oberberg GmbH Am Hüttenberg 1 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Klinikum Oberberg GmbH

Zweck der Beteiligung

Gegenstand der MVZ Oberberg GmbH ist der Betrieb von medizinischen Versorgungszentren i.S. des § 95 SGB V zur Erbringung aller hiernach zulässigen ärztlichen und nichtärztlichen Leistungen und aller hiermit im Zusammenhang stehenden Tätigkeiten sowie die Bildung von Kooperationen mit ambulanten und stationären Leistungserbringern der Krankenhausbehandlung und der Vorsorge und Rehabilitation und nichtärztlichen Leistungserbringern im Bereich des Gesundheitswesens einschließlich des Angebotes und der Durchführung neuer ärztlicher Versorgungsformen, wie z.B. die integrierte Versorgung.

Die Gesellschaft wird in der Rechtsform einer GmbH geführt. Alleingesellschafterin ist die Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Die Organe der Gesellschaft bilden die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung.

Die Gesellschaft betreibt derzeit zwei MVZ, eines am Standort Gummersbach und ein weiteres MVZ am Kreiskrankenhaus Gummersbach mit jeweils zwei Vertragsarztsitzen.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der Zweck der Gesellschaft ist darauf ausgerichtet, die einzelnen Sektoren (ambulant und stationär) stärker zu vernetzen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	114	128	-14	Eigenkapital	253	238	+15
Umlaufvermögen	242	239	+3	Sonderposten			
				Rückstellungen	35	29	+6
				Verbindlichkeiten	67	100	-33
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0	0	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	356	367	-11	Bilanzsumme	356	367	-11

Geschäftsentwicklung

Im Lagebericht 2021/22 wurde für das Geschäftsjahr 2023 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich von rund 338,6 T€ prognostiziert. Tatsächlich ist im Berichtsjahr ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von 405,8 T€ zu verzeichnen. Nach Verlustausgleich in Höhe von 421,0 T€ (Vorjahr: 265,0 T€) ergibt sich ein Jahresüberschuss in Höhe von 15,2 T€ (Vorjahr: 21,2 T€).

Ertragslage

Die Erlöse betragen insgesamt 1.310,1 T€ (Vorjahr: 1.145,5 T€). In 2023 konnte das Leistungsniveau um 3,8% auf 13.189 Behandlungsfälle (Vorjahr: 12.701 Behandlungsfälle) gesteigert werden. Der Zuschuss durch die Muttergesellschaft wurde um 156,0 T€ auf 421,0 T€ erhöht. Das Jahresergebnis beträgt 15,2 T€ (Vorjahr: 21,2 T€).

Im Jahresdurchschnitt wurden 18 Mitarbeiter (Vorjahr: 18) beschäftigt, davon waren 6 Personen im Ärztlichen Dienst (Vorjahr: 5), 11 Mitarbeiter im Medizinisch-Technischen Dienst (Vorjahr: 12) und 1 Mitarbeiter (Vorjahr: 1) im sonstigen Personal tätig. Der Personalaufwand stieg um rund 161,8 T€ auf 894,9 T€ (Vorjahr: 733,1 T€) an. Ursächlich hierfür sind gestiegene VK-Zahlen sowie die tarifvertragliche vereinbarte und unterjährig ausgezahlte Inflationsausgleichprämie.

Der Materialaufwand 2023 stieg um 25,1 T€ auf 134,7 T€. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind um 12,6 T€ auf 41,7 T€ gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf gestiegene Kosten für KV-Notdienste zurückzuführen. Die Aufwendung für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind um 12,5 T€ auf 93,0 gestiegen. Zu Mehraufwendungen ist es im Bereich des Laborbedarfs gekommen.

Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Die Liquidität der MVZ Oberberg GmbH ist Aufgrund der engen Geschäftsbeziehungen und durch die Zuschüsse der Muttergesellschaft gesichert.

Prognosebericht

Die MVZ Oberberg GmbH ist ein wichtiger Bestandteil der wohnortnahen ambulanten Versorgung und ergänzt das vorwiegend stationäre Leistungsspektrum des Klinikum Oberberg.

Im Geschäftsjahr 2024 wird auf Basis des aktuellen Wirtschaftsplans aus November 2023 ein Jahresfehlbetrag vor Verlustausgleich in Höhe von 433,6 T€ erwartet, der durch einen Zuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von 441,5 T€ ausgeglichen wird. Darüber hinaus sind Umsätze in Höhe von 1.018,3 T€ geplant. Der Stellplan sieht 12,8 besetzte Planstellen und Bruttopersonalkosten in Höhe von 1.021,9 T€ vor.

Chancen- und Risikobericht

Die Einnahmen aus der ambulanten Behandlung von Kassenpatienten sind trotz eines positiven Leistungsverlaufs nicht ausreichend, um die Kosten des Praxisbetriebs zu decken. Die allgemeinen Sachkostensteigerungen und insbesondere die Tariflohnentwicklungen können allein mit den Einnahmen aus der Behandlung gesetzlich Versicherter nicht refinanziert werden. Damit die Gesellschaft ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen kann und der Fortbestand der Gesellschaft gesichert ist, bedarf es der finanziellen Unterstützung der Kreiskliniken Gummersbach-Waldbröl GmbH. Für das Geschäftsjahr 2024 plant die Mutter einen Zuschuss in Höhe von 441,5 T€ im Wirtschaftsplan.

Der Zuschuss beruht auf freiwilliger Basis ohne eine schuldrechtliche Verpflichtung. Die Gesellschaft bleibt für ihren Fortbestand auch in den kommenden Jahren auf Zuschüsse der Muttergesellschaft angewiesen.

3.4.2.6 Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH

Die Daten wurden aus 2020 übernommen, da zum Zeitpunkt der Einbringung des Beteiligungsberichtes noch keine neueren Informationen vorlagen.

Anschrift	Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH Kölner Str. 237 51645 Gummersbach
Muttergesellschaft	OVAG

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichem Personennahverkehr mit den dazugehörigen Nebengeschäften zur Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen im Rahmen der Nahverkehrsplanung gemäß den diesbezüglichen Gesetzen. Ausflugsfahrten und Ferienzeleisen gehören nicht zum Unternehmenszweck. Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar gefördert werden kann.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL) führt Beförderungsdienstleistungen im Personennahverkehr mit Kraftfahrzeugen durch. Die VBL befindet sich zu 100 % in Eigentum der OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH. Die VBL führt im Auftrag der OVAG Fahraufträge im Linienverkehr, im freigestellten Schülerverkehr und im Gelegenheitsverkehr durch und erbringt im Auftrag von zwei Kommunen Fahrleistungen im freigestellten Schülerverkehr.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2022	2021	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	7.098	8.230	-1.132	Eigenkapital	650	650	0
Umlaufvermögen	1.877	1.020	857	Sonderposten			
				Rückstellungen	440	303	137
				Verbindlichkeiten	7.885	8.303	-418
Aktive Rechnungsabgrenzung	0,1	6	-5,9	Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	8.975	9.256	-281	Bilanzsumme	8.975	9.256	-281

Geschäftsentwicklung

Die Gesamtfahrleistung der VBL lag 2023 bei 4,315 Mio. Wagenkilometern und damit um 11,8 % höher als im Vorjahr (3,859 Mio. Wagenkm). Die im Auftrag des Gesellschafters OVAG Oberbergische Verkehrsgesellschaft mbH erbrachte Leistung umfasste 98 % der Gesamtleistung.

Seit Ende 2021 erbringt die VBL den Fahrbetrieb für den On-Demand-Verkehr „monti“. Da dieser Verkehr auf Abruf erbracht wird, gibt es keine mit der ÖPNV-Leistung vergleichbare Fahrleistungsstatistik. Die se Leistung wurde Mitte 2023 durch Gebietsausweitungen auf ganz Wiehl und Nümbrecht sowie

Ende 2023 auf Marienheide nochmals deutlich ausgeweitet. Infolge der Ausweitung von monti stieg die Anzahl der Beschäftigten im Jahresverlauf und betrug zum Jahresende 204 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr 181). Davon arbeiteten 158 Personen in Vollzeit, 46 in Teilzeit (davon 14 in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen). Die Berechnung nach HGB ergibt im Jahresdurchschnitt eine Beschäftigtenanzahl von 9,25 Angestellten und 187 Arbeitern. Die Gesellschaft erzielte nach einem negativen Ergebnis im Vorjahr im Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis (vor Ergebnisabführung an die Muttergesellschaft) in Höhe von 1,052 Mio. Euro. Das Geschäftsjahr hat damit die Erwartungen übertroffen, nach denen mit einem moderat positiven Ergebnis gerechnet wurde. Die Ergebnisverbesserung ist insbesondere auf Preisanpassungen im Auftragsverkehr und den im Vergleich zur Planung geringeren Aufwand für Diesel zurückzuführen.

Risiko- und Chancenbericht

Die aktuelle wirtschaftliche Lage wird weiterhin dominiert von den hohen Kostensteigerungen der vergangenen zwei Jahre. Gleichzeitig gibt es durch die Einführung des Deutschlandtickets eine starke Veränderung in den Finanzierungsstrukturen des ÖPNV. Mittel- und langfristige Folgen für die Nachfragesituation und Einnahmeentwicklung im ÖPNV sind noch nicht abzusehen. Die VBL ist zwar nur in geringem Umfang unmittelbar am Markt aktiv und erbringt 98 % ihrer Leistungen im Auftrag der OVAG. Das Risiko von fehlenden Finanzmitteln betrifft die VBL aber dann, wenn die OVAG mit Leistungskürzungen reagieren müsste, die dann auch die Beauftragung der VBL betreffen.

Infolge der hohen Inflationsrate fielen die Tarifabschlüsse 2023 in der Verkehrsbranche – so auch bei der VBL – historisch hoch aus und bedeuten für die VBL eine Steigerung um 6,3 % im Jahr 2023 und ohne die Berücksichtigung weiterer Steigerungen nach Auslaufen des Tarifvertrags im November 2024 um 10,3 % im Jahr 2024. Auch für Herbst 2024 wird mit einem Tarifabschluss gerechnet, der zu weiteren Kostensteigerungen führt. Dies könnte nicht nur das Tarifniveau an sich, sondern auch die Veränderung von Rahmenbedingungen (Arbeitszeit, zulässige Wochenendarbeit, Urlaubstage u.ä.) betreffen, die sich auf die Personalkostenentwicklung auswirken werden. Die Umsetzung der Vorgaben der „Clean Vehicle Directive“, die mit dem Beschluss einer EU-Flottengrenzwertverordnung nochmals verschärft wurden, zur sukzessiven Einführung emissionsarmer und emissionsfreier Fahrzeuge erfordern mittel- und langfristige Investitionen zur Umstellung des Fuhrparks und der Anlagen sowie Anpassungen im Betriebsablauf. Diese Vorgaben betreffen auch die VBL. Bestehende Förderprogramme decken lediglich einen Teil der Investitionskosten, aber nicht die höheren Betriebskosten ab. Bislang bestehende Förderprogramme seitens des Bundes wurden Anfang 2024 komplett gestrichen. Die Gewinnung von qualifiziertem Fahrpersonal wird weiterhin eine Herausforderung darstellen. Nach großen Engpässen in der zweiten Jahreshälfte 2023 hat sich die personelle Situation Anfang 2024 wieder etwas entspannt. Für die Personalakquise und verstärkte Aus- und Weiterbildung müssen dauerhaft höhere Ressourcen bereitgestellt werden. Die allgemeinen Geschäftsrisiken sind in der Bilanz hinreichend berücksichtigt. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit nicht erkennbar. Währungsrisiken bestehen keine. Zinsrisiken und Zahlungsausfallrisiken sind von untergeordneter Bedeutung, da insbesondere die verwendeten Finanzinstrumente der Gesellschaft nur in Forderungen, Verbindlichkeiten und Geldguthaben bestehen. Die Gesellschafterversammlung der VBL hat am 5. Dezember 2023 der Aufnahme der "Der Radevormwalder" Omnibus GmbH im Rahmen einer Seitwärts-Verschmelzung zur Aufnahme im Geschäftsjahr 2024 zugestimmt. Vor diesem Hintergrund wird es im Geschäftsjahr 2024 zu einer Ausweitung der Geschäftstätigkeit kommen. Mit der beschlossenen Verschmelzung einhergehenden Umstrukturierung der Betriebsabläufe und der zentralen Abbildung von Prozessen im Konzernverbund soll die Effektivität gesteigert werden, der administrative Aufwand in der Unternehmensgruppe soll dementsprechend reduziert werden. Wirtschaftlichkeit und Qualität sollen verbessert werden. Die Beurkundungen der Verträge sind für Mai 2024 vorgesehen. Chancen bieten eine erhöhte Sensibilität

für Klimaschutz und die Ergänzung des Regelangebots durch neue Mobilitätsformen bzw. eine verbesserte Verknüpfung verschiedener Verkehrsträger.

Prognosebericht

Auch das laufende Jahr 2024 ist von Kostensteigerungen geprägt, die allerdings weniger hoch ausfallen als in den beiden Vorjahren. 2024 wird vor allem das Leistungsangebot monti gegenüber 2023 weiter wachsen. Die langfristige Zukunft dieses Angebots hängt allerdings von der künftigen Finanzierung ab. Im klassischen Linienverkehr wird mit Preisanpassungen im höheren einstelligen %-Bereich geplant. Der Dieselpreis hält sich trotz aktueller Konflikte in Nahost derzeit auf stabilem Niveau. Hier besteht allerdings ein größeres Risiko erneuter Preissteigerungen.

Der Personalaufwand dürfte aufgrund aktueller Forderungen von ver.di bei laufen den Verhandlungen im ÖPNV-Sektor– wie oben beschrieben - auch bei der VBL weiter steigen. Für 2024 wird ein positives Ergebnis erwartet, das aber deutlich unter dem Niveau des Jahres 2023 liegt.

Organe

Geschäftsführerin

Frau Dipl.-Kaufrau Corinna Güllner

3.4.2.7 „Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH

Anschrift	„Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH Röntgenstraße 17 42477 Radevormwald Tel. 02 19 5 / 5018
Muttergesellschaft	OVAG

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Durchführung von öffentlichen Personennahverkehr mit den dazugehörigen Nebengeschäften zur Bedienung der Bevölkerung mit bedarfsgerechten und finanziell tragbaren Verkehrsleistungen im Rahmen der Liniengenehmigungen für die Region gemäß den dafür geltenden gesetzlichen Bestimmungen und behördlichen Regelungen. Gelegenheitsverkehre im Sinne der §§ 47, 48 und 49 Abs. 2 bis 4 PbefG gehören nicht zum Gesellschaftszweck.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Personennahverkehr wird durch das Unternehmen gestärkt und bietet der Bevölkerung finanziell tragbare Verkehrsleistungen.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	294	378	-84	Eigenkapital	273	273	0
Umlaufvermögen	490	438	52	Sonderposten			
				Rückstellungen	35	43	-8
				Verbindlichkeiten	476	500	-24
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	784	816	-32	Bilanzsumme	784	816	-32

Geschäftsverlauf und Geschäftsergebnis

Die Gesellschaft erwirtschaftete Umsatzerlöse in Höhe von 1.606 T€ (Vorjahr 1.400 T€). Die Preisanpassung der Verkehrserlöse führte zur Verbesserung der Umsatzerlöse. Der Jahresüberschuss (vor Abführung) beträgt 250 T€ (Vorjahr 211 T€). Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt unverändert 273 T€. Das Geschäftsjahr 2023 schließt mit einem positiven Ergebnis, welches über den Prognosen und dem Ergebnis des Vorjahres liegt. Im Vergleich zur Wirtschaftsplanung ist die Ergebnisverbesserung insbesondere auf Preisanpassungen im Auftragsverkehr und den geringeren Dieselvebrauch, als im Rahmen der Planung erwartet, zurückzuführen.

Risiko- und Chancenbericht

Die „Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH führt im Wesentlichen Auftragsverkehre im Linienverkehr und freigestellten Schülerverkehr für das Berufskolleg in Wermelskirchen für die Muttergesellschaft durch. Zins und Währungsrisiken bestehen keine. Ein nennenswertes Ausfallrisiko der Forderungen ist ebenfalls nicht gegeben, da diese fast ausschließlich gegenüber der Gesellschafterin bestehen.

Die allgemeine konjunkturelle Entwicklung, mit hoher Inflation und Preissteigerungen birgt jedoch weiterhin erhebliche Risiken.

Im Geschäftsjahr 2024 ist die Verschmelzung „Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH durch Betriebsübergang nach § 613a BGB, auf die Schwestergesellschaft VBL Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH, geplant. Die gesamte Abwicklung wird etwa 8 Monate in Anspruch nehmen und erfolgt rückwirkend zum Stichtag 31.12.2023/01.01.2024.

Der administrative Aufwand zur Betreuung einer zusätzlichen Gesellschaft entfällt zukünftig. Durch die geplante Umstrukturierung der Betriebsabläufe und zentrale Abbildung von Prozessen im Konzernverbund soll die Effektivität gesteigert werden. Wirtschaftlichkeit und Qualität sollen verbessert werden.

Zum 01.01.2024 wurde dem Fahrpersonal ein neuer Arbeitsvertrag zu angeboten, der sich an den Konditionen des Schwesterunternehmens orientiert und so die Abwanderung der Personale zu umliegenden Unternehmen verhindern soll. Dem Fachkräftemangel, insbesondere dem Mangel an Fahrpersonal soll weiterhin entgegengewirkt werden, der Entlohnung wird dabei eine wichtige Bedeutung beigemessen.

Prognosebericht

Das Auftragsvolumen seitens der Gesellschafterin wird sich im Jahr 2024 leicht erhöhen. Das Ergebnis vor Gewinnabführung wird gemäß Wirtschaftsplanung deutlich unter dem Ergebnis 2023 liegen. Ob sich dieser Plan vor dem Hintergrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten mit steigenden Kosten (Treibstoff, Personal, usw.) realisieren lässt, ist aus heutiger Sicht nicht einschätzbar. Durch die geplante Verschmelzung auf die Schwestergesellschaft entfällt die Jahresabschlusserstellung „Der Radevormwalder“ Omnibus GmbH für das Geschäftsjahr 2024. Die Geschäfts- und Ergebnisentwicklung der Gesellschaft wird dann in der Schwestergesellschaft aufgehen.

Organe

Geschäftsführerin

Frau Susanne Arhelger

3.4.2.8 Rheinischer Sparkassen- und Giroverband

Anschrift	Rheinischer Sparkassen- und Giroverband Kirchfeldstraße 60 40217 Düsseldorf
Muttergesellschaft	Sparkasse Gummersbach

Zweck der Beteiligung

Der Verband steht in engem Dialog zur kommunal- und landespolitischen Ebene; er informiert und berät den Landtag und die Landesregierung, die die rechtlichen Rahmenbedingungen der Sparkassenaktivitäten festlegen beziehungsweise eine Aufsichtsfunktion ausüben.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der RSGV unterstützt seine Mitgliedssparkassen mit einer breiten Palette von Serviceleistungen: Er berät sie in geschäftspolitischen und rechtlichen Fragen, initiiert und koordiniert bankfachliche Konzepte und betreut Projekte in den Sparkassen. Des Weiteren konzipiert und realisiert der RSGV Marketingaktivitäten wie Werbekampagnen, Verkaufsförderungsaktionen und Messebeteiligungen. Die Prüfungsstelle des RSGV führt gesetzlich vorgeschriebene und sonstige Prüfungen durch, insbesondere die des Jahresabschlusses.

1.091 Geschäftsstellen (davon über 382 SB-Geschäftsstellen) und 2.397 Geldautomaten stehen den Kundinnen und Kunden im Rheinland zur Verfügung. Jede rheinische Sparkasse bietet darüber hinaus die Möglichkeit, bei ihr über PC oder Telefon Informationen abzurufen, Transaktionen vorzunehmen, Bestellungen aufzugeben oder Sparkassenprodukte zu erwerben. Wer sich den Weg in eine Geschäftsstelle ersparen und auch auf persönliche Beratung verzichten will, kann über sbroker.de, ein Tochterunternehmen der Sparkassen, direkt Wertpapiere ordern.

Als weitere Verbundunternehmen der rheinischen Sparkassen arbeiten unter anderem die Landesbausparkasse (LBS), die DekaBank sowie die PROVINZIAL. Mit ihrer Hilfe können die rheinischen Sparkassen ihren Kundinnen und Kunden einen Komplett-Finanz-Service anbieten.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	MEURO	MEURO	MEURO		MEURO	MEURO	MEURO
Anlagevermögen	3.778	3.719	+59	Eigenkapital	10.281	10.152	+129
Umlaufvermögen	181.246	184.899	-3.653	Sonderposten	0	0	
				Rückstellungen	1.898	1.865	+33
Aktive Rechnungsabgrenzung	0	0		Verbindlichkeiten	162.547	166.999	-4.452
Treuhandvermögen	475	575	-100	Treuhandverpflichtungen	475	575	-100
Sonstige Aktiva	1.186	1.219	-33	Sonstige Passiva	11.484	10.821	+663
Bilanzsumme	186.685	190.413	-3.728	Bilanzsumme	186.685	190.413	-3.728

Geschäftsentwicklung

Die rheinischen Sparkassen erzielten im Jahr 2023 erneut ein Plus im Kundenkreditgeschäft, das Wachstum war allerdings geringer als 2022. Konkret erhöhte sich das Kundenkreditvolumen gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mrd. Euro oder 0,6 % auf 138,8 Mrd. Euro (2022: +3,9 %).

In den einzelnen Kundensegmenten und in der Betrachtung von Bestand und Neugeschäft zeigten sich dabei sehr unterschiedliche Entwicklungen. Während die Kredite an die mittelständischen Firmenkunden weitere Bestandszuwächse verzeichneten, war das Volumen der Kredite an Privatpersonen rückläufig. Hiervon waren sowohl Kredite für den privaten Wohnungsbau als auch Konsumentenkredite betroffen.

Bei den Kundeneinlagen der rheinischen Sparkassen kam es 2023 zu Umschichtungen. Der Gesamtbestand der bilanzwirksamen Einlagen verringerte sich um 3,1 Mrd. Euro oder 2,1 % auf 144,4 Mrd. Euro (2022: +2,4 %). Diese wurden allerdings volumenmäßig durch einen mit 4,1 Mrd. Euro (+13,6 %) neuen historischen Höchstwert beim Nettoabsatz bilanzneutraler Wertpapiere mehr als kompensiert. Innerhalb der klassischen Einlagen kam es im Jahresverlauf zudem zunehmend zu Verschiebungen hin zu längerfristigen Anlageformen.

Die Auswirkungen der Zinswende 2022 prägten im Jahr 2023 nachdrücklich die Ertragslage und sorgten für ein sehr gutes operatives Ergebnis. Der Zinsüberschuss verbesserte sich um fast 60 % auf 4,0 Mrd. Euro.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung betrug 2,5 Mrd. Euro; eine deutliche Steigerung, die sich in einer sehr guten Cost-Income-Ratio niederschlägt. Das Verhältnis von Aufwendungen zu Erträgen verbesserte sich vor Bewertung von 69,8 % auf 53,2 %.

Angesichts einer zunehmenden Anzahl von Insolvenzen haben die rheinischen Sparkassen ihre Risikovorsorge im Kreditgeschäft erhöht. Insgesamt wurden 226,8 Mio. Euro für Wertberichtigungen aufgewendet, im Jahr 2022 waren es noch 53,3 Mio. Euro. Im Wertpapiergeschäft konnten, wie im vergangenen Jahr bereits angekündigt, Zuschreibungen in Höhe von 196,9 Mio. Euro verbucht werden.

Diese Entwicklungen führten zu einem Betriebsergebnis nach Bewertung der Kredite und Wertpapiere von 2,5 Mrd. Euro. Dieses versetzt die rheinischen Sparkassen in die Lage, mehr als 1,4 Mrd. Euro der allgemeinen Risikovorsorge und dem neutralen Ergebnis zuzuführen. Die Kernkapitalquote bleibt mit 15,7 % stabil. Der Jahresüberschuss belief sich auf 420,5 Mio. Euro (2022: 211,6 Mio. Euro).

Auch die so genannte Bürgerdividende stieg im vergangenen Jahr kräftig an. Insgesamt erhielten die Menschen im Rheinland aus Spenden, Sponsoring, Prämien/Zweckerträgen, Stiftungs- und Gewinnausschüttungen sowie Steuern 848,3 Mio. Euro – fast 400 Mio. Euro mehr als im Vorjahr.

Präsident des RSGV Michael Breuer

Geschäftsführerin Saskia Lagemann

3.4.2.9 Arena Gummersbach GmbH & Co. KG

Anschrift	Arena Gummersbach GmbH & Co. KG Fröbelstr. 1 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Stadtwerke Gummersbach

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung, der Betrieb sowie die Vermietung und Verpachtung von Sporthallen, Veranstaltungshallen und Multifunktionshallen. Daneben vermarktet das Unternehmen Namens- und Werberechte an der Halle. Die Gesellschaft ist berechtigt, sämtliche Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den vorstehenden Gegenstand des Unternehmens zu fördern.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG ist die Betreiberin der SCHWALBE arena in Gummersbach.

Die SCHWALBE arena ist als multifunktionale Halle in bis zu 4 Nutzungseinheiten teilbar und dient sowohl dem Spiel- und Trainingsbetrieb des Handball-Zweitligisten VfL Gummersbach als auch dem Schul- und Vereinssport mehrerer ortsansässiger Schulen und Vereine.

Daneben werden auch Unterhaltungs- und Musikveranstaltungen, Ausstellungen und Kleinmessen, Firmenveranstaltungen oder themengastronomische Veranstaltungen durchgeführt.

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2022	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	4.324	4.490	-166	Eigenkapital	3.039	3.184	-145
Umlaufvermögen	333	512	-179	Sonderposten			
				Rückstellungen	59	32	+27
				Verbindlichkeiten	1.559	1.781	-222
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung		5	-5
Bilanzsumme	4.657	5.002	-345	Bilanzsumme	4.657	5.002	-345

Geschäftsentwicklung

Zum 31.12.2023 wird ein Verlust in Höhe von T€ 145,0 ausgewiesen, der durch die oben genannten Einflüsse um T€ 47,1 geringer ausgefallen ist als geplant. Die Umsatzerlöse konnten um rund T€ 92,2 im Vergleich zum Vorjahr erhöht werden. Hierfür sind die gleichen Gründe maßgeblich wie oben bei den Erläuterungen zum Soll-Ist-Vergleich erwähnt. Die sonstigen betrieblichen Erträge sind um T€ 248,4 gesunken. Im Vorjahr wurden Corona-Hilfen aus der Überbrückungshilfe III Plus in Höhe von T€ 277,0 vereinnahmt. Die Aufwendungen haben sich insgesamt um ca. T€ 187,0 zum Vorjahr erhöht. Die Personalaufwendungen sind um 23,1 T€ gestiegen, da in 2023 zum 01.08 ein weiterer Haustechniker eingestellt wurde. Die übrigen Aufwendungen haben sich insbesondere durch die vermehrte

Durchführung von Veranstaltungen erhöht und durch höhere Wartungsumfänge, da die Arena in 11. Betriebsjahr geht. Zusätzlich ist in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen die Rückzahlungsverpflichtung aus der Überbrückungshilfe III und III Plus von 35,5 T€ enthalten. Den um T€ 92,2 gestiegenen Umsatzerlösen stehen deutlich niedrigere sonstige betriebliche Erträge (T€ - 248,4) und wesentlich höhere Aufwendungen (T€ + 187,0) gegenüber. Dadurch hat sich das EBIT um T€ 343,0 verschlechtert. Unter Berücksichtigung von Zinsen und Steuern ergibt sich ein Jahresfehlbetrag von T€ -145,0. Durch den Wegfall der Corona-Hilfen und einer Auslastung der SCHWALBE arena, die noch nicht das Niveau vor der Corona-Krise erreicht hat, kann die Gesellschaft durch das operative Geschäft keine Gewinne erzielen. Der Geschäftsverlauf wird als nicht zufriedenstellend beurteilt.

Chancen- und Risikobericht

Auf der Ertragsseite ist der Erfolg der Gesellschaft insbesondere von den drei Ankermietern Stadt Gummersbach, Oberbergischer Kreis und dem VfL Gummersbach abhängig. Auf der anderen Seite hängt der zukünftige Erfolg maßgeblich von zukünftig zu gewinnenden Veranstaltungserlösen ab. Zwischenzeitlich hat sich die Arena etabliert und die Nachfrage nach Veranstaltungen steigt stetig, weshalb die Chance besteht, in Zukunft höhere Erträge zu erzielen. Die Arena konnte zwischenzeitlich alle aus der Covid-Pandemie verschobenen Veranstaltungen nachholen. Die Arena konnte zahlreiche Veranstaltungen für 2024 und 2025 einbuchen. Der Ukrainekrieg und die daraus resultierenden Energiekostenerhöhungen wirken sich negativ auf das Ergebnis der Arena aus. Durch die installierte PV-Anlage und den Eigenverbrauch kann ein Teil der Kosten neutralisiert werden. Ferner konnte durch die Energiekostendeckelung hier eine weitere Kostenreduzierung erzielt werden. Diese läuft voraussichtlich bis zum 31.03.2024.

Prognosebericht

Die Veranstaltungsbranche ist ein rollierendes Geschäft. Veranstalter kommen in der Regel alle 2 Jahre immer wieder in die Arena, wodurch die Arena stark nachgefragt und gut ausgelastet ist. Veranstaltungen wurden bereits bis Mitte 2024 gebucht. Im Wirtschaftsplan vom 16.09.2023 wurden folgende Erlöse zugrunde gelegt: - Miete des VfL Gummersbach für die Nutzung der MFH - Nutzungsentgelt der Stadt und des Kreises für Schulsport - Erlöse für Fremd- und Eigenveranstaltungen - Erlöse aus Namensrechten (SCHWALBE) - Werbeeinnahmen - Gastronomieerlöse - Stromvergütung Für das Geschäftsjahr 2024 wird mit Umsatzerlösen in Höhe von rund T€ 978,1 und einem Jahresfehlbetrag von T€ 174,0 geplant. Hierin ist der Mietverzicht für die VfL Handball Gummersbach GmbH in Höhe von T€ 100,0 berücksichtigt. Zum 01.07.2024 erhöht sich die Miete gemäß § 4 Abs. 2 des Mietvertrages ein weiteres Mal durch den Verbraucherpreisindex um monatlich € 1.123,56. Für das Geschäftsjahr 2024 beträgt diese Mietsteigerung insgesamt € 7.865,92. Diese Position war im Wirtschaftsplan nicht berücksichtigt. Auf der Aufwandsseite sind Kosten für Material und Fremdleistungen (T€ 361,5), Personal (T€ 229,8), Abschreibungen (T€ 215,0), sonstige betriebliche Aufwendungen (T€ 282,6), Zinserträge (T€ 3,5), Zinsaufwendungen (T€ 14,5) und sonstige Steuern (T€ 52,3) geplant. Die Aufwendungen beinhalten Personalkosten inkl. Personalservice, Mietzahlungen für die Halle 32, Energieund Reinigungskosten, Wartung und Bauunterhaltung, Versicherungen und Provisionen, Beratungskosten, Finanzierungskosten und Grundsteuer berücksichtigt

Geschäftsführer

Herrn Harald Kawczyk

Herrn Wolf-Dietrich Weithöner

3.4.2.10 Arena Gummersbach Management GmbH

Anschrift	Arena Gummersbach Management GmbH Fröbelstr. 1 51643 Gummersbach
Muttergesellschaft	Stadtwerke Gummersbach

Zweck der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin an der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG und die Übernahme der Geschäftsführung bei dieser Gesellschaft.

Ziel der Beteiligung und Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Arena Gummersbach Management GmbH ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, eingetragen am 07.09.2010 im Handelsregister des Amtsgerichtes Köln unter HRB 70128. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende Gesellschafterin der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG und die Übernahme der Geschäftsführung bei dieser Gesellschaft.

Die Gesellschaft ist berechtigt, sämtliche Geschäfte zu tätigen, die geeignet sind, den Gegenstand des Unternehmens mittelbar oder unmittelbar zu fördern. Die Gesellschaft ist so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt ist.

Die Geschäftsführung und alle damit verbundenen Leistungen erfolgen gegen Sonderentgelt an die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft unterliegt der umsatzsteuerlichen Regelbesteuerung

Übersicht über den Stand der Verbindlichkeiten und die Entwicklung des Eigenkapitals

Vermögenslage				Kapitallage			
Aktiva				Passiva			
	2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022		2023	2022	Veränderung 2023 zu 2022
	TEURO	TEURO	TEURO		TEURO	TEURO	TEURO
Anlagevermögen	1	1		Eigenkapital	31	30	+1
Umlaufvermögen	38	36	+2	Sonderposten			
				Rückstellungen	3	3	
				Verbindlichkeiten	5	4	+1
Aktive Rechnungsabgrenzung				Passive Rechnungsabgrenzung			
Bilanzsumme	39	37	+2	Bilanzsumme	39	37	+2

Geschäftsentwicklung

Im Geschäftsjahr 2023 sind Umsatzerlöse in Höhe von € 21.112,46 (Vorjahr € 16.791,16) erzielt worden. Dies sind neben der Haftungsvergütung in Höhe von € 2.500,00 Kostenerstattungen der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG von Geschäftsführervergütungen und damit zusammenhängenden Aufwendungen. Personalkosten sind in Höhe von € 16.398,72 (Vorjahr € 12.366,74) angefallen. Ferner

sind sonstige betriebliche Aufwendungen von € 4.125,73 (Vorjahr € 3.732,86) entstanden. Unter Berücksichtigung von Ertragsteuern ergibt sich ein Jahresüberschuss von € 477,29 (Vorjahr € 582,77).

Chancen- und Risikobericht

Durch ihren Betriebszweck steht die Arena Gummersbach Management GmbH in enger Korrelation zu der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG. Die Gesellschaft hat gem. § 9 des Gesellschaftsvertrages der Arena Gummersbach GmbH & Co. KG Anspruch auf Ersatz aller ihr durch die Geschäftsführung erwachsenden Aufwendungen und Auslagen. Sofern sich keine neuen Faktoren ergeben, sind keine wirtschaftlichen oder sonstigen Risiken zu erwarten.

Prognosebericht

Für das Geschäftsjahr 2024 rechnen wir mit Umsatzerlösen in Höhe von T€ 21,9 sowie einem positiven Jahresergebnis in Höhe von T€ 0,9. Mittelbare Auswirkungen könnten lediglich durch die persönliche Haftung der Gesellschaft für die Arena Gummersbach GmbH & Co. KG bestehen.

Geschäftsführer

Harald Kawczyk

Wolf-Dietrich Weithöner